

Bezugspreis.

Wöchentlich 20 Pfennig monatlich 6 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der wichtigsten Sonntagsbeilage „Golf und Reit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“ „Aus der Welt“ „Frauenstimme“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Bilderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Honorarabelle 80 Pfennig. Reklamasteile 5.- Reichsmark. „Mein Maxime“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei fettdruckte Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Siebendruck das erste Wort 15 Pfennig jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Reile 80 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschnitt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 24. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonte: Berlin 37 534 - Bankkonte: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Deutsche Reichsbank, Postfach 100, Berlin SW. 68

Faschistendruck im Memelland.

Massenabweisung von Reichsdeutschen.

Ragnsberg, 23. Dezember. (WIB.) Nach einer Meldung aus Memel wurden der Hauptschriftleiter Robert Leubner und seine Frau sowie Redakteur Warm vom „Memeler Dampfboot“ und Redakteur Prieskorn von der „Memelländischen Rundschau“ in Hendekrug aus dem Memelgebiet ausgewiesen.

Damit soll natürlich das Deutschtum und insbesondere die deutsche Presse im Memelland getroffen werden. Wenn den deutschen Zeitungen verwehrt wird, Reichsdeutsche als Redakteure anzustellen und wenn sie memelländische Bürger, die zugleich litauische Staatsangehörige sind und nicht ausgewiesen werden können, als Redakteure nicht zu gewinnen in der Lage sind, so mühten sie schließlich ihr Erscheinen einstellen.

nur unterlassen haben, für die memelländische und litauische Staatsangehörigkeit zu optieren.

Vor wenigen Tagen erst hat der neue litauische Regierungschef Professor Woldemaras ausdrücklich erklärt, daß er den friedlichen Ausgleich im Memelland und die Verständigung und Versöhnung mit den Memeldeutschen aus aller Kraft anstreben werde.

Pollzeiherrschaft.

Kowno, 23. Dezember. (DE.) Die politische Polizei ist eifrig tätig, um die neue Regierung nach allen Seiten zu sichern. Alle Druckereien stehen unter ihrer Kontrolle, die Oppositionsblätter dürfen vorläufig nicht erscheinen, für die übrigen Blätter besteht Zensur.

Die sozialistische Protestaktion gegen Landau

Beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands traf gestern abend folgendes Telegramm aus Paris ein als Antwort auf das Telegramm, das tags zuvor von den Genossen Müller, Wels und Crispian an den französischen Parteivorstand gerichtet worden war:

„Wir haben die Intervention sofort eingeleitet und haben gute Hoffnungen auf einen Erfolg.“

Die Revisionsinstanz.

Paris, 23. Dezember. (WIB.) Zu der von den drei vom Kriegsgericht in Landau Verurteilten Deutschen eingeleiteten Revision berichtet die Agentur Havas:

Diese Berufung werde vom Revisionsgericht, das in Paris seinen Sitz habe, und aus höheren Offizieren bestehe, geprüft werden. Der Appellationsgerichtshof prüfe seit Einstellung der Feindseligkeiten sämtliche Berufungen gegen Urteile von Kriegsgerichten, die in Frankreich selbst tagten.

Der Revisionsgerichtshof habe sich die Nachprüfung der Urteile vorbehalten, die von den Kriegsgerichten bei den in Aktion befindlichen Truppen (also auch im besetzten Gebiet) gefällt werden.

Während der Feindseligkeiten wurden sämtliche von Kriegsgerichten gefällten Urteile vom Revisionsgerichtshof nachgeprüft. Dieser Gerichtshof befindet ebenso wie der Appellationsgerichtshof lediglich über die rein formale Seite des Verfahrens und nicht über die Angelegenheit selbst.

Hoffnung auf Begnadigung. — Einmütige Haltung der Linkspresse.

Paris, 23. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Presse befaßt sich weiterhin in langen Artikeln mit den Rückwirkungen, die das Landauer Urteil nach den aus Deutschland vorliegenden Pressestimmen auf die deutsche öffentliche Meinung gehabt hat. Die Rechtspresse wehrt sich heftig gegen den scharfen Ton, den zahlreiche deutsche Blätter gegenüber Frankreich angeschlagen hätten und meint, daß nichts an dem Landauer Urteil die deutsche Presse berechtige, die ganze Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen in Frage zu stellen, da das Landauer Kriegsgericht als „unabhängiges Gericht“ (?) getagt habe und sich in seinem Urteil um Politik nicht zu kümmern habe.

Die französische Regierung befindet sich angesichts des unbegreiflichen Urteils ohne Zweifel in einer sehr peinlichen Lage. Niemand wird an Briands Verständigungswillen zweifeln. Aber weder er noch das Außenministerium, denen nicht an einer Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen oder gar an einer Kompromittierung der Locarno-Politik liegen kann, können ein rechtskräftig gefälltes Urteil als hinsichtlich erklären; ebenso wenig konnten sie in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreifen. Die einzige Möglichkeit, die Sache beizulegen, besteht darin, daß

der französische Kriegsminister die Verurteilten begnadigt. Die Linkspresse läßt das als möglich voraussehen.

Der einzig erziehlige Punkt für Deutschland und die Zukunft der deutsch-französischen Verständigungspolitik ist in dieser Angelegenheit die Feststellung, daß die französische Linkspresse vom ersten Tage an das Landauer Urteil ebenso scharf wie die deutsche Presse verurteilt und sofort eine Revision verlangt hat. Ausnahmslos haben sämtliche Blätter der Linken gegen die im Landauer Urteil zutage tretende Militärjustiz Stellung genommen und betont, daß es ein Verbrechen wäre, wenn es ihr gelingen würde, die Verständigungspolitik der Diplomaten zu hintertreiben.

General Guillaumat nach Paris beordert.

Paris, 23. Dezember. (WIB.) Der Oberbefehlshaber des Besatzungsheeres in den Rheinlanden, General Guillaumat, ist in Paris angekommen. Die Reise steht in Verbindung mit dem Urteil des französischen Kriegsgerichts in Landau.

Eine Delegation des radikalen Parteivorstandes hat sich heute nachmittag zu Kriegsminister Painlevé begeben, um mit ihm die Folgen des Urteils des französischen Kriegsgerichts zu besprechen.

Das Ende des Junkers-Vertrages.

Vor der Unterzeichnung des Verzichtvertrages?

Wie jetzt verlautet, sollen die Abmachungen zwischen dem Reich und den Junkern, die Professor Junkers durch die Rückführung der Aktienmehrheit vom Reich auf die Junkersgruppe wieder die volle Verfügung über die Dessauer Werke geben werden, schon sehr bald unterzeichnet werden.

Die wir schon feststellten, übernimmt damit das Reich alle Verluste, die durch die politischen Transaktionen des Reichswehrministeriums entstanden sind. Junkers wird die Aktien ohne oder nur mit einer äußerst geringen Gegenleistung übernehmen.

Politische Gründe sollen für die Lösung des Reiches von den Junkerswerten merkwürdigerweise nicht maßgebend gewesen sein. Sicher wäre es für Deutschland besser gewesen, wenn es überhaupt solche politischen Gründe nie gegeben hätte, wie sie hier zweifellos vorliegen.

Neues Attentat in Sofia?

Explosion im Bahnhof.

Sofia, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Donnerstag wurde der Zentralbahnhof in Sofia von einer schweren Explosion heimgesucht, deren Opfer zwei Tote, zahlreiche Verwundete sowie große Gebäudeteile sind. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Da der Explosionsherd im Gebäude liegt, wird ein Bombenattentat vermutet. Die Polizei verhaftete bereits verdächtige Personen.

Hexensabbath der Nationalisten.

Heuchelei und Heuch.

Es geht gerechte Entrüstung durch Deutschland über das Landauer Urteil. Niemand ist, der nicht erkennt: das Recht ist beleidigt. Das Recht, das das Fundament der Gesellschaft und des Staates ist, das zum Fundament der Beziehungen der Völker werden soll. Das Recht ist beleidigt! Der Schrei ist einheitlich. Er kommt auch aus jenen Kreisen, die für das Rechtsgefühl des eigenen Volkes niemals Verständnis gehabt und die für den Gedanken des Rechts als Grundlage der Völkerbeziehungen nur Hohn haben.

Es geht gerechte Entrüstung durch Deutschland — aber vom Einklang der Empörung über die Beleidigung des Rechts scheiden sich jene, die edelste Empörung mißbrauchen wollen für die nationalstische Lehre der Gewalt, mißbrauchen zu parteipolitischen Zwecken, zur Verhöhnung der Völker. Ihr Schrei ist mißionig, falsch und heuchlerisch. Wir, die wir von jeher die Politik der Verständigung und des Rechts vertreten haben, wir empören uns über den Gewaltspruch jenes Kriegsgerichts, der eine Demonstration gegen die amtliche Politik Frankreichs ist — ganz im Geiste der deutschen Nationalisten, die diesseits der Grenze gegen die Verständigung kämpfen.

Es geht gerechte Entrüstung durch Deutschland. Die Nationalisten und Völkerverhörer aber wollen die gerechte Entrüstung mißbrauchen zu ungerechten Zwecken. Sie gleichen den Kommunisten, die sich einer Bewegung bemächtigen wollen, um ihr die eigenen, der Bewegung fremden Zwecke aufzuzwingen oder — anzulügen. Nicht das Recht wollen sie, sondern eine Politik des Unrechts, der Veräufelung der Völker. Sie nehmen die hilflose Hand an, die das Kriegsgericht von Landau ihnen hingestreckt hat. Die Organisationen der Kriegsverhörer kriechen hervor. Sie sprühen Gift gegen die Politik der Verständigung. Ihre Entrüstung ist nicht ehrlich, sie ist Zwedmache. Hier sind die Dokumente dieser „Entrüstung“:

Der Nationalverband Deutscher Offiziere erklärt zum Landauer Schandurteil:

„Angesichts der allgemeinen Verurteilung erübrigt es sich für den R. D. O. zu dem Landauer Urteilsspruch noch besondere Stellung zu nehmen. Dieses Ereignis zeigt den völligen Bankrott der deutscherseits eingeleiteten Versöhnungspolitik. Der R. D. O. erwartet, daß die deutsche Reichsregierung den seit Locarno beschrittenen Irrweg nunmehr endgültig verläßt. Frankreich will keine Versöhnung, sondern bedingungslose Unterwerfung.“

Das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot“ erläßt anlässlich des Rouzier-Urteils folgenden Aufruf:

„Dieses Urteil zeigt, daß alle Verständigungsrederei des französischen Außenministers Briand Unwahrheit und Unaufrichtigkeit ist. Das französische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit steht Deutschland haßerfüllt und gewaltdrohend gegenüber. Die deutsche Außenpolitik der letzten acht Jahre hat sich erneut als Illusionspolitik erwiesen. Wir fordern von der deutschen Regierung Mannesstolz und starken Willen gegenüber Frankreich! Fort mit der Befahrung! Fort mit dem Verfaller Vertrag! Fort mit der Kriegsschuldfrage!“

Das ist die Entrüstung dieser Kreise, das ist die Stellung der deutschnationalen Presse zum Urteil von Landau! Um es deutlich zu sagen: sie wollen eine Politik, die zu deutschen Kriegsgerichten mit Landauer Urteilen gegen französische Staatsbürger führen soll.

Und das Recht? Und die Stimme des beleidigten Rechtsgefühls?

Die mächtige Würde, die beleidigtes Rechtsempfinden dem Manne, einem ganzen Volke geben kann, ist diesen Kreisen fremd. Sie haben niemals das Recht geachtet. Sie haben offenen Rechtsbrüchen zugejubelt. Sie haben die Justiz zu einer Waffe des politischen Kampfes gemacht. Sie standen gegen das Recht als es galt, in Deutschland das Recht zu schützen gegen die Justiz.

Diese Art von Entrüstung schwächt die Stimme des deutschen Proletes. Sie ist unwürdig und unecht. Bedarf es

nach eines Beweises? Hier ist er: im „Lokal-Anzeiger“ des Herrn Hugenberg von gestern abend liest man:

Rur bei Risikowätern, bei Kranken, elend geführten Nationen bleibt es angeht eines Angriffs auf das höchste, auf die Fahne, bei einem schwächlichen, von realpolitischen Bedenken schon in der Entscheidung zur Hälfte erwürgten Diplomatenprotest.

Eine gesunde, ehrliebende geführte Nation nimmt eine so weit getriebene Beschimpfung auch ohne militärische Wehrkraft nicht ohnmächtig hin, sie eifert und rasset nicht, sie erschöpft alle Möglichkeiten, sie kennt keinen Schlaf, ehe die Schande geiligt.

Diese Leute, die tönende Worte über die Beschimpfung der deutschen Fahne in Germersheim schreiben, sehen billigend zu, wenn deutsche Gerichte die Beschimpfung der deutschen Fahne, der schwarzrotgoldenen Fahne, nicht ahnden. Sie eifern nicht gegen die Besudelung der deutschen Fahne — sie selbst sind es, die die eigene Fahne mit Füßen treten. Das ist der Geist der doppelten Moral, der ihre Entrüstung durchzieht, jener doppelten nationalistischen Moral, die auf französischer Seite zum Urteil von Landau geführt hat.

Es geht gerechte Entrüstung durch Deutschland. Das beleidigte Rechtsgefühl bäumt sich auf gegen das Urteil von Landau. Gerechte Entrüstung aber auch gegen jene Kreise in Deutschland, die dies Urteil zu einer Hege gegen die Politik der Verständigung ausnutzen, zur Vergiftung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke!

Das Kriegsgericht von Landau, befehlt mit Offizieren, Interessenten der Besetzung, wollte einen Schlag führen gegen die Politik der Verständigung in Frankreich, einen Schlag gegen die Zurückziehung der Besatzungstruppen von deutschem Gebiet. Die deutsche nationalistische Presse und die nationalistischen Organisationen wollen einen Schlag gegen die Politik führen, die zur Befreiung der besetzten Gebiete führt.

Rationalistischer Hegeabbat hüben und drüben! Wir protestieren gegen das Urteil von Landau, nicht aus dem Geiste nationalistischer Gemahltreue — sondern weil wir wollen, daß das Recht, nicht die Gewalt! künftighin die Beziehungen der Völker bestimmen soll. Wir sehen in dem Landauer Urteil einen Angriff auf die idealen Grundlagen der Völkerverständigung — wir sehen ihn auch in der Hege, die die deutschen Nationalisten entfesselt haben.

Gegen diesen Angriff verwahren wir das deutsche Volk — mag er von jenseits der Grenzen oder von diesseits der Grenzen kommen.

Wie sie hehen!

Die Nachausgabe des Hugenbergischen „Tag“ veräffentlichte gestern abend unter der Ueberschrift „Ein frecher Antrag der Rheinlandkommission“ eine Meldung, daß die Rheinlandkommission nach dem Landauer Urteil die Auslieferung des verurteilten Rathes verlangt habe. Es handelt sich um eine hegerische Tendenzmeldung.

Von unterrichteter Seite wird demgegenüber festgestellt, daß das Auslieferungsersuchen gegen den Landauer Kriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Rathes nicht erst jetzt nach dem Urteilspruch gestellt worden ist, sondern auf Grund der Anklage bereits vor vier Wochen. Nach deutscher Auffassung ist das Ersuchen, das dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete durch ein Schreiben des französischen Oberkommissars zugeht, dadurch gegenstandslos, daß Rathes bei seiner Verurteilung durch einen Schuß des Leutnants Koutzer eine schwere Gehirnerkrankung davongetragen hat und nicht transportfähig in der Universitätsklinik in Heidelberg liegt. Das Ersuchen um Auslieferung ist daher von deutscher Seite auch nicht weiter verfolgt worden.

Ein Protest des Republikanischen Richterbundes.

Der Republikanische Richterbund, der auch in der Kritik der deutschen Rechtsprechung stets den Vorrang der Gerechtigkeit vor dem Rechtsgedanken betont und jede politische Einseitigkeit der Rechtspflege bekämpft hat, bedauert im Interesse der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und der Völkerverständigung das Urteil des französischen Militärgerichts in Landau, das einen Rechtspruch mit dem Schein des Rechts um-

gibt. Kriegsverurtheile jeglicher Nationalität werden ihrer Natur nach fast durchweg Werkzeuge der Macht, nicht des Rechtes sein. Die Ehre beider Völker erfordert die Aufhebung dieses unmöglichen Urteils.

Bayerische Weihnachtsbescherung.

Titel gegen Verfassung und Reichsregierung.

München, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verfassung des Freistaates Bayern schreibt ausdrücklich vor, daß Titel, die nicht ein Amt, einen Beruf oder einen akademischen Grad bezeichnen, nicht mehr verliehen werden. Die bayerische Regierung hat entsprechend ihrem Verhalten im vorigen Jahr trotzdem auch jetzt zu Weihnachten wieder einer großen Anzahl fogenannter bayerischer Untertanen Titel verliehen. Es handelt sich insgesamt um rund 500 Leute, die zu Justizräten, Oekonomieräten, Kommerzienräten, Bewerberäten, Versicherungsräten, Arbeiteräten, Pharmazieräten, Bauuräten ernannt wurden, abgestuft in geheime und einfache. Das erstemal wurde auch der Titel Oberbürgermeister verliehen, mit dem in erster Linie der erste Bürgermeister der Stadt München, der seit Jahren mit der Bayerischen Volkspartei verflochten und verschwägerte Bürgermeister Schanagl bedacht wurde.

Diese Verleihung von Titeln durch die bayerische Regierung widerspricht der Reichsverfassung, deren Schutz eine der Hauptaufgaben der Reichsregierung und des Reichstages ist. Anlässlich der vorjährigen Verleihung hat die damalige Regierung, Luther nichts anderes zu tun gewußt, als in München Rückfrage zu halten. Dabei ist es geblieben. Es muß jetzt Sache des Reichstages sein, in der Angelegenheit endlich Klarheit zu schaffen und die bayerischen Extratouren unmöglich zu machen.

Arbeiterelend in Waldenburg.

Staatliche Hilfe notwendig.

Von der allgemeinen Notlage im Waldenburger Industriegebiet werden besonders hart die Schulkinder der Arbeiterschaft betroffen. Zahlreiche Kinder müssen bei ungünstigem Wetter vom Schulbesuch befreit werden, weil sie kein Schuhwerk haben. Der Gesundheitszustand der Kinder ist der denkbar ungünstigste. Trotzdem haben einige Gemeinden bereits in diesem Etatsjahr alle Aufwendungen für Schulärzte streichen müssen. Weitere Gemeinden werden im kommenden Etatsjahr zur völligen Aufhebung oder zu erheblichen Einschränkungen der Aufwendungen für Schulärzte kommen müssen, weil ihnen die erforderlichen Mittel für die notwendigsten Aufwendungen fehlen. Der Kreis und die Gemeinden sind aus eigener Kraft außerstande, zur Behebung dieser außerordentlichen Notlage wesentlches zu tun.

Die Regierungsparteien des Landtags fordern daher, daß den hilfsbedürftigen Gemeinden im Kreise Waldenburg in Schlesien beschleunigt staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine Binderung der furchtbaren Notlage der Schulkinder im Waldenburger Industriegebiet zu ermöglichen.

Die Not der Landwirte.

Ergebnis einer Studienreise. — Erdrückende Zahlen.

Den Landwirten, besonders den großen, geht es schlecht. Täglich findet man neue Notkreise in der Agrarierpresse. Steuerstundungen genügen nicht. Kredite genügen nicht. Den Landwirten geht es schlecht. So ist es und so bleibt es.

Um nun die Krise der Landwirtschaft auch den Arbeitern in der Großstadt etwas deutlicher vor Augen zu führen, hat sich eine vertrauenswürdige Persönlichkeit der Mühe unterzogen, eine Rundreise durch die Glendquartiere der Landwirte zu unternehmen. Das Ergebnis seiner Forderungen ist erschütternd. Wir haben uns getäuscht. Den Landwirten geht es schlecht.

Nur einige Beispiele aus der Provinz Brandenburg: Gutspächter Sch. im Kreis L., Gut C., 500 Hektar Land, verheiratet, 5 schulpflichtige Kinder. Dieser Kernste der Armen muß sich be-

gnügen mit: 2 Kutschern, 1 Chauffeur, 2 Stubenmädchen, 1 Kinder- mädchen, 1 Stütze, 2 Küchenmädchen, 1 Rausell, 1 Lehrerin, 1 Wirts- schafterin, 1 Fräulein im Haushalt, 1 Hausmädchen. Er ist mit seiner Familie beschränkt auf ein Schloß mit nur 23 Zimmern.

Pächter E. B., im Kreis B.-St., Gut R., 550 Hektar Land, 2 Kinder. Dieser Arme muß sich sogar begnügen mit 2 Stuben- mädchen, 1 Stütze, 1 Köchin, 1 Wirtschafterin und 1 Gärtner.

Besitzer Dr. T., Kreis O.-St., Gut G., circa 680 Hektar Land, davon ein Viertel Wald, verheiratet. Auch ihm gehts nicht gut. Das steht man aus seiner Hausangestelltenliste: 1 Kutscher, 1 Chauffeur, 3 Stubenmädchen, 2 Köchinnen.

Besitzer v. R., Kreis Sch., Gut St., 600 Hektar Land, ver- heiratet, 4 Kinder. Wie er lebt? Schlecht, schlecht! Nur 1 Kutscher, 1 Chauffeur, 1 Stubenmädchen, 1 Kindermädchen, 1 Hausbame, 1 Köchin, 1 Küchenmädchen, 1 Lehrerin und 1 Diener sorgen für ihn und seine Familie. Außerdem katastrophale Wohnungsverhältnisse. Er ist mit seiner Familie in Lage und schreibe 30 Zimmern zusammen- gepfercht.

Wir haben uns getäuscht. Den Landwirten geht es nicht nur schlecht, es geht ihnen hundsmiserabel.

Wie wir hören, wird die deutschnationale Fraktion des Reichstages dieses himmelschreiende Elend in einer besonderen Inter- pellation zur Sprache bringen.

Neuer Prozeß Schulz-Klapproth.

Fall Wilms im Januar vor dem Schwurgericht III.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III, Landgerichts- rat Grasse, hatte im Hinblick auf die bei den Landsberger Pro- zessen getroffenen Feststellungen die Voruntersuchung in den Fällen Leutnant Sand, Wilms und Wegner, die bereits geschlossen war, von neuem eröffnet, da weitere Ermittlungen sich als not- wendig erwiesen. Nunmehr ist, wie BS. erfährt, die Vorunter- suchung im Falle Wilms endgültig geschlossen worden, und die Hauptverhandlung wird im Laufe des Januars vor dem Schwurgericht beim Landgericht III durchgeführt werden. An- geklagt sind neben Oberleutnant Schulz und Klapproth u. a. Oberleutnant Fuhrmann, Leutnant v. Pöjer und der erst in diesem Jahr in einem einflamen Forsthaus im Spreewald ver- haftete Feldwebel Umhofer. Wann die Fälle Sand und Wegner zur Verhandlung kommen werden, ist noch unbestimmt.

Disziplinarverfahren Hoffmann-Kölling.

Voruntersuchung abgeschlossen. — Ausarbeitung der Anschuldigung.

Naumburg, 23. Dezember. (BS.) Ueber den Stand des Disziplinarverfahrens gegen Landgerichtsdirektor Hoff- mann und Landgerichtsrat Kölling erfahren wir, daß nach dem Abschluß der Voruntersuchung nunmehr der Generalstaatsanwalt in Naumburg mit der Ausarbeitung der An- schuldigung gegen die beiden Magdeburger Richter beschäftigt ist, deren Fertigstellung wohl erst Anfang 1927 erfolgen dürfte. Unter diesen Umständen ist für den Januar mit der Verhandlung gegen Hoffmann und Kölling kaum noch zu rechnen, vielmehr dürfte das Hauptverfahren erst im Februar zur Durchführung gelangen.

Severing. Der „Sozialdemokratische Presseklub“ erfährt, daß der Genosse Karl Severing, der seit seinem Rücktritt vom Amt hauptsächlich in Baden-Baden Erholung gesucht hat, Ende Januar oder spätestens Anfang Februar seine parlamen- tarische Tätigkeit wieder aufzunehmen gedenkt.

Friedrich-Ebert-Brücke in Mannheim. In Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler und des Innenministers Kemmele wurde am Donnerstag um die Mittagsstunde die Friedrich-Ebert-Brücke, die dritte Neckarbrücke, der Stadt Mannheim vom Verkehr übergeben. Die Konstruktionsbrücke ist im Flachstil erbaut und in 15 Monaten mit einem Kostenaufwand von 4,2 Millionen Mark fertiggestellt worden. Am Abend wurden die Konturen der neuen Brücke festlich beleuchtet; das Reichsbanner veranfaltete einen Fackelzug. Das Ludwig-Frank-Denk- mal liegt nunmehr an einer der Hauptzugangstrecken zur Friedrich- Ebert-Brücke.

Andachten.

Russ-Umschau von Kurt Singer.

Die Weihnachtsskonzerte der großen Chöre brachten das alt- hergebrachte Programm des Bachschen Weihnachtsorato- riums. In der chorischen Bewältigung dieser Kantaten kam es zu Spitzenleistungen, denen gegenüber ein Mangel an solistischem Stillegefühl verblähte. Auch die Solisten sind müde vom Jahr; das Aufgehen in einem Gesamtwerke erfordert mehr Kraft als das Einzelsingen. Man will im Oratorium Ariens nur im Zusammen- hang mit der Idee der Chöre, mit dem inneren Schwung, dem äußeren Bau der großen Teile hören. Und das gelingt nicht oft. Es ist an der Zeit, daß sich in Berlin ein ständiges solistisches Quartett zusammensetzt, in dem auch die Stimmen zusammenpassen nach Stärke, Farbe, Ausdruck.

In der Gedächtniskirche spielte Heilmann auf der Orgel Werke von Bugthude und Bach, unbekanntere Kantaten, deren Letzte zum Weihnachtstfest paßten. Ein kleiner, festlich gestimmter Chor, die prächtigen Stimmen der Damen Schmidt-Lübke und Nühle alternierten und ergänzten sich im Duett.

Andacht auch im Saal des Charlottenburger Rathauses. Eine große Menge arbeitender Menschen, die gekommen waren, um sich still der Kunst hinzugeben, gewillt, die Seelen müßlingen zu lassen beim musikalischen Spiel. Ein Mann, Soermus, spricht zu diesen Seelen, freundlich, eindringlich, herzlich, wie ein Leidender zu Leidenden. Er sucht aus der Musik, die er spielt, Beziehungen zum Leben herzustellen, zu diesem Leben der noch immer Be- drückten, die einmal frei werden sollen, reif zum freudigen Ge- nießen. Bach wird besprochen, dann Schubert. Das sind gewiß Freudenpendler, heller, heller. Aber in ihren Geist dringt Soer- mus nicht hinein. Ein Dilettant geht hier höchst mangelhaft Selbst die Oberfläche der Melodie wird graulich verzerrt. Ich darf an diese Chaconne nicht denken, die nur in vollendetster Wiedergabe den Reizen imponieren, gefallen kann. Nicht an die viel zu süß ge- gebenen Transpositionen Schubertischer Lieder. Die Idee war gut, aber für die Arbeiter sollte im Berlin von heute nur das Aller- beste gut genug sein. Der Charakter allein macht es nicht. Kunst kommt von Können.

Von diesem technischen und virtuellen Können gibt uns auch heute noch, Jahre nach dem großen Kuffrieg, Hermann Jabo- wter in russischen Liedern zu kosten; an hochgedeckten Tischen steigt langsam, aber bewußt strebend und erfüllt vom Geiste, Dorel Randmann, der Pianist, empor. Er ist Schüler der Hochschule für Kunst gewesen und ist nun slawge geworden. In derselben Hochschule leitete Trüwer mit höchstem Geschick (das kein Aus- gehten von Schülern duldet) eine Bohemenaufführung, die unter Paulgs Regie jeder besten Provinzbühne zur Ehre gereicht hätte.

Die Stimmkultur und die spleterische Gelodertheit dieser Rimi (Jrl. Reich), dieser Rusette (Jrl. Raaf), das frohe und musikalisch sichere Ensemble der Männer (Rosenthal, Schellenberg, Gottheif usw.) machten starken Eindruck.

Bevor Kleiber im letzten Konzert der Staatsoperkapelle zu einem Meister vordrang, dem er zu geben vermag, was des Meisters ist (Rahler), bevor er also aus dem Ganzen seiner Persönlichkeit heraus mußlerte, vergriff er sich wiederum an Beethoven. Diesmal geht's der IV. Sinfonie, die wir gerade noch von Hirt- wängler her im Ohr hatten. Kleiber hat es an sich, Temp, dynami- sche Werte, Tönungen um eine große Portion zu stark zu be- denken, das Harte überhart, das Gefühlvolle überzart, das Schnelle gehebt, das Feste brutal herauszumußleren, wenn er einem Wert noch nicht aus Herz gefühlt hat. So geschieht es bei der IV. Sinfonie Beethovens, deren Einstellung die Melodie einbüßt, deren Adagio ungleiche Tempi erhält, deren Schlußsatz, ein Perpetuum mobile voller leichten Lebens, nur durch die unerhörte Bravour der Streicher gerettet wird. Dazwischen Moments höchster Selig- keit, eines herrlichen Ein- und Ausatmens, das äußerlich in einer reichen Gebärdenprache imponiert. Es ist so, als ließe sich Kleiber im Dirigieren Beethovenscher Sinfonien selber noch überraschen, ja, als ließe er sich gelegentlich einmal leiten, statt zu führen. Der Eindruck spaltet sich. Die Einzelheit, noch so schön gehandhabt, kann über den Mangel an Disposition nicht hinwegtäuschen.

Inzwischen verlautet, daß neben Kleiber, Bied und Kiemperer Zemlinsky aus Prag tritt. Auch mit Schulz- Dornburg wird verhandelt, und Szell bleibt wohl. Wie will man diese Köpfe beschäftigen? Man denke frühzeitig an einen Rundzug. Und ganz leise schleichen sich zwei weitere Ereignisse, zwei andere Namen in unser Ohr: Paul Becker, der nach Wies- baden als Intendant gerufen wurde, Karl Hagemann, der nach Berlin — an den Rundfunk! — geht. Sind das nicht höchst be- merkenwerte Symptome einer ziesicheren Kunstpolitik des Staates? Städtische Oper, achte auf alle Spuren! Weihnachten vor der Tür. Friede auf Erden!

Im Lessing-Theater gab es gestern einen großen Abend. „Der Diktator“ von Jules Romains verlegte die Zu- schauer trotz einiger Längen in atemlose Spannung und rih im letzten Akt zu begeistertester Zustimmung hin. Wie sich aus Denis, dem Mann aus dem Volk dem Revolutionär, der absolutistische Diktator entwickelt, welche Kämpfe und Gewissensqualen ihn das kostet, dafür findet Albert Ballermann erschöpfende Töne. Das Publikum tief ihn noch lange nach Hallen des eisernen Vorhangs vor die Kompe.

Der „Mammul-Lieberwölkenfröher“. Ueber das 110stüdtige Riesenhaus, das jetzt in New York gebaut wird, werden in New Yorker Blättern nähere Mitteilungen gemacht. Der „Mammul-Lieberwölken- fröher“, wie er genannt wird, soll sich 1208 Fuß über die Straße erheben und 30 000 Menschen Unterkunft gewähren. Das gigantische

Gebäude wird zwischen der 8. und der 9. Avenue an der 42. Straße errichtet; es ist 56 Stockwerke höher als das Woolworth-Gebäude und wird den Namen „Marlin-Turm“ führen. Die Kosten werden auf 18 Millionen Dollar für den Bau selbst veranschlagt, wozu noch 4½ Millionen Dollar als Kaufpreis für das Terrain kommen. Man hofft, daraus eine jährliche Miete von 3 Millionen Dollar zu er- zielen. Der Wollentrajter steigt 12 Stockwerke von der Straße empor ohne jede Abstützung. Vom 13. bis zum 18. Stockwerk werden dann drei Wölpe vorgelesen, und von dort aus steigt der Turm in einer siebenfachen Gliderung auf 60 Lifts, die mit höchster Schnelligkeit fahren, besorgen den Verkehr; zwei von ihnen fahren direkt bis zum 82. Stockwerk. Die drei Dächer des Turmes werden für Aussichtszwecke eingerichtet werden. Die Ausschüftungen der Fundamente reichen 48 Fuß unter das Straßenniveau.

Wie man neue Haustiere „erfindet“. Der Schöpfungsträumer wohl von dem Besitz eines Merinomutterchales, von dem er Wolle in bester Qualität und großer Fülle erzielen kann und das ihn in regelmäßigen Abständen mit gelunden Zwillingen versorgt. Dieser Traum ist von der Wirklichkeit gar nicht mehr so weit entfernt, wie man wohl annehmen möchte. Der Jahresbericht des englischen Forschungsinstituts für Tierzucht enthält einige erstaunliche Tat- sachen über die Art, auf die man heutzutage nützliche Haustiere gerabezu „erfindet“. Die neuesten Experimente zeigen, daß es möglich ist, eine ganz bestimmte Sorte von Wolle bei einzelnen Schafen zu erzielen, und ebenso hat man wichtige Entdeckungen ge- macht, um ein „Idealwolle“ zu erzielen, das die schmackhaftesten Schinken und die beste Fleischmenge gibt. Man kann sogar Ziegen aufziehen, die keine Hörner mehr haben und deren Milchtrag dem der Rube nicht nachsteht. Die Ziegenmilch dürfte infolgedessen mit der Kuhmilch in Wettbewerb treten und auf ihren Preis Einfluß gewinnen. Der größte Teil der modernen Forschungsmethoden bei der Zucht der Tiere beruht auf den Mendelschen Vererbungs- gesetzen, und ihnen verdankt man es auch, wenn es geglückt ist, einen äußerst ertragreichen, krankheitsfreien Weizen zu erzielen und die Erzeugung der Hüner beträchtlich zu steigern. Die Bedeutung dieser Forschungen ist allgemein anerkannt, und dem Institut wurden in letzter Zeit große Stifungen gemacht, darunter eine Summe von 600 000 Mark durch das Rockefeller-Institut.

Der Fremdenlegionär „Zinsbrüder“, ein amerikanisches Produkt, den die Hümpfsterle Berlin und die Hümpfsterle verbotene hatten, wurde nunmehr auf Grund nochmaliger Verhandlung von der Hümpf- sterle Berlin zur öffentlichen Auslieferung zugelassen.

Der Berliner Kreis veranstaltet am 29. 8. Uhr, bei Friedmann & Eder einen 3. Abend „Erinnerungen an das Berlin von gestern“. 88 Vreden Dr. A. Kahn, Margarete Formmer, Heinz W. Jacob, Heinrich Sile. Mit-Berliner Musik wird aus alten Instrumenten gespielt und eine Ausstellung aus Mit-Berliner Besitz gezeigt.

Internationale Musikausstellungen in Genf und Frankfurt a. M. Am Jahre 1927 wurden in Genf und Frankfurt a. M. internationale Musik- ausstellungen veranstaltet. Die Leitmann der beiden Ausstellungen haben sich mit dem Reichsverband deutscher Musikanten und Musiklehrer dahin verständigt, ihre Unternehmungen gegenseitig zu fördern. Danach wird die Ausstellung in Genf vom 28. April bis 22. Mai und in Frankfurt a. M. vom 11. Juni bis 23. August 1927 stattfinden.

Ende der studentischen Selbstverwaltung?

Ultimatum des preussischen Kultusministers.

Zwischen der unter rechtsradikalem Einfluß stehenden Gesamtorganisation der Deutschen Studentenschaft und dem Kultusministerium besteht seit langer Zeit ein Konflikt, weil die Studentenschaft von dem Selbstverwaltungsrecht einen Gebrauch macht, der mit den Bestimmungen des preussischen Studentenrechts nicht vereinbar ist. Nicht nur bei der Aufnahme auslandsdeutscher Studenten spielt die Religions- und Rassefrage bei ihr eine ausschlaggebende Rolle, sondern sie macht auch vom Koalitionsrecht mit Organisationen auslandsdeutscher Hochschulen nur solchen Vereinigungen gegenüber Gebrauch, die die Mitgliedschaft einseitig nach Rasse und Konfession bestimmen. Im Landtag wurde deshalb kurz vor der Vertagung ein Antrag angenommen, der diesem den staatsbürgerlichen Grundprinzipien der Verfassung zuwiderlaufenden Zustand ein Ende machen soll. Gestützt auf diesen Beschluß hat Kultusminister Dr. Becker an die Studentenschaften der preussischen Universitäten und Technischen Hochschulen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Zur Klärung der Rechtslage muß ich mit Nachdruck darauf hinweisen, daß staatsrechtlich nur die Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 wirklich Recht schafft, nicht aber die Statuten der Gesamtstudentenschaft, die als Rechtsordnung eines der Gesamtstudentenschaft, die als Rechtsordnung eines privaten Vereins niemals das staatliche Studentenrecht

Wenn ich vor Erlaß der vom Landtag gewünschten Neuordnung den Weg einer Verständigung mit der Studentenschaft erstrebe, so tue ich es besonders im Hinblick darauf, daß ich das preussische Studentenrecht persönlich trotz mancherlei Hemmungen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Studentenschaft geschaffen habe, um dem jahrzehntelangen Ringen der deutschen Studentenschaft nach Selbstverwaltung und geistiger Zusammenfassung im Sinne des von ihr verfolgten Gedankens einer staatsrechtlich festgelegten Einordnung in die Selbstverwaltung der Universitäten Erfüllung zu geben. Die Verletzung eines solchen Rechtes setzt aber als selbstverständliche Pflicht Anerkennung und Achtung der Grundprinzipien des Staates voraus, von dem das Recht der Autonomie herrührt.

Auf den gesunden Sinn vertrauend, der noch immer in Stunden erster Krise die akademische Jugend befeuert hat, rufe ich die preussischen Studentenschaften auf, die Staatsregierung nicht in die Zwangslage zu bringen, die der Studentenschaft vom Staate selbst freiwillig und gern gewährten Sonderrechte, wie vor allem das Recht der Zwangsbesteuerung, wieder aufzuheben. Ich kann aber nicht umhin, auf den Ernst der Entscheidung hinzuweisen. Die Staatsregierung ist nicht länger in der Lage, den derzeitigen Zustand zu dulden. Bedenken die Studentenschaften die Größe der Aufgaben und Pflichten, die ihnen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung im Dienste des Vaterlandes beschleiden sein können, so dürfte ihnen die Befreiung der zurzeit bestehenden Abweichungen von der geltenden Staatsministerialverordnung um so wünschenswerter sein, als damit eine endgültige Beilegung der Verfassungskämpfe in der Studentenschaft gewährleistet wäre.

Ich hoffe, daß sich die preussischen Studentenschaften bei Beantwortung der ihnen mit meinem Erlaß gestellten Fragen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihren Rektoren befleißigen, deren Rat entgegenzunehmen ich gern bereit bin. Sollten einzelne Studentenschaften oder die deutsche Studentenschaft noch Aufklärung oder Beratung in Einzelheiten wünschen, so stehen meine Sachbearbeiter gern zur Verfügung. Einer endgültigen Stellungnahme jeder einzelnen Studentenschaft durch die Hand des Rektors sehe ich bis zum 1. März entgegen.

Das Schreiben enthält ein, wenn auch reichlich lang befristetes Ultimatum. In der Zeit ist es höchste Zeit, daß endlich einmal Klarheit geschaffen wird. Die deutsche Studentenschaft hat der Nachsicht und Langmut des Kultusministeriums nur hohn und immer unträglichere Rügeleien entgegengebracht. Noch auf den Beschluß des Landtags wurde in einer Weise geantwortet, als seien die Studenten und nicht die Volkvertreter die Geheißgeber. Demgegenüber muß gezeigt werden, daß es auch ohne studentische Selbstverwaltung geht, wenn die maßgebenden Eliten in der Studentenschaft für die Selbstverwaltung noch nicht reif sind.

„Reichsbanner gegen Reichswehr.“

Richtigstellung eines deutschnationalen Märchens.

Vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird zu der deutschnationalen Reichstagsanfrage über die Reichsbannerübung in Donaueschingen folgendes festgestellt:

1. Es ist richtig, daß am 29. August 1926 für den Kreis Oberbaden ein Nachtausmarsch stattfand, der sich in der Nähe von Donaueschingen konzentrierte und so gesammelt dann morgens, etwa um 8 Uhr, mit einer Musikkapelle an der Spitze, durch Donaueschingen geschlossen marschierte mit dem Ziel Höfingen. In der Nähe von Höfingen wurde Rast gemacht, worauf die Heimfahrt erfolgte.

Ziel des Nachtausmarsches war lediglich, die Kameraden an die geschlossene Marschformation zu gewöhnen. Der Umstand, daß in Donaueschingen der Sitz eines Reichswehrbataillons ist und der Wohnort des Fürsten von Fürstentum, haben lediglich Veranlassung, den Kameraden auf das strengste einzuschärfen, daß sie Disziplin und Marschordnung zu halten haben, um so beim Durchmarsch durch Donaueschingen einen möglichst guten Eindruck zu erzielen.

2. Es ist deshalb un wahr, daß sich dieser Nachtausmarsch „als bewußte Vorbereitung zu einem Angriff auf die Reichswehr“ darstellt. Die Bemerkungen in der „Süddeutschen Zeitung“, wie auch in der „Deutschen Zeitung“, wonach die Kundgebung „nichts mehr und nichts weniger“ war wie eine militärisch aufgelegte Nachübung, mit dem Ziele: „Aushebung der Reichswehr in Donaueschingen“ ist glatter Schwindel. Weber in den Einladungen zum Nachtausmarsch, noch in den Vorbereitungen wurde niemals als Ziel Aufmarsch gegen die Reichswehr angegeben.

Es sei ausdrücklich noch hervorgehoben, daß durch den Gauverband schon seit Bestehen des Reichsbanners militärische Übungen jeder Art auf das strengste verboten sind.

Das Beslaggen von Reichsgebäuden.

Ein Erlaß des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister hat über das Beslaggen der Gebäude, der ihm unterstehenden Vermögen einen Erlaß herausgegeben, der sich in seinen Grundzügen an die von den übrigen Reichsministerien über das Beslaggen bereits erlassenen Bestimmungen anschließt. Der Erlaß unterscheidet zwischen Reichsdienstgebäuden, Reichswohngebäuden und Reichsgebäuden, die frei — und zwar nicht an Beamte — vermietet sind.

Rache für die Rettung Turatis.

Massenverhaftung sozialistischer Führer.

Die dieser Tage erfolgte Verhaftung der früheren sozialistischen Abgeordneten Enrico Gonzales, Rechtsanwalt und früherer Präsident des Provinzialrats von Mailand, Emilio Caldara, Rechtsanwalt, der sich als Bürgermeister während der ganzen Kriegszeit auch die Achtung vieler politischer Gegner erworben hatte, Professor Giovanni Zibordi, Schriftsteller und langjähriger, erfolgreicher Journalist, sowie des Rechtsanwalts Rino Sevi, früherer Präsident der Provinzialdeputation von Mailand, des bekannten Arztes und Menschenfreundes Dr. Paolo Pirri, des renommierten Theaterkritikers Albini und anderer Freunde Turatis, hat in Mailand das größte Aufsehen erregt, selbst Faschisten sind davon äußerst unangenehm berührt. Obwohl den Zeitungen verboten ist, darüber zu reden, verbreitete sich die Nachricht doch mit Windeseile in der Stadt, handelte es sich doch um Persönlichkeiten, die allgemein hochgeschätzt sind. Sie alle gehören dem unitarischen, d. h. dem gemäßigten Sozialismus an und haben sich trotz der politischen Gegensätzlichkeiten vieler Sympathie erfreut. Alle haben nicht das geringste mit der heimlichen Entfernung Filippo Turatis zu tun, und das ist auch dem Präfekten von Mailand und dem eigens aus Rom hergesandten Inspekteur des Sicherheitsdienstes bekannt gewesen. Verschiedene Persönlichkeiten begaben sich sofort zum Präfekten, um die Rückgängigmachung dieser Maßnahme zu erreichen und die Gejagten wieder freizulassen; aber ihnen allen mußte der Präfekt antworten, er habe infolge summatischer, un widerruflicher Befehle des Regierungschefs selbst so handeln müssen.

Nummehr ist ein Teil der Verhafteten, die alle sofort in Zellenhaft gebracht worden waren, mit der Bemerkung wieder freigelassen, sie würden von nun an auf das strengste überwacht. Sie können auch tatsächlich keinen Schritt mehr tun, ohne daß sich ein Polizeilagent an ihre Fersen heftet. Ein anderer Teil von ihnen ist noch in Gewahrsam (Zibordi, Albini, Dr. Ferrari, Dr. Pirri) und es heißt, sie sollten deportiert werden.

Diese Episode beweist dreierlei: daß erstens einmal die Flucht Filippo Turatis im Rom lebhafteste Bestürzung hervorgerufen hat, da man allen Grund hat, die moralische Ueberlegenheit eines Mannes zu fürchten, der als einer der höchsten Vertreter des zivilisierten Italiens in Europa gilt, weiterhin, daß die als polizeiliche Maßnahmen maskierten Gewalttaten sich immer weiter steigern, und schließlich, daß diese von Mussolini selbst gegen den Wunsch seiner Freunde und Helfershelfer gewollt und befohlen werden.

Asylrecht in Brasilien erklämpft.

Der Mittdirektor des „Corriere degli Italiani“ in Paris, der frühere sozialistische Abg. Dr. Frota, wurde vor einiger Zeit nach S. Paulo in Brasilien eingeladen, um dort die Leitung eines antifaschistischen Stalles zu übernehmen. Mit regelrechtem Pöbelhumor des brasilianischen Konsuls versehen, verließ er europäischen Boden in Marseille, als er aber in Santos landen wollte, wurde ihm auf Geheiß der Regierung von Rio de Janeiro, das wieder zurückzuführen ist auf den italienischen Botschafter Montagna, die Landung als einem Anarchisten, Justizflüchtling und

Polstosen verweigert. Die Italiener in S. Paulo und Rio wollten sich eine derartige Bergewaltigung nicht bieten lassen: sie entzettelten in der brasilianischen Presse einen Entrüstungssturm gegen die auf Weisung Mussolinis vorgenommene ungelegliche Einmischung des Botschafters Montagna in innerbrasilianische Angelegenheiten. Viele politische Persönlichkeiten interoenierten, alles vergebens. Auf der Rückreise passierte Dr. Frota den Hafen von Rio de Janeiro; hier gelang es einigen seiner Landsleute, ihn an Land zu schmuggeln und in einer Farm in der Nähe der Stadt zu verbergen. Sofort nahm der Feldzug wieder heftigere Form an: ein wahrer Orkan der Entrüstung und des Unwillens erhob sich im Parlament und in den sonstigen politischen Kreisen gegen Montagna, seinen Gebieter Mussolini und den Faschismus. Der Skandal wuchs derart, daß der Präsident der brasilianischen Republik den Dr. Frota, bevor der Oberste Gerichtshof in dieser Angelegenheit rechtens entscheiden konnte, für frei erklärte und ihm das brasilianische Asylrecht als einem politischen Flüchtling gewährte.

Die Flucht aus Mussolinien.

Zürich, 23. Dezember. (Schweiz. Depeschenag.) Der frühere italienische Abg. Edoardo Guida Riglioli (Kathol.) hat die italienische Grenze überschritten. Seit Monaten wurde er, wie er erzählt, von der Polizei überwacht und hätte in diesen Tagen deportiert werden sollen. Riglioli begibt sich nach Paris. Unter den katholischen Flüchtlingen befindet sich auch der Priester Glardi, Direktor des Instituts für Kriegsblinde in Mailand. Seine Flucht führte ihn über den Berninapaf, aber seine Freunde in der Schweiz sind bis jetzt ohne Nachricht über sein weiteres Verbleiben.

„Exzellenz“ Generalsekretär.

Beförderung zum zweithöchsten Faschistenpasha.

Rom, 23. Dezember. (WTB.) Ein Dekret stellt den Generalsekretär der faschistischen Partei den höchsten Staatsbeamten gleich. Er erhält den Vortritt vor allen Botschaftern, Bevollmächtigten und Befandten beim König, und zwar bei allen Hofempfangen und sonstigen öffentlichen Feierlichkeiten. Er darf den Titel Exzellenz führen.

Die Post befördert keine italienischen Briefe mit deutschen Anschriften.

Rom, 23. Dezember. (WTB.) Die Postverwaltung verlangt, daß alle Postsendungen und Telegramme innerhalb Italiens die Adresse in italienischer Sprache enthalten müssen, und zwar sowohl den italienischen Namen des Ortes wie die italienische Bezeichnung der Straße. Inlandsbriefe, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden von der Beförderung ausgeschlossen oder den Absendern zurückgegeben.

(Auslandsbriefe werden also von diesem Ukas nicht betroffen. Aber wenn ein deutscher Bauer in Südtirol an einen anderen einen Brief schreibt, muß er ihn italienisch adressieren!)

Für die Reichsdienstgebäude wird bestimmt, daß diese nach den allgemein ergangenen Vorschriften zu lagern haben. Befinden sich Dienstwohnungen in Reichsdienstgebäuden, so kommt eine besondere Befassung dieser Dienstwohnungen nicht in Frage. Wird das Reichsdienstgebäude amtlich nicht besetzt, so darf von dem Inhaber einer Dienstwohnung nur mit Zustimmung des Behördenvorstandes gefoggt werden, und zwar nur mit der Nationalflagge. Die Flagge des Bundes, der Provinz oder der Gemeinde kann gesetzt werden, wenn gleichzeitig die Nationalflagge mindestens gleichwertig gesetzt wird.

Reichswohngebäude, d. h. solche Gebäude, die im Eigentum oder Nutzungsbereich des Reiches stehen, die ohne Befassung mit Reichsbehörden als Dienstwohnungen dienen oder an Beamte vermietet sind, müssen, wenn eine amtliche Befassung angeordnet ist, gleichfalls mit der Nationalflagge besetzt werden, sofern Einrichtungen für das Floggensehen bestehen. Auch wenn eine amtliche Befassung nicht angeordnet ist, dürfen Reichswohngebäude gleichwohl nur mit der Nationalflagge besetzt werden.

Bei Reichsgebäuden, die frei vermietet sind, ist anzustreben, entsprechende Bedingungen in die Mietverträge aufzunehmen und möglichst auch die laufenden Mietverträge entsprechend zu ergänzen.

Die Präsidenten der nachgeordneten Behörden sind angewiesen, auf die Durchführung dieser Bestimmungen zu achten.

Das ostoberschlesische Schulrecht.

Calonder kassiert das Vorgehen der Wojewodschaft.

Kattowik, 23. Dezember. (WTB.) Auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes vom 23. September gegen die Ablehnung der Anmeldungen für die deutschen Minderheitschulen in Ostoberschlesien hat jetzt der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, in allen Punkten zugunsten des Beschwerdeführers entschieden. Die Entscheidung stellt fest, daß für das am 1. September begonnene Schuljahr im ganzen 8829 Anmeldungen für die in Ostoberschlesien bestehenden Minderheitschulen eingelaufen waren. Kurz nach Meldungsabschluß ordnete die Wojewodschaft eine Untersuchung an, zu der in 67 Gemeinden die Erziehungsberechtigten vorgeladen und aufgefordert wurden, neuerdings zu erklären, ob sie die Kinder für die Minderheitschulen anmelden. Der Vorladung leisteten die Erziehungsberechtigten von rund 6000 Kindern Folge. Calonder erklärt diese Unternehmung als unzulässig, weil sie den Artikeln 75 und 131 des Genfer Abkommens widerspricht, wonach die Erklärung eines Erziehungsberechtigten über die Sprache des Kindes nicht nachgeprüft werden darf. Ferner wird festgestellt, daß die Ungültigkeitserklärung unrecht erfolgt ist, soweit sie auf einer Nachprüfung der Sprache der Kinder beruht und auf Grund der von den Erziehungsberechtigten auf diese Frage gegebenen Antworten befunden wurde, daß die Kinder nicht zur deutschen Minderheit gehören. Auf Grund dieser damit als unzulässig bezeichneten Feststellung sind damals 5205 Anmeldungen als ungültig erklärt worden. Calonder entscheidet, daß diese

5205 Kinder unverzüglich den Minderheitschulen zu überweisen sind, ebenso wie die 1307 Kinder, deren Erziehungsberechtigte der Vorladung nicht Folge geleistet haben. Von 7114 insgesamt als ungültig erklärten Anträgen werden also durch die Entscheidung Calonders 6312 ohne weiteres als gültig erklärt, und es wird bestimmt, daß diese Kinder sofort der Minderheitschule zuzuführen sind. Bei den restlichen rund 800 als ungültig

erklärten Anmeldungen handelt es sich zum Teil um formale Verstöße, zum Teil um Kinder, die nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, und in 300 Fällen soll die Anmeldung nicht durch Erziehungsbehörde erfolgt sein. Die Entscheidung erzuht die polnischen Behörden auch noch, gegen die Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder nach der Ablehnung nicht den polnischen Schulen zugeführt haben, keine Strafmandate wegen Schulveräumnis zu erlassen und die bereits ergangenen Strafmandate zurückzuziehen.

Reinfall der Spindel.

Die ostoberschlesische Polizei beispiellos seit einiger Zeit sehr heftig den deutschen Vertreter in der Calonder-Kommission, Dr. Zukaschek. Dieser stellte, nach Verständigung Calonders, den Spindeln eine Falle, indem er ihnen Abnahme der Korrespondenz des verstorbenen Abtammungsgenerals De Rond über die polnische Aufstandsbewegung gegen gute Bezahlung anbot. Die Spindel brachten auch die Schriftstücke, erhielten einen wertlosen Scheid für und polsaunten heilfröh durch Warschauer Presse und Radio aus, Zukaschek sei als Spion verhaftet. Das ist gelogen, Zukaschek kann auch, da er extraterritorial ist, nicht verhaftet werden. Aber Calonder dürfte die Aufdeckung der Spindelamtlich bekanntgeben.

Freie Schule im Burgenland.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Wien, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsitzung des Nationalrats beendeten die Sozialdemokraten siegreich einen Feldzug, den sie jahrelang vergeblich geführt haben. Sofort nach der Angliederung des Burgenlandes beantragten sie, daß das österreichische Schulgesetz auch für das Burgenland gelten soll. Im Burgenland ist bis jetzt die Schule nach ungarischem Gesetz konfessionell gegliedert, während die österreichischen Schulen seit 1869 interkonfessionell sind und nicht unter Aufsicht der Kirche stehen. Entsprechende Anträge der Sozialdemokraten wurden bisher immer im Parlament abgelehnt, weil die Großdeutschen und Landhändler dagegen stimmten. Diesmal ist es der sozialdemokratischen Agitation gelungen, auch die großdeutschen Lehrer dafür zu gewinnen; sie verlangten deshalb die Zustimmung ihrer Partei zu dem sozialdemokratischen Antrag. Der Antrag wurde schließlich mit 83 gegen 80 Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Damit hat die freie Schule in Oesterreich einen neuen Erfolg errungen.

Eine neue Vorwärtslüge.

Das Dementi der „Roten Fahne“ von morgen.

Es wird kalt zu Weihnachten. Ein scharfer Ostwind pfeift. Eine Kältewelle aus Rußland naht heran. So konnte man es gestern abend im „Vorwärts“ lesen.

Das ist natürlich wieder eine von den Lügen, die die Vorwärtsredaktion erfunden hat, eine gemeine antibolschewistische Hege gegen die Sowjetregierung. Es ist nicht wahr, daß die Kältewelle aus Rußland kommt, so wenig wie Rußland Granaten an die deutsche Reichswehr geliefert hat.

Nach Erfundigung bei der Berliner Sowjetvertretung können wir mitteilen, daß die Nachricht des „Vorwärts“ von A bis Z erlogen ist. Es gibt keine Kälte. Es gibt kein Weihnachten und keinen Ostwind. Es ist nicht wahr, daß die Kälte aus Rußland kommt. Die Sowjetregierung beglückt Rußland andauernd mit warmem Wetter. Es handelt sich um eine Hege gegen Sowjetrußland.

Keine Einigung in der Schuhindustrie.

Vor der Verbindlichkeitserklärung.

Am 23. Dezember fanden im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Meves die Verhandlungen über den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 16. Dezember über die Lohnregelung in der Schuhindustrie statt.

Von Ministerialrat Dr. Meves wurde versucht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Diese Versuche blieben erfolglos. In später Abendstunden wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Ministerialrat Dr. Meves erklärte hierauf, daß der Reichsarbeitsminister sich die Entscheidung über den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vorbehalte.

Der Reichsarbeitsminister wird also, will er es nicht zu einem Riesenkampf kommen lassen, der die schwersten wirtschaftlichen Folgen haben muß, die Verbindlichkeit des Schiedspruches aussprechen müssen. Der Aussperrensbeehl der Unternehmer läßt ihm keine andere Wahl.

Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

Auch die württembergischen Unternehmer sperren sich.

Der Lohnstreik in der württembergischen Textilindustrie ist damit beendet worden, daß der durch den Schiedspruch vom 22. Juli 1926 vorgenommene Lohnabbau um 5 Proz. wieder rückgängig gemacht wurde; die Arbeiter hätten eine 15prozentige Lohnhöhung gefordert. Die Unternehmer haben nurmehr sofort wieder den Tarif gekündigt. Im Kündigungsschreiben heißt es, daß der durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches des Schiedsgerichtsausschusses Stuttgart vom 1. Dezember 1926 geschlossene Zwangstarif mit Wirkung vom 8. Januar 1927 gekündigt werde, da die Arbeitgeber nicht in der Lage seien, diesen Zwangstarif zu tragen.

Ein untragbarer Zwangstarif? Nach dem Schiedspruch, d. h. also mit der 5prozentigen Verbesserung, beträgt der Spitzenlohn in der Orisklasse 160 Pf. Wenn die Textilindustriellen in Württemberg sich einbilden, mit ihrem geradezu an großen Umfang grenzenden Vorgehen die Lohnbewegung in Württemberg abzuwürgen, dann sind sie sehr im Irrtum. Die Ruhe in der Württemberger Textilindustrie wird, wie sich bald zeigen dürfte, mit provokatorischen Tarifänderungen nicht hergestellt.

Der Reichsarbeitsminister greift ein.

Eine Anweisung des Reichsversicherungsamtes.

Der Offene Brief, den Genosse Lint an den Reichsarbeitsminister im „Vorwärts“ gerichtet hat, ist von Erfolg gewesen. Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, hat das Reichsversicherungsamt zur Befreiung der unbilligen Härten nunmehr die Anstalten ersucht, die Aufrechnung, die an sich zugelassen, aber nicht vorgezeichnet ist, bis auf weiteres zu unterlassen oder aber rückgängig zu machen; ein Vorbehalt der Rechte genügt einstweilen für die Versicherungs-träger. Damit wird ein berechtigter Wunsch der Rentienempfänger erfüllt.

Kürzung von Invalidenrenten.

Vom Arbeitersekretariat des Ortsausschusses des ADGB werden wir um Aufnahme nachfolgender Notiz ersucht:

Im offenen Brief des Genossen Lint an den Herrn Reichsarbeitsminister heißt es im Schlußsatz:

„Durch eine derartige Verfügung würde auch ein ungeheurer Wust von Schreibereien — das sind in diesen Fällen die Berufungen gegen die ergangenen Bescheide der Landesversicherungsanstalten, da sie keinen Erfolg haben können — vermieden.“

Dieser Schlußsatz könnte leicht Anlaß zu gänzlich unangebrachtem Verzicht auf wohlverdienene materielle und im Geleß begründete Ansprüche werden. Die letzten Wochen haben nämlich eine Fülle von Bescheiden der Landesversicherungsanstalten über Kürzung der Invalidenrenten gebracht, für welche die Voraussetzungen des § 1311 nicht zutreffen. Zu erklären ist diese unzutreffende Bescheiderteilung wohl nur aus der großen Zahl der zu Bescheidenden, wobei die Landesversicherungsanstalten die nötige Sorgfalt vermissen lassen. Aber auch solche Bescheide werden, wenn gegen sie nicht rechtzeitig Berufung eingelegt wird, rechtskräftig. Aus dem Grunde bitte es den Rentenberechtigten einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie durch die nur zum Teil berechnete Aufstellung der im Schlußsatz des offenen Briefes an den Reichsarbeitsminister vertretenen Art zum Verzicht auf eine Berufung veranlaßt werden könnten. Wir müssen daher den Invalidenrentnern raten, in Zweifelsfällen die von den Landesversicherungsanstalten unerkannten Bescheide durch Berufung anzugreifen.

Anmerkung der Redaktion: Was Genosse Lint mit seinem Schreiben bezweckt und der Mißstand, der durch das neue Geleß hervorgerufen wurde, sind, so will uns scheinen, andere Materien als die vorstehend angeführte. Wenn geleglich unbegründete Kürzungen von Invalidenrenten vorgenommen werden, so ist selbstverständlich dagegen Berufung einzulegen.

Konferenz der Beamten der Heilanstalten.

Am 12. Dezember fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Beamtenvertreter der Brandenburgischen Provinzialheil- und Pflegeanstalten statt. Erschienen waren 16 Delegierte aus den einzelnen Anstalten, von der „Reichsaktion Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Kollegin Wedl und der Kollege Kurpat und von der sozialdemokratischen Fraktion des Brandenburgischen Provinziallandtages der Genosse Bruno La Grange. Der Vertreter des Wirtschaftsbezirks Brandenburg, Paul Strunk, Berlin, referierte über die Organisation und die Agitation in den Anstalten. Aus allen Anstalten kamen die Vertreter zum Wort und schilderten die traurigen Verhältnisse der „Provinzialgewerkschaft“ bzw. des „Unterbeamtenbundes“, ihre Schicksale bei der Stange zu halten. Trotz der teilweisen Verläufe, das Koalitionsrecht ausfindig zu machen, geht es in allen Anstalten rüstig vorwärts. Die Kolleginnen und Kollegen sehen endlich ein, daß die im Abhängigkeitsverhältnis stehenden sogenannten Beamtenvertreter nichts unternehmen können oder dürfen,

um nicht persönlich anzuknien. Wenn auch noch heute das Mittel des persönlichen Zwanges angewendet wird, indem in einzelnen Anstalten die Beiträge für den „Unterbeamtenbund“ bei der Gehaltszahlung in Abzug gebracht werden, so wird auch dieses System auf die Dauer nicht standhalten. Aber sie zeigen, was alles möglich ist. Unsere Denkschrift an den Brandenburgischen Provinziallandtag wurde nach dreistündiger Diskussion im Sinne der Vorlage beschlossen. Sodann erhielt Genosse La Grange das Wort. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages trete auch in diesem Jahre wieder für die idealen und materiellen Forderungen des Anstalts-personals ein. In den ganzen Jahren vorher waren es nur die Sozialdemokraten, die Verständnis für die Lage dieses Personals gezeigt haben. Wenn das Personal sich nun selbst rührt und seine Anträge an die Provinzialkörperschaften stellt, so sichere er schon jetzt tatkräftige Unterstützung der Fraktion zu. Die bürgerlichen Beamtenvertreter haben bisher jede Tätigkeit vermissen lassen, die als eine besondere Interessenvertretung der unteren Besoldungsgruppen bezeichnet werden könnte. Er wünscht dem Vorgehen des Personals den besten Erfolg und hofft, daß bei diesen durchgreifenden Fragen auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten die Rat anerkennen wird. Der für das nicht beamtete Personal bestehende Tarifvertrag wurde an Hand praktischer Beispiele der letzten Zeit durch den Kollegen Strunk erläutert. Nach Erledigung organisatorischer Fragen endete die Konferenz gegen 4 Uhr. Der Verkauf war ein vielversprechender Anfang der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung.

Schon das Privatkapital!

In Sowjetrußland.

Zu dem Rundschreiben des Zentralrats der russischen Gewerkschaften, das wir bereits in Nr. 581 des „Vorwärts“ vom 10. Dezember besprochen haben, schreibt der „Trud“ in seiner Nr. 280 einen Kommentar, in dem er u. a. ausführt, daß die Beziehungen der Gewerkschaften zum Privatunternehmer nicht die gleichen sein dürfen, wie die der Arbeiterschaft zu den Werkstätten in den staatlichen Betrieben. Die Aufgabe der Gewerkschaften in diesem kapitalistischen Ausschnitt unserer Volkswirtschaft besteht in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und in ihrer Erziehung zum Klassenbewußtsein. Um Rationalisierung des Betriebes haben sich die Arbeiter nicht zu kümmern. Das ist ausschließlich Sache des Privatunternehmers. Andererseits dürfen aber die Gewerkschaften dem Privatunternehmer auch nicht Forderungen stellen, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens vollständig unberücksichtigt lassen. Das würde der Politik der Sowjetmacht widersprechen, denn letztere ist darauf gerichtet, das ausländische Kapital in gewissem Umfang für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes auszunutzen.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Gewerkschaftszentrale in diesem Sinne Ermahnungen an die Arbeiterschaft erläßt. Bereits im Mai d. J. stand im Zentralorgan der Gewerkschaften („Trud“ vom 30. Mai Nr. 123) folgender Satz zu lesen, den man, beiläufig bemerkt, auch in einer westeuropäischen Arbeitgeberzeitung finden könnte: „Es kann in der Privatindustrie Fälle geben, bei denen es in der Tat nicht möglich ist, die bestehenden Lohnsätze zu erhöhen. Es kann vorkommen, daß einzelne Betriebe tatsächlich Schwierigkeiten zu überwinden haben, mit denen man selbstverständlich rechnen muß.“

In der Tat liegen die Dinge in den Privatbetrieben wesentlich anders als in der sozialisierten Staatsindustrie. Der Arbeitsschein ist in der Regel etwas höher. Der Unternehmer ist bestrebt, Arbeitern, die durch besonders gute Leistungen sich auszeichnen, größere Verdienstmöglichkeiten zu gewähren. Diese Zuwendungen betragen häufig 75 bis 100 Proz. mehr als der tarifmäßige Lohn ausmacht. Uppurückstände, wie sie in der Staatsindustrie zu verzeichnen sind, kommen wohl auch bei der Privatindustrie vor, aber in unergiebigem geringeren Maße. Andererseits werden auch häufig Fälle verzeichnet, daß zwischen der Arbeiterschaft und dem Privatunternehmer eine ausgesprochene Solidarität besteht. Die beiderseitigen Beziehungen werden gütlich geregelt, ohne das Dazwischentreten von irgendwelchen „Anstalten“. So kommt es z. B. vor, daß die Schlichtungsinstanzen für Lohnhöhen entscheiden, und es dem Unternehmer dennoch gelingt, die Arbeiterschaft in Anbetracht wirtschaftlicher Schwierigkeiten von der Unmöglichkeit, eine Lohnhöhung durchzuführen, zu überzeugen.

Prämien, Wertogemeinschaft, Rationalisierung, das ist die Politik der kommunistischen Gewerkschaft gegenüber dem Privatkapital. Allerdings in Sowjetrußland, wo doch die Arbeiter — die erst zum Klassenbewußtsein erzogen werden mußten — seit neun Jahren angeblich die Diktatur ausüben. Für ein einziges dieser Kapitalverbrechen würden die Kommunisten den Banntitel gegen den Gewerkschafters schleudern, der sich dessen in Deutschland schuldig machen würde. In Deutschland herrscht das Kapital. Die Gewerkschaften können also nicht mit dem Kopf durch die Wand. Die Verhätzung des Privatkapitals in Sowjetrußland, die Tatsache, daß in den konzeptionellen, d. h. an ausländische Kapitalisten vergebenden Privatunternehmen höhere Löhne als in den „sozialisierten“ Unternehmen gezahlt werden, zeigt, wie elend die Arbeiter in diesen Staatsbetrieben daran sind.

Unterstützungskasse des Verkehrsverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Verkehrsverbandes hat auf Anweisung des letzten Verbandstages in München und mit Zustimmung der übrigen Verbandsinstanzen beschlossen, ab 1. Januar 1927 eine „Renten-, Pensions- und Sterbezugskasse“ ins Leben zu rufen. Die Unterstützungseinrichtung ist fakultativ, kann aber durch entsprechende Beschlüsse der Reichsaktionen und -gruppen obligatorisch gestaltet werden. Den Mitgliedern soll bei dauernder Invalidität ein Zuschuß zu ihren Renten oder Pensionen gewährt werden, wie auch eine Zuschußunterstützung im Todesfall. Der Kasse kann jedes Mitglied der Organisation beitreten, jedoch kann der Aufnahmeantrag vom Verwaltungsausschuß abgelehnt werden, wenn das Mitglied bereits Rente oder Pension bezieht, erwerbsbehindert oder leidend ist. Die Mitgliedschaft erlischt beim Austritt oder Ausschluss aus der Organisation. Beim Uebertritt in eine andere freigewerkschaftliche Organisation infolge Berufswechsels kann die Mitgliedschaft auf Antrag fortgesetzt werden.

Der Beitrag in den vier Beitragsklassen beträgt 30, 60, 90 Pf. und 1,20 R. pro Woche. Die Renten betragen je nach

der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse das Vier- bis Fünffache des Wochenbeitrages, also 1,20 bis 18 R. wöchentlich. Der Sterbezugszuschuß richtet sich ebenfalls nach der Zahl der geleisteten Beiträge und der Beitragsklasse und beträgt das 100- bis 750fache des Wochenbeitrages, also 30 bis 900 R. Bei Todesfall infolge eines Betriebsunfalles kann der doppelte Betrag gezahlt werden. Den Mitgliedern, die mindestens 60 Wochenbeiträge in der Organisation entrichtet haben und bis zum 30. Juni 1927 der Kasse beitreten, werden 5 Proz. der geleisteten Verbandsbeiträge in der neuen Kasse angerechnet.

Der Bundesvorstand stimmt ferner der Einführung der Zuschußunterstützung in Todesfällen, der sogenannten „Fakultä“ zu. Beim Tode eines Mitgliedes der „Fakultä“ erhalten die Hinterbliebenen je nach der Zahl ihrer Beiträge und der Beitragsklasse (20 und 30 Pf. pro Woche) das 100- bis 3000fache des Wochenbeitrages, also 20 bis 900 R. als Zuschuß zum Sterbezugs des Todesfalles. Bei Todesfällen infolge eines Betriebsunfalles kann ebenfalls die doppelte Unterstützung gezahlt werden.

Schließlich beschloß der Bundesvorstand noch im Einvernehmen mit dem erweiterten Bundesvorstand eine Erhöhung der Erwerbslosen- und Sterbezugsunterstützung, die ab 1. Januar 1927 ohne jegliche Erhöhung der Beiträge eintritt.

Streik bei der Firma Ade, Schnellwagengeellschaft.

Seit Dienstag stehen die Arbeiter der Firma Ade, Schnellwagengeellschaft, Reimickendorf, infolge Lohn- und Akkorddifferenzen im Streik. Die Firma versucht, durch die bürgerliche Presse, die „Morgenpost“ und andere Zeitungen, durch Inserate Streikbrecher zu bekommen. Wir eruchen alle Kollegen, den Betrieb streng zu meiden und eventuell andere Kollegen auf diesen Streik aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Betriebsrätekonferenz der Metallarbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat den im Verband bestehenden Reichsbeirat der Betriebsräte sowie eine Anzahl Konzernvertreter zu einer am 29. und 30. Dezember d. J. tagenden Konferenz geladen. Die Konferenz soll Stellung nehmen zu den Umwälzungen der industriellen Verhältnisse Europas, zur Fortführung der Rätebewegung und zu notwendigen Verbesserungen des Betriebsrätegesetzes. Genosse Hifferding wird ein ausführliches Referat über die deutsche Rätebildung erstatten. Genosse Kuhfänger wird die Rätebewegung und die Gestaltung des Reichswirtschaftsrates behandeln.

Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie.

Zur Beilegung des Lohnstreits in der Zigarrenindustrie finden am 19. Dezember im Reichsarbeitsministerium unter dem Schlichter Ministerialrat Albrecht Verhandlungen statt.

Wie wir hören, hat die Zigarettenfabrik Haus Neuenburg, die die bekannte Marke „Overholz“ fabriziert, dem Stahlhelm mit einer größeren Geldsumme von etwa 40000 R. unter die Arme gegriffen. In Arbeiterkreisen, wo „Overholz“ viel geraucht wird, wird man sich fragen, der Stahlhelm, der von der Firma Gelder bekommt, kann auch ihre Zigaretten rauchen.

Der Bund schaffender Landwirte.

Auf die Rott, die wir hier kürzlich über den Bund schaffender Landwirte veröffentlichten, schickte dieser eine „Berichtigung“, in der er mit Entschiedenheit bestritt, eine kommunistische Organisation zu sein.

Wir haben dazu zu erklären: Die kommunistische Partei verfolgt seit Jahren die Absicht, an die Kleinbauern heranzukommen. Dabei ist sie zur Errichtung von inoffiziellen Arbeiterorganisationen gekommen, die wiederholt ihren Namen gewechselt haben. Als eine dieser inoffiziell arbeitenden Organisationen muß auch der „Bund schaffender Landwirte“ angesehen werden, besonders dann, wenn man seine Presseäußerungen, die Art seines Auftretens und die Einstellung seiner Funktionäre in Betracht zieht.

Zu der Drohung des Bundes, eventuell den Schriftwechsel mit dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes und dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen, können wir für den Deutschen Landarbeiterverband erklären, daß diese Drohung für ihn bedeutungslos ist und er es dem Bund überläßt, das zu tun, was er für richtig hält.

Französischer Beamtenkongreß.

Paris, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Beamtenkongreß hat am Donnerstag die Aussprache über die Angleichung der Gehälter an die Teuerung beendet. Er hat beschlossen, eine Angleichung der Beamtengehälter an einen Teuerungsindeks von 600 bei einem Mindestgehalt von 10 800 Franken von der Regierung zu verlangen. In der Nachmittagsession ging der Kongreß zur Erörterung des Anschlusses der Beamtengewerkschaften an den Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund über.

Die Arbeitslohnzahlung in Dänemark der letzten Woche ergab 73 786 Arbeitslose, eine Zahl, mit der die bisher größte Arbeitslosigkeit auf diese Zeit, im Dezember 1921 mit 71 000, nun auch statistisch übertroffen worden ist. Nimmt man dazu, daß die Arbeitslosigkeit 1921 die dänische Arbeiterschaft nach einer guten Arbeitsperiode traf, so daß sie etwas zusehen hatte, während die jetzige Arbeitslosigkeit einer Periode der Lohnherabsetzungen folgt, so ergibt sich ein sehr düsteres Bild. Man kann höchstens 300 000 Arbeiter in Dänemark zusammenrechnen; also ist jeder vierte Arbeiter ohne Arbeit!

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Konzernverband der Angestellten. Die Bureaus der Ortsgruppe werden heute, Freitag, um 1 Uhr nachmittags eröffnet. Am Freitag, 21. Dezember, fällt die Weihnachtsfeier von 5-7 Uhr aus.

Wahlung. Räumliche Verhandlungstermine, wir weisen nochmals darauf hin, daß zum Jahresabschluss die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen sind, nachgewordene Mitgliedsbücher sind beim nächsten Bezirkskongreß abzugeben. — Der nächste Kongreß des Bezirks IV findet am Sonntag, 26. Dezember, nachmittags 19-12 Uhr, Bornimstr. 13, statt.

Jugendgruppe des ADGB. Die Veranstaltungen der Jugendgruppe Offen, Südwesten und Spandau sollen der Heiligabend wegen aus.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geper; Wirtschaft: G. Klingenscher; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revision: R. A. Böcker; Redaktions- und Schriftleitung: F. H. Kersch; Anzeigen: Th. Gleditsch; Druck: Bornimstr. 13, Berlin; Verlag: Bornimstr. 13, Berlin. Druck: Bornimstr. 13, Berlin. Druck: Bornimstr. 13, Berlin. Druck: Bornimstr. 13, Berlin.



Vom Weihnachtsklavier.



In der Weihnachtszeit hat auch der Klavier, die ihn zur Kunst führen, hat es auch nur im Rahmen Familienkreise, wo musizierende Mitglieder vorhanden sind. Ein Krösus unter diesen Musikenthusiasten ist, wer über ein gutes Klavier verfügt. Gerade das deutsche Klavier hat im Vergleich mit der deutschen Musik sich die ganze Welt erobert und der Welt hat diese Kulturfabrik nicht zu zerreissen vermocht. Eine schlimme Zeit für dieses Gewerbe war freilich die jahrelange Abzögerung und der darauf folgende wirtschaftliche Niedergang. Aber das Ende des Jahres steht doch unter dem Eindruck: es geht wieder aufwärts!

Klavierbau eine Luxusproduktion.

Mehr als alle anderen Gewerbe erfährt die Erzeugung des Klaviers und der Flügel die Wechsellage des wirtschaftlichen Auf und Nieder. Wo ist die Zeit hin, daß keine einigermaßen standesgemäße Heirat in den sogenannten „besseren“ Bürgerkreisen zustande kam, ohne daß das Brautpaar — mochten er und sie auch wenig musikalisch oder musikliebend sein — dem Piano in dem „Salon“ den bemerkenswertesten Platz anwies? Und wo die Herren Einjährigen der Frau Feldwebel zu Weihnachten ein Klavier heimlich in die Kofferstuben schaffen ließen, damit die Sprößlinge musikalischen Unterricht genießen könnten? Heute ist der Innenmarkt für neue Klaviere und Flügel „flau“, wer sich ein „Instrument“ anzuschaffen wünscht, erzieht ein altes aus Privatbesitz. Die Organe der Klavierbauindustrie beklagen diesen Liebesstand, der zugleich mit dem Abzählungsmodus für die noch etwa in der Heimat abzulebenden Klaviere ein Emporkommen des wichtigen wirtschaftlichen Zweiges nicht zuläßt. Viele der in Privatbesitz befindlichen Klaviere sind in die Hände von Restaurateuren übergegangen, deren Betrieb eine Auffrischung durch die Koffer- und Biermusik verlangt.

Der Export als Rettung.

Zum Glück ist der Ruhm der deutschen Klavierindustrie so festgefügt, daß das Ausland fast ausschließlich sich mit der deutschen Ware versorgt, ja sogar neuerdings wieder steigende Nachfrage nach ihr zeigt. Freilich war das Jahr 1925 noch etwas düsterer als das jetzige, seinem Ende sich nähernde, aber die Berichte über die letzten Monate lauten doch wieder zukunftsfröhlicher. Wir geben zunächst die Ziffern für das erste Halbjahr 1926:

Einfuhr:	55 Klaviere im Werte von	820 000 Mark
	24 Flügel	940 000
Ausfuhr:	17 571 Klaviere	18 835 000
	1 245 Flügel	2 715 000

und bemerken, daß die Zahl der im gleichen Zeitraum 1925 ausgeführten Klaviere sich auf 22 963 Stück belief. Interessant ist die Verteilung der Ausfuhr auf die einzelnen Länder: Belgien 148, Dänemark 309, England 399, Italien 1045, Holland 2086, Norwegen 555, Portugal 355, Schweden 760, Schweiz 402, Spanien 140, Afrika circa 2000, Asien 550, Amerika circa 4500, Australasien 2110. Doch das zweite Halbjahr 1926 ist etwas besser als das erste gestalten dürfte, kann man aus den für die drei Monate Juli, August und September vorliegenden Exportziffern schließen; danach wurden ausgeführt an Flügeln 257, 215 und 382 Stück, an Klavieren 2789, 2780, 3300

Stück. Die Gesamtzahl an Klavieren mit 8860 Stück für das dritte Quartal wird durch die inzwischen konstatierte Besserung der Geschäftslage im jetzigen Vierteljahr sicher überschritten werden. Ein weiterer Beweis für die Geschäftsbesserung ist, daß für 220 Firmen folgende Belegziffern vorliegen: im Juni 1926 7500, im August 9000, im Oktober 10 200 Arbeiter. Auch haben verschiedene stillgelegte Fabriken sich inzwischen wieder zur Weiterarbeit entschlossen. Der starke Export nach dem skandinavischen Norden, nach Südamerika, wo einer gewaltigen nordamerikanischen Konkurrenz zu begegnen ist, und nach Japan ist besonders erfreulich. Daß Rußland ausfällt, muß beklagt werden, auch nach England und dem von ihm kontrollierten Indien ist der Abgang mäßig. Für die Vereinigten Staaten kommen vor allem die kleinen Musikinstrumente, wie Sackhen und Württemberg sie erzeugen, in Betracht. Daß in der Gesamtbranche alle diese durch die heutige Jugendwanderung und den Langtrieb eine masse verbreiteten Musikinstrumente sowie die Leistiköler eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, lehrt der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhr. Er betrug für das erste Halbjahr:

1925	1 550 000 und 60 664 000 M.
1926	2 042 000 und 48 416 000 M.

Hoffentlich gelingt es bald wieder, wenigstens den Stand von 1925 zu erreichen.

Berlin als Produktionsort.

Wie Berlin auf so vielen gewerblichen Gebieten eine erste Rolle spielt, ist auch seine Stellung im Instrumentenbau von Bedeutung. Dies läßt sich aus der Betrachtung der deutschen Gesamtproduktion folgern. Zahlen liegen für 1921 vor, enthalten in den 1924 erschienenen amtlichen Mitteilungen. Danach existierten in der Musikinstrumentenbranche im ganzen Reich 532 Betriebe mit 27 924 Arbeitern (davon 4806 Frauen). In Berlin waren davon 135 Betriebe mit 4745 Arbeitern (davon 543 Frauen), in Sachsen 348 Betriebe (was auf die Heimat der Zither, Lauten usw. hinweist) mit 9063 Arbeitern, in Württemberg 92 Betriebe mit 5686 Arbeitern. Man sieht hieraus, daß Berlin an der Erzeugung der hochwertigsten Musikinstrumente (Klavier und Flügel) hervorragend beteiligt ist. Die

Durchschnittsarbeiterzahl einer Produktionsstätte in Berlin ist 35, in Sachsen 26 Arbeitsträfte. Noch möge erwähnt werden, daß in Berlin sich 1925 77 Handwerksstätten befanden, die unter die Rubrik Musikinstrumentenbau fielen; sie umfaßten 57 Arbeiter und 24 Lehrlinge.

Das Klavier und der Zeitgenosse.

Die große Liebe schließt den großen Haß nicht aus. Wer musikalisch ist und sein Ohr täglich durch das stümperhafte Spiel einer heranwachsenden Jungfrau gequält findet, wird diesen peziellen „Marterkollern“ ein schnelles ruhmloses Ende wünschen. Aber die verzückten Damen, die einem Paderewski den Weg vom Radium verlegen und nicht eher ruhen, bis sein (vorher gefaßtes) Bild mit einer Unterschrift von ihm versehen ist — würden sie nicht geneigt sein, das göttliche Instrument des begnadeten Künstlers in Stücke zu zerbrechen, um etwa eine Taste davon als Fetisch nach Hause zu tragen? Man sieht: es gibt Aristokraten und — Plebs unter den Klavieren und Flügeln, die, wenn sie in den Künstlerkonzerten mitmachen, Konzertflügel genannt und als solche auf dem Programm erwähnt werden. Wenn dagegen nachts um 2 Uhr der Klavierspieler im Bouillan Keller auf seinem verstimmen Instrument herumhaut, wird man der Anshauung der Japaner nicht widerstehen wollen, die, als sie zum ersten Male das Klavier in Tätigkeit sahen, nach Hause berückelten, daß die Europäer ein Hausier hätten, das sie böse mißhandelten. Sie sperrten ihm den breiten Rücken auf und schlugen unbarmherzig auf die schwarzen und weißen Zähne, nicht achtend des gräßlichen Bimmerheulens, das es ausstößt. Es kommt eben darauf an, wer spielt. Und so sind wirklich vom Schimmer der Weiße umgebene Objekte vorhanden, die in öffentlichen Sammlungen oder in den zu Ruinen verwandelten Heimstätten der dahingegangenen Meister aufbewahrt werden. Wohl der größten einer war Beethoven, dessen Leberausgang mit jener Zeit zusammenfiel, die das moderne Klavier schuf.

Das deutsche Klavier.

Das Klavier ist in seiner Urgestalt als Saiteninstrument mit Tastatur im Mittelalter entstanden; die späteren Formen, das Klavier und das Klavier, entwickelten sich im 16. Jahrhundert. Erst das 18. Jahrhundert brachte die moderne Entwicklung mit der Erfindung des Hammerklaviers. Pantaleon Hebenstreits verbessertes Hackbrett gab den Anstoß zur Einführung des Hammerklaviers in die Klaviere. Der Italiener Cristofori, der Deutsche Ch. G. Schröter und der Franzose Marius haben ziemlich gleichzeitig und unabhängig die Reform oder richtiger die Revolutionierung des Klavierbaus durchgeführt. Das Hammerklavier gestattet, den Ton zu schattieren und ermöglicht dadurch, den wahren Seelenausdruck zu geben. Beethoven bezeichnete die Sonaten 101 und 106 als „für das Hammerklavier“ geschrieben, kam aber später wieder auf den Ausdruck Pianoforte zurück. Er schreibt darüber 1817 an Steiner: „Hammerklavier ist sicher deutsch — ohnehin ist die Erfindung auch deutsch.“ Beethoven lernte 1796 das sogenannte englische Klavier mit der von dem Deutschen Silbermann verbesserten Mechanik Cristoforis kennen, kam aber erst 1818 in den Besitz eines solchen. Übrigens war der in England tätige Schudi ein Schweizer (Schudi), der Franzose Eward führt seinen Namen auch auf das deutsche Erhard zurück, und in neuerer Zeit ist B. Steinway († 1896), der erfolgreiche Amerikaner, ebenfalls aus deutschem Blut entsprossen. Daß die damalige Zeit

Die Wunder der Klara van Haag.

46) Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.
„Rein, nicht unters Kopfkissen. Da steckt ein Dieb zuerst die Hand hin. Dann will ich mir lieber ein Lager von Scheinen bereiten, sie knistern hören, wenn ich mich umdrehe, im Schlafe spüren, daß ich am Ersticken bin, weil mir der große, blaue Fünfhundertertel vor den Mund gerutscht ist!“
Frau Egholm war fort gewesen, in ihrem Reich; jetzt kam sie mit einer merkwürdigen, aber festlichen Anrichtung auf einem Teedrett. Schokolade in einer Tasse, einem Teller mit Kuchen und mindestens fünf Gläsern mit verschiedenem Eingemachten.
„Was tut Mütterchen nur! Und ich kann doch gar nichts essen.“ sagte die Gnädige kopfschüttelnd, aber ihre Finger spielten schon mit dem Glas mit den Walderdbeeren.
„Ja, heute müssen wir uns doch amüsieren.“ sagte Frau Egholm, „wo Egholm diese Freude gehabt hat.“
„Mütterchen doch wohl auch?“
„Ach nein. Hätte ich meinen kleinen Garten behalten dürfen, so könnte sich die Bahn gern mit dem Geld amüsieren.“
Frau van Haag legte Löffel und Teller hin. Sie erblickte ihre braunen, ausdrucksvollen Augen sahen groß und erschrocken aus.
„Nehmen sie Mütterchen ihren Garten? Feiern wir eine solche Henterstat? Wir müssen uns ja schämen! Rein, das darf nicht geschehen! Rein, das darf nicht geschehen!“
„Wir können doch nicht all das Geld verdienen und doch Haus und Garten behalten.“ sagte Egholm und ging nervös auf und ab.
„Und jetzt kommen überall die Krokusse. Und das Geißblatt hat große, grüne Blätter. Ach, wir sind schlecht gegen Mütterchen gewesen.“
„Rein, nein.“ sagte Egholm lebhaft und schnürte sein teures Paket an der Schnur herum, „dann haben Sie meinen letzten Gemiestreich nicht gehört. Der ist fast so gut wie der ganze Handel. Ich habe zwar verkauft, aber wir brauchen nicht auszuweichen. Ich habe mein Haus bis zum ersten August von der Bahn gemietet.“
„So, daß sind vier Monate. Aber nach dem August?“
Egholm sagte nur verständnislos: „Nach dem August?“

Er pflegte nicht alle Ewigkeiten auf einmal zu überdenken und wünschte es auch nicht.
Frau van Haag streichelte Mütterchen die Hand. Rein, es hatte keinen Zweck, jetzt, da es geschehen, zusammenzufallen. Ihr war es wie Egholm ergangen. Die Spannung hatte sie ganz in Anspruch genommen, ob es ihm wirklich glücken sollte, ganz Anarrebny anzuführen und ein reicher Mann zu werden. Daß es etwas kosten könnte, reich zu werden, hatte sie nicht gedacht.
„Was geben wir Mütterchen nun für ihr Paradies?“
Frau Egholm streichelte ihr einmal unbefohlen die Wange und sagte: „Wenn Sie uns ein bißchen vorspielen wollten, dann —“
„Das tue ich gleich.“ sagte die Gnädige und lief durchs Zimmer. Ihr Frühlingstape hatte eine Farbe wie das Innere einer blauen Milchschale.
Die Gnädige setzte sich und begann zu spielen. Zuerst einige Läufe, gleichsam um die Finger an das Terrain zu gewöhnen, einige Takte gingen nämlich nicht — dann einige Stücke, wie sie ihr gerade einfielen. Sie nannte mit einem Wort, was es war. Stephen Heller. . . Ein kleines Stück von Haydn.
Egholm nickte. Haydn. Ja, den kannte er gut.
„Chopin — Berceuse von Chopin.“
Die Mutter und Emanuel standen schweigend im Hintergrund des Zimmers. Der Vater war in musikalischer Beziehung ungefähr taubstumm, aber diese Berceuse gefiel. Sieh, da kam ein amüsanter Triller. Und sich, da war er wieder. Ob er wohl öfter läme.
Die Gnädige wandte sich halb um. Wüßte Mütterchen sich etwas Bestimmtes?
„Ach nein, was Sie spielen, ist schön genug.“
„Wirklich gar nichts?“ sagte die Gnädige.
„Ach nein, und es hätte gar keinen Zweck, darüber zu reden, sagte Frau Egholm verlegen. Aber es gäbe ja Erinnerungen — Da sei eins, was die Soldaten gepieft hätten, als sie nach den Hügeln von Lundby hinausogen. Das vergäße sie nie. Und sie begann zu erzählen, wie sie mit am Wege gestanden und alles gesehen hatte. Und als die Verwundeten am selben Abend nach Aalborg gekommen waren. Das Blut war in zwei Streifen vom Wagen heruntergefloßen —
Die Gnädige beugte sich über das alte Klavier, als hätte sie ihm etwas zu. Und das jämmerliche Instrument erinnerte sich früheren Weils. Seine verzogenen Saiten und sein ver-

beulter Resonanzboden gab fast mehr, als sie vermochten. Es war, als gäben die Wände, die ganze Stube und die Zeit.
„Hört, hört.“ sagte die Mutter und hebt die Finger. Die Musik braust näher. Die Windstöße werfen sie gewaltsam gegen die grünen Hänge, wo sie stehen und zusehen. Dann verschwindet sie, schwindet, schwindet — bis sich das schrotende Geräusch der Fußtritte wieder allein den schweren Weg entlang schleppt.
Emanuels Augen waren weit aufgerissen, selbst der Vater kratzte sich bedenklich in seinem Haarfranz. Die Mutter rang die Hände. Sie sagte bewegt: „Das war es. Ach, daß Sie das kannten. Nie wieder habe ich es gehört, seit —“
„Mütterchen lang mir die Melodie ins Ohr.“ sagte Frau van Haag mit einem stillen Lächeln. Sie erhob sich und begann, sich die Handschuhe anzuziehen. Egholm erbot sich, sie zu begleiten.
„Du in deinen alten Fegen.“ sagte Frau Egholm eisig.
„Ja, das würde schön aussehen!“
„Ach, stede meine Orden an.“
„Deine Orden, ja, danke schön.“
„Ja, leht einmal!“
Das Geldpaket baumelte auf seiner Brust an einer Schnur um seinen Hals.
„Es wäre ja ein Skandal, wenn du mit der Gnädigen gingst. Ach, aber sieh, was ist denn das? Ach, ein schreckliches Unglück.“
In dem schimmernden Kope der Gnädigen war ein dreieckiger Riß.
„Run, dann dürfen wir wohl unsere Fegen zusammen-tun.“ sagte die Gnädige in bestmöglicher Laune. „Aber ziehen Sie die Nägel aus den Fenstern, Egholm, für ein andermal.“
„Er darf nicht —“
„Geben Sie Mütterchen das Geld, dann gibt sie schon nach!“
(Fortsetzung folgt.)

den musikalischen Größen nur farges Brot gab, spiegelte sich auch darin wider, daß der große Lieberkomponist Schubert erst kurz vor seinem Tode sich des Deliriums eines Klaviers rühmen durfte.

Das Klaviers der Klaviere und Flügel ist auch vielfach Gegenstand der Mode gewesen; heute bevorzugt man die einfachen Formen. Da die Mechanik des Klaviers wohl keiner weiteren Steigerung fähig ist, haben unsere kunstfertigen empfindenden Seelen sich wieder auf das Spielen der alten Instrumente geworfen; das Spinetti erfreut sich großer Beliebtheit, selbst wenn es aus einer neuen Fabrik stammt. Und das „Pantaleon“ Hebenstreits hat auch schon seine Auferstehung gefeiert. Von diesen Klavieren abgesehen, kann man mit Befriedigung feststellen, daß das Klavier so deutsch wie möglich ist und daß jedes ins Ausland gehende Stück ein Stück Deutschland in die Ferne trägt.

AltENZEICHEN 126g 1507.

Leutnant Krull wieder einmal vor Gericht.

Die Uhr Rosa Luxemburgs hat dem Leutnant Krull sein Glück gebracht; es verfolgt ihn wie ein Fluch. Nach seiner ersten Entlassung aus dem Gefängnis ging er ins Ausland. In Deutschland wurde er nach dem Rathenow-Mord aufs neue verhaftet. Nach seiner Befreiung tauchte er wieder im Ausland auf. Er geht dann wieder nach Berlin, stüchelt nach einer neuen Straftat wieder in das Ausland und ist jetzt fast wieder in Berlin. Was er im Ausland trieb, läßt sich nicht feststellen. Das will er auch dem Sachverständigen Dr. Störmer nicht anvertrauen.

Gestern stand er aber, zusammen mit seinem Regimentskameraden, Herrn A., vor dem Amtsgericht Schöneberg unter der Anklage des Betruges in mehreren Fällen, der schweren Urkundenfälschung und der Amtsanmaßung. Der vielen Hochstapeleien einfacher Zweck war, bei seinen Mitbürgern Geld herauszuholen. In der Hauptsache waren es Verpfändungen, auf Grund seiner angeblich guten Beziehungen zum Polizeipräsidenten, für Spielklubs Schankkonzessionen zu verlangen. Gute Beziehungen zum Polizeipräsidenten und... der Leutnant Krull? Glaube, wer es wollte. Jedenfalls legte er in einem Falle das Erkennungszeichen der Kriminalbeamten, die übliche Marke, vor. In einem anderen Falle zeigte er einen Ausweis, der mit einem Stempel versehen war und auf dem zu lesen stand: „Ausweis des Polizeipräsidenten Berlin, Reg.-Rat Dr. Cohnmann ist als Beauftragter des Polizeipräsidenten berechtigt, Vernehmungen, Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Er ist Hilfsbeamter des Staatsanwalts und ist zum Waffentragen befugt. Die Behörden haben ihm Hilfe zu leisten und in jeder Beziehung zu unterstützen.“ Wahrscheinlich waren Marke und Ausweis gefälscht. Er selbst behauptet aber etwas anderes. Die Geschichte, die er aufwirft, klingt phantastisch genug. Er habe im Auftrag einer hohen Behörde, nicht allein des Polizeipräsidenten, verschiedene Ermittlungen vorgenommen. Man habe auch im Polizeipräsidenten gewußt, daß er unter dem Namen Cohnmann in Berlin lebe. Sofort nach seiner Rückkehr aus Italien habe er den Oberstaatsanwalt Binder, den Landgerichtsrat Edel und den Staatsanwaltschaftsrat Herder telefonisch von seinem Eintreffen unterrichtet, da er annehmen mußte, daß sie an seiner Person Interesse haben. Auf den Rat, der ihm erteilt wurde — wer ihm den Rat erteilt haben soll, wurde nicht klar —, habe er von einer förmlichen polizeilichen Anmeldung abgesehen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß dies doch alles erlogen sei, erklärte er, daß die Staatsanwaltschaft während seiner Haft ihn mit Auslandspässen versorgt habe, und daß seine Erziehung von den dienstlichen Aufträgen sofort aus den Akten 126g 1507 nachgeprüft werden könne. Und sein Mitangeklagter behauptete, daß er selbst in die Akten einer hohen Behörde Einblick erhalten habe und aus ihnen sich überzeugt habe, daß hier Leutnant Krull als Dr. Cohnmann bezeichnet wurde. Leutnant Krull hat den Vorsitzenden, eine Pause einzutreten zu lassen, damit er mit seinem Verteidiger darüber Rücksprache nehmen könne, ob er das Dunkel, in das seine Beziehungen zu den Behörden gehüllt sind, lüften solle. Als aber dann der Vorsitzende seinerseits erwiderte, er wolle alles tun, um Klarheit in der Angelegenheit zu schaffen, und daß er sich nicht schämen würde, die „Beute“ anzuliegen, daß aber die Sache vertagt und Krull in Haft bleiben würde, zog Krull seine Anträge zurück. Ob Krull gelogen hat oder nicht, darüber mögen sich die Behörden selbst mit ihm auseinandersetzen. Bieseicht finden aber seine phantastischen Schilderungen eine Erklärung im Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen Dr. Störmer, der ihn als phantastischen Psychopaten bezeichnet, der derartige Aufschneiderereien stets vom besten Gede. Krull wurde wegen Amtsanmaßung, schwerer Urkundenfälschung, Betrug und unbefugter Verführung zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt, sein Kumpen wegen Begünstigung zu 50 M. Geldstrafe.

Diebstahl mit Hindernissen.

Ungewöhnlich große Mühe gaben sich Geldschrankdiebstahler in der Nacht zum Donnerstag auf dem Grundstück Kleiststr. 12. Sie wurden trotzdem arg enttäuscht. Um in die Bureauräume einer Tabakfabrik zu gelangen, stürmten sie erst im Keller eine 42 Zentimeter starke Wand durch. Hierbei stießen sie zuguterletzt auf Eisenschienen, die sie durchschneiden mußten. Jetzt galt es, aus dem Keller hochzukommen. Da war zunächst eine eiserne Luke im Wege. Auch die Knabberten die Verbredler auf und endlich auch noch eine mit Eisenblech beschlagene Tür des Bureaus. Jetzt hatten sie den gesuchten Schrank. Auch ihn bewachten sie mit großer Mühe, aber er enthielt nur 26 Mark. Mehr Glück hatte eine andere Kolonne, die anscheinend von der Schmittstraße her über einen Schutzel hinweg gegen eine Würfelfirma in der Köpenicker Straße 115 vordrang. Sie stapelte auf dem Hofe Kisten auf, erreichte so ein Fenster, drückte eine Scheibe ein, schmolz im Bureau den Geldschrank auf und erbeutete 400 Mark. Damit nicht zufrieden, schlossen die Verbredler in demselben Hause noch mehrere Türen auf, kamen so in eine Dachkammer und nahmen hier für 1500 Mark Silberlinge mit, da sie keinen Geldschrank fanden.

Raubüberfall in Pantow.

Ein Raubüberfall wurde gestern abend kurz nach 7 Uhr in dem Hause Wendest. 18 in Pantow in einem Bädertage verübt. Hier erschien seit 8—14 Tagen wiederholt ein junger Mann, um eine Kleinigkeit zu kaufen. Im Laufe des gestrigen Tages kam er wiederholt und erbat sich von der Frau des Bäckermeisters Biennige, die er angeblich vom Kartenspiel benommen wollte. So wechselte er einmal für 20 Pfennige ein. Die Frau schöpfte Verdacht und war vorsichtig genug, jetzt schon einen kleinen Betrag in Pfennigen beiste zu legen, um nicht, falls der Kunde noch einmal komme, erst die Lodenfalte aufmachen zu müssen. Gleich nach Schluß des Geschäftes erschien denn auch der Kunde in der Tat wiederum. Als ihm die Frau jetzt den beiste gelegten Betrag geben wollte, verlegte er ihr mehrere Faustschläge ins Gesicht und auf den Kopf und griff dann über den Ladentisch hinweg, um die Kasse zu betäuben. Sie entfiel aber seinen Händen. Die Frau, die die Schläge wohl stark mitgenommen, aber doch nicht betäubt hatten, rief um Hilfe. Der Räuber ergriff die Flucht und entkam in den Schloßpark hinein. Auf die Beute mußte er verzichten. Schupo- und Kriminalbeamte des 282. Reilers, das benachrichtigt wurde, unternahmen sofort eine Streife, die aber keinen Erfolg hatte. Der Täter, der seinen Plan ohne Zweifel schon bei früheren Besuchen hatte ausführen wollen, aber jedesmal durch das Hinzukommen von Kunden gestört worden war, ist etwa 20 Jahre alt und mittelgroß und trug eine Schiebermütze und einen braunen Sportanzug.

Das verqualmte Wohnhaus.

Mit offenem Licht im feuergefährlichen Raum...

Ein überaus gefährliches Feuer, das leicht zu katastrophalen Folgen hätte führen können, kam gestern nachmittag in dem Hause Rottbuser Str. 21 zum Ausbruch. Unter der Haustreppe, im Parterre des Vorderhauses, sind ausgedehnte Kammerräume, in denen Kisten, Packmaterialien und Pelzabfälle lagerten. Durch Unvorsichtigkeit — die Kammer war kurz zuvor mit einem offenen Licht betreten worden — entstand Feuer, das an den leicht brennbaren Gegenständen reiche Nahrung fand.

Hausbewohner suchten das Feuer zu löschen, sahen aber schließlich die Unmöglichkeit ihrer Bemühungen ein und benachrichtigten die Feuerwehr. Inzwischen war das ganze Treppenhaus völlig verqualmt. Der ständige Rauch drang durch die Wohnungstüren und brachte die Mieter in Erstickungsgefahr. Der Weg über die Treppe ins Freie war ihnen abgeschnitten. Eine Panik drohte. Im letzten Augenblick erschien die Feuerwehr. Von der Straße aus wurde den verängstigten Leuten zugerufen, sich ruhig zu verhalten und sich nicht zu Unbedenkenheiten hinreißen zu lassen. Die Wohnungstüren mußten verschlossen gehalten, dagegen die Fenster geöffnet werden, damit die Rauchmengen, die in die Wohnungen eingedrungen waren, abziehen konnten. So konnten die Zuschauer, die zu Tausenden die von einem starken Schupoaufgebot abgesperrte sehr verkehrsreiche Straße umlagerten, das seltsame Schauspiel erleben, daß alle Mieter buchstäblich mit den Nasen auf den Fensterbrettern lagen, während über ihre Köpfe hinweg bühne Rauchsäulen abzogen. Erst eine Viertelstunde nach dem Erscheinen der Wehren konnte ein Wehrmann mit Rauchmaske versehen über die Treppe nach der ersten und zweiten Etage vordringen. Nach den höherliegenden Etagen und dem Boden war das erst nach dreiviertel Stunden möglich. Das Feuer war bald gelöscht, dagegen lagerten die Rauchschwaden noch lange Zeit im Hause. Der Raum ist ausgebrannt. Die Wohnungstüren in der ersten Etage sind durch die große Hitze stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten mehrere Stunden; es wurden große Mengen verkohlter und angelegelter Utensilien herausbefördert. Der Hausen, der auf dem Hof liegt, ist so groß, daß mehrere Ruhmorte zum Abtransport nötig wurden. Es ist als ein großer Glücksumstand zu bezeichnen, daß der Vorfall sich nicht in der Nacht ereignete. Die Folgen wären dann unabsehbar gewesen. Sicherheitshaber hatten die Wehrleute auch Sprungtücher bereitgehalten. — Ein sehr schwer zu bekämpfendes Feuer kam in der Ritterstraße 79 zum Ausbruch. Ein Exhauster, dessen Leistungen über mehrere Etagen führen, war in Brand geraten. Die Feuerwehr konnte hier schlecht an den Brandherd heran und so gesteuerte sich der Löschangriff sehr schwierig. Erst nach fast dreistündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Gefälligkeitsakzente!

Der Invalidentank auf der Anklagebank.

Ein trauriges Kapitel aus der Inflationszeit, die Begehung von Gefälligkeitsakzenten, war der Gegenstand einer Klage wegen Betruges gegen den Kaufmann A. Wie in den meisten Fällen hatte A. während der Inflationszeit gute Geschäfte mit seinem Zigarettenhandel gemacht. Nach der Stabilisierung war der Wert seines Bogers zusammengeschrumpft und nicht mehr veräußlich, weil zu sehr mit Zigaretten geschleubert wurde. A., der auch an der Börse spekuliert hatte, war von der Marktstabilisierung überrascht, so daß er seine ganzen Werte festliegen ließ.

Er versuchte es in seiner Rat mit einem letzten Geschäft, das ihm der Invalidentank vermitteln wollte. Er hoffte durch dieses Geschäft seine Schulden bezahlen zu können. Zum Unglück hatte er auch bei diesem Geschäft keinen Erfolg und kam in Zahlungsschwierigkeiten. Sehr zweifelhaft Leute verschafften ihm Gefälligkeitsakzente. Diese und sein Geschäft mit dem Invalidentank brachten ihm ein Jahr Gefängnis wegen versuchten und vollendeten Betruges und Urkundenfälschung ein. In ein merkwürdiges Licht kam bei diesem Prozeß der Invalidentank, so daß selbst das Gericht anerkennen mußte, daß den seltenen Personen des Invalidentanks allerdings der Vorwurf der Fahrlässigkeit gemacht werden müsse. Der Invalidentank hatte nach Aussage eines „freiwilligen Helfers“ Transaktionen vorgenommen, die darin bestanden, Waren aufzukaufen und weiterzuverkaufen. Ganz rein müssen diese Geschäfte wohl nicht gewesen sein, denn einer der Herren, Dr. Otto vom Invalidentank, mußte zweimal durch einen Hoffbefehl gemahnt werden, vor Gericht zu erscheinen und der andere, ein Herr v. Christian hat sich damit entschuldigt, daß er einen Hergenschuß habe. Dr. O. hat sich vor Gericht ausgedrückt und sich nur soweit erinnert wie der Angeklagte und sein Verteidiger, Justizrat Fränkel, den Nachweis für seine Handlungen bei diesen „Transaktionen“ führen konnte. So mußte er zuerst nicht einmal, daß er dem Angeklagten 35 000 Zigaretten nach Chemnitz gebracht hatte, die vorher zurückgehalten waren. Erst als A. mit dem Staatsanwalt drohte, fuhr Dr. O. schnell zu A. und entschuldigte sich dort. Die Zeugen, die von der Zigarettenfirma Waldorf-Astoria zu diesem Termin geladen waren, bestätigten, daß nur der Invalidentank von ihnen gekauft hatte. Ja, daß sogar für Waren, die noch nicht einmal bezahlt waren, der Invalidentank die Provision abholen ließ. Diese Provision teilten sich Dr. O., Herr v. Ch. und auch der Invalidentank erhielt seinen Teil. Der Verteidiger konnte nach der Zeugenerklärung in seinem Plädoyer feststellen, daß A. von dem Invalidentank nicht so behandelt wurde, wie es unter Kaufleuten üblich ist. Der Invalidentank habe A. als Fisch an seine Angel genommen und an ihm verdienen wollen. Neben dem Angeklagten, der der eigentliche Betrogene sei, hätte der Invalidentank auf der Anklagebank sitzen müssen. Wenn die Firma Waldorf-Astoria sich von A. betrogen fühlte, dann sei sie auch vom Invalidentank betrogen worden. Das Gericht nahm dann in seinem Urteil die Vormürie gegen den Invalidentank auf. Nach dem Ergebnis der Zeugenerklärung und der Feststellung des Gerichts wäre es doch wohl an der Zeit, die „Transaktion“ der Herren vom Invalidentank genauer zu untersuchen.

Hermann Käpplers Bestattung.

Am 21. Dezember fand die Bestattung des verstorbenen Genossen Hermann Käppler im Krematorium Baumhuldenweg statt. Trotz des sehr schlechten Wetters hatte sich eine große Zahl seiner Freunde aus Partei und Parlament eingefunden, um dem Verdienstlichen die letzte Ehre zu erweisen. Auch die Vertreter aus Altenburg, Käpplers früherem Wirkungskreis, fehlten nicht. Besonders zahlreich waren die Delegationen aus der Gewerkschaftsorganisation, dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, in dem Käppler so lange Jahre tätig war. Genosse Robert Schmidt hielt den Nachruf. Er schilderte ein kämpferisches, frühzeitig hatte Käppler die Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe der Arbeiter erkannt und sich selbst in Reih und Glied gestellt. Kampf führte er mit dem Unternehmertum und der Justiz. Ausweisung und Gefängnis wurden ihm zuteil. Als Entbehrungen gewerkschaftlichen und politischen Kampfes lernte er kennen, als er an der Spitze stand. Ein Vertreter des Hauptvorstandes, ein Vertreter aus Altenburg und der Sekretär der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter für die angeschlossenen ausländischen Organisationen stifteten dem Toten ihren Dank für sein Werk ab. Ein Gelangschor leitete die Feier ein und beschloß sie. Käpplers Leben ist ausgelöscht, seine Taten aber werden unvergessen bleiben.

Lodessturz vom Dach. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr auf dem Grundstück Müllerstraße 166a. Auf dem Dach des Hauses wurden Klempnerarbeiten ausgeführt. Der 54-jährige Portier Franz Tschirowski wollte sehen, wie weit die Arbeiten fortgeschritten waren und begab sich auf das Dach. Er kletterte durch die Dach-

lufe, stürzte hierbei aus und stürzte auf den Hof hinab, wo er schwerverletzt liegen blieb. Bis zum Eintreffen des Arztes war der Tod infolge doppelten Schädelbruches und schwerer innerer Verletzungen bereits eingetreten. Die Leiche wurde befristungslos in das Schauhaus geschafft.

Die Aktenschiedungen in Moabit.

Weitere Verhaftungen.

Zu den Aktenschiedungen in Moabit wird gemeldet, daß auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft im Anschluß an die Geständnisse der früher festgenommenen Beamten gestern morgen durch die Kriminalpolizei zwei neue Verhaftungen vorgenommen worden sind. Es handelt sich aber nicht um Beamte, sondern um zwei Zivilpersonen, deren Namen im Verlaufe der Untersuchung noch nicht genannt werden können. Der eine Beschuldigte verlegte durch die Aktenschiedung ein gegen ihn erhobenes Strafverfahren zu unterbinden. Er fand auch Gehör, daß die Akten verschwand. Jetzt wurden sie aber wieder herbeigeführt, und das Verfahren kam von neuem in Gang. In dem zweiten Falle handelt es sich um einen Mann, der bereits verurteilt worden ist. Ihm kam es darauf an, sich der Verbüßung der Strafe zu entziehen, und auch ihm gelang es, mit Hilfe der verhafteten Beamten, die Akten verschwinden zu lassen. Auch diese Angelegenheit ist jetzt geklärt. Die beiden Beschuldigten wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Ermittlungen gegen die ungetretenen Beamten sind weltweit gediehen, daß die Akten zur Erhebung der Anklage der zuständigen Strafkammer zu gestellt werden konnten. Die Hauptverhandlung, die öffentliche Gerichtsverhandlung, steht in kurzer Zeit bevor. Das Verfahren kann also nach dieser Richtung als abgeschlossen betrachtet werden. Weitere Verhaftungen sind nicht zu erwarten.

Die Potsdamer Typhuskrankungen.

Nach Mitteilung der Potsdamer Gesundheitsbehörde sind die Typhusfälle im Abflauen begriffen. In der ganzen vorigen Woche sind nur zwei neue Fälle hinzugekommen, während in der vorhergehenden Woche gar keine Neuerkrankungen zu verzeichnen waren. Aus dem Städtischen Krankenhaus sind bereits sechs Personen als völlig geheilt entlassen worden, ebenso mehrere Kranke, die im St. Joseph-Krankenhaus Aufnahme gefunden hatten. Im Städtischen Krankenhaus liegen gegenwärtig noch 17, im St. Joseph-Krankenhaus noch acht Typhusranke, von denen sich der größte Teil bereits in Refonanzszustand befindet, so daß in beiden Potsdamer Heilanstalten nur noch insgesamt 25 Typhusfälle liegen. Todesopfer hat der Typhus in Potsdam insgesamt drei gefordert, zwei Personen sind in der letzten Woche, die dritte bereits zu Beginn der Erkrankung im Oktober gestorben. Auch die Scharlachkrankungen, die hauptsächlich in der Städtischen Bildungsanstalt und der Landesanstalt für Epileptische in größerem Umfange ausgebrochen waren, gehen erfreulicherweise zurück. Die meisten der Patienten befinden sich schon auf dem Wege der Besserung. In der Teufelower Vorstadt sind noch einige neue Erkrankungen aufgetreten, im allgemeinen ist auch hier zu sagen, daß diese Infektionskrankheit ebenfalls abflaut.

Die juristische Sprechstunde fällt heute (Freitag) und am Montag, den 27. Dezember, aus.

Der Wochenmarkt im Osten, Gohlerstraße Ecke Boffestraße, findet am heutigen Freitag von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr statt.

Erdbebenkatastrophe in Südamerika.

Von einem furchtbaren Erdbeben sind die südamerikanischen Staaten Ecuador und Columbia heimgesucht worden. Einstweilen sind sämtliche Telegraphen- und Fernsprechnetze unterbrochen, so daß nähere Einzelheiten über den Umfang der Katastrophe noch nicht vorliegen. Doch sollen zahlreiche Ortschaften schweren Schaden erlitten haben und viele Menschen ums Leben gekommen sein. Das Erdbeben dauert in immer neuen Stößen noch an.

Das Leiserder Attentat vor dem Reichsgericht.

Vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts ist nunmehr die Revisionsverhandlung in dem Leiserder Attentatsprozeß auf den 17. Januar anberaumt worden. Die vom Altschweimer Schwurgericht zum Tode verurteilten Hauptangeklagten Schlegelinger und Bill Weber werden vor dem Reichsgericht von den Rechtsanwältinnen Dr. Luetgebrune, Östingen und Dr. Ebermayer-Belpzig, dem Sohn des bisherigen Oberreichsanwaltes, vertreten. Die Revisionsbegründung rügt eine Reihe von Prozeßverletzungen des Altschweimer Gerichts, darunter eine Beschränkung der Verteidigung und die mangelnde Begründung des Urteils für das angebliche Verhandeln der Heberlegung bei Ausführung der Tat.

Verurteilte Eisenbahndiebe.

Nach 14tägiger Verhandlung wurde das Urteil in dem Prozeß gegen vierzig Angeklagte gefällt, die des fersorgelegten gemeinschaftlichen Raubdiebstahls auf dem Reuser Bahnhofs und dessen Zulaufstrecken beschuldigt waren. Die Diebstähle reichen in die Jahre 1916 bis 1922 zurück. 24 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis zweieinhalb Jahren verurteilt. Die Haupttäter erlitten schwere Zuchthausstrafen, 12 Angeklagte wurden freigesprochen, davon nur einer als schuldig.

Schweres Fliegerunglück in Amerika.

Rantoul (Illinois), 23. Dezember. Während eines Fluges über einem Feld in der Nähe des hiesigen Militärflugplatzes stießen zwei Militärflugzeuge hoch in der Luft zusammen. Die vier Flieger, sämtlich Offiziere, wurden getötet.

Katastrophales Glatteis in Leeds.

London, 23. Dezember. (M.B.) Infolge Glatteises ereigneten sich in Leeds mehr als 60 Unfälle, die auf Unfallsationen behandelt werden mußten. Die Stadtverwaltung ließ Tausende von Tonnen Eise auf die mit Glas überzogenen Straßen streuen. Man sah viele gutgekleidete Leute, die sich Stiefeln und Säcke um die Stiefel gebunden hatten, andere verwendeten in gleicher Weise ihre Taschentücher. Unter den Verletzungen waren Beinbrüche, Verrenkungen, Kopfverletzungen und Quetschungen zu verzeichnen.

Schwere Autobusexplosion in Belgien. In dem Städtchen Ghlin nordwestlich von Mons explodierte infolge Entzündung der Benzinbehälter eines Autobus, wobei 24 Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden.

Ein neuer Weltrekord für Flugzeuge. Wie die Zeitungen aus Sesto Calendo melden, hat ein italienischer Flieger mit einem Wasserflugzeug eine Höhe von 5930 Metern erreicht und damit einen neuen Weltrekord aufgestellt. Belastet war der Apparat mit einem Gewicht von 500 Kilogramm. Der bisherige Weltrekord wurde von einem französischen Flieger gehalten, der 3450 Meter erreicht hatte.

Blutbad in einem bayerischen Dorf. In Roßel (Oberbayern) verlegte ein 50-jähriger Arbeiter den Bürgermeister nach kurzem Wortwechsel durch einen Krustenschuß schwer. Der Täter drohte jeden niederschützen, der ihm nahekrete. Auf die Aufforderung eines Genbarmerieoberwachmeisters, sich zu ergeben, gab der Täter auf den Beamten zwei Revolverschläge ab, wurde aber selbst durch einen Schuß des Beamten außer Reichweite gesetzt.

Vom Jahrstuhl totgequält. In einer Chemnitzer Fabrik wurde einem Behrling, der bei einer Fahrt mit dem Jahrstuhl das Schutgitter fahrlässigerweise entfernte, der Kopf zerquetscht.



Vom Kossätendorf zur Weltstadt!

Aus Neuföllns Vergangenheit.

Vor einigen Wochen ist ein umfangreiches Geschichtswerk: „Von Richardsdorf bis Neufölln“ erschienen, das nicht nur einen Vergleich mit „Stredfuß, 500 Jahre Berliner Geschichte“ ausführt, sondern ihn, was Objektivität und Stil betrifft, weit übertrifft. Der Verfasser, Georg Möller, Neufölln, hat hier einen nie versiegenden, urmächtigen Kitzdorfer Humor hineingegossen. Nicht trockene Zahlen findet der Leser, sondern geschichtliche Ereignisse von Jahrhunderten in einer Art vorgetragen, wie es eigentlich jedem Geschichtsbuch zu wünschen wäre. In durchaus sachlicher Weise sagt der Verfasser den früheren Bauern, die ihr Gelände nicht teuer genug loszuschlagen konnten, und auch der Gemeindevertretung, die, als Land noch zu äußerst billigen Preisen zu haben war, nichts für die Allgemeinheit übrig hatte, die Wahrheit. Heute könnte Neufölln in baulicher Beziehung ganz anders aussehen. Besonders hervorzuheben ist noch die Stellungnahme des Verfassers zu Groß-Berlin, die sich durchaus in dem von uns bisher vertretenen Sinne bewegt. Wie gemühtlich und idyllisch es im alten Kitzdorf sehr oft zuzuging, wollen wir in einigen kleinen Anekdoten zeigen.

Die Steuerschraube.

Von Interesse ist, daß im Jahre 1874 in der „Juliusburg“ in der Juliusstraße die erste sozialdemokratische Versammlung tagte, eiferndsten von dem Parteigenossen Verführer, der als Referent den Genossen Hasenclever gewonnen hatte. „Die steuerliche Belastung des Volkes“ war das Thema. Die Versammlung mußte polizeilich angemeldet werden. Der Amtsvorsteher Boddin war selbst in Begleitung eines Gendarmen erschienen. Hasenclever begann, sprach vom Steuerdruck und gebrauchte schließlich das heute übliche, damals aber noch nicht allgemein bekannte Wort von der Steuerschraube, was dem Amtsvorsteher bedenklich schien und ihn veranlaßte, die Versammlung aufzulösen unter Hinweis auf die Gefährdung, deren sich der Referent schuldig gemacht habe. Ruhig gingen die Anwesenden auseinander, indem sie darüber nachdachten, aus welchem Grunde eigentlich die Steuerschraube ein staatsgefährliches Instrument sei. Wenig erbaut von diesem Ausgang war besonders der Oekonom der „Juliusburg“. Seine Gespräche gingen schlecht. Nun gab es etwas zu verdienen, da kam das Versammlungsverbot und machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

*) „Von Richardsdorf bis Neufölln“, broschiert 450 Mark, gebunden 5 Mark. Selbstverlag des Verfassers, Rathaus Neufölln.

Der pfligige Stadtsfergeant.

Byzantiner gab es auch im alten Kitzdorf, was an sich kaum erwähnenswert wäre. Daß aber ein Gendarm, der doch „monarchistisch bis auf die Knochen“ sein mußte, den monarchistischen Himmel in bare Münze umzusetzen, gibt dieser Geschichte einen reizenden Beigeschmack. Seit 1868 kam Wilhelm II. mehrere Jahre hindurch auf seiner Fahrt zur Treibjagd nach Rudow, stets am Kolltrog vorbei, wo sein Regimentstammetab Gütler von ihm mit einem trälligen Händedruck „huldvoll“ ausgezeichnet wurde. Noch am gleichen Tage bestürmten Gütler einheimische Byzantiner, ihnen den Handschuh, dem ihr großmächtiger Kaiser eine Sekunde zu nahe gekommen, läufig zu überlassen. Selbstverständlich ließ sich Gütler zur Abgabe seiner hochgeschätzten Reliquie gern bereitfinden. Aber Geld mußte sie bringen, soviel wie möglich. Den Zuschlag erteilte er dem Meistbietenden. Doch das geschah nur im ersten Jahre. Im darauffolgenden und weiterhin, so oft sich das Schauspiel vor dem verwichenen Kolltrog wiederholte, wandte Gütler eine lohnendere Methode des Verkaufes seiner begehrten Kostbarkeiten an, bestrebt, das stark hervorretende Bedürfnis lächelnd zu befriedigen: er taufte die weißen Glaces in einem Spezialgeschäft, das Inventur gemacht hatte, billig im Großen ein, um den vielfachen Anforderungen genügen zu können. Zwar hätte er in einem Jahre nur ein Exemplar der nämlichen Garnitur abgeben können in aller Ehrbarkeit. Doch er tat mehr, er gab, da die Nachfrage immer größer geworden als das Angebot, dem ungeliebten Drängen in lebenswichtigen Entgegenkommen nach und stülte bereitwillig alle Sehnacht mit vielem Fleiß, wenn er in eblem Elter sich vielleicht auch vergriff und statt des rechten Handschuhs, der ja allein nur in Frage kam, einen linken und noch heißes Geld verabsolgte. Zu spät erkannten die glühenden Verehrer des hochzuverdienenden den Irrtum, behandelten ihn aber ganz distret, indem sie schwiegen, damit zum Schaden sich nicht nach der Spott gefelle. Ob dieser verbiente Reinsfall ihre Speicheldrüse irgendwie beeinträchtigt hat, verzeichnet der Geschichtsschreiber leider nicht. Dem Gendarmen ist natürlich nichts „postler“!

Mit Fleiß sind alle Begebenheiten von 1860 bis heute zusammengetragen. Die frühere geographische Lage, die stete Ermüdung der beiden Dörfer Böhmisches und Deutsch-Kitzdorf, der endliche Zusammenschluß, die baulichen Veränderungen, das kommunale Leben, Einführung der Verkehrsmittel und auch der Wohlfahrtsraub sind getreulich verewigt. Jeder, der das Buch liest, gewinnt den Eindruck, daß der Geschichtsschreiber sorgfältig gearbeitet hat.

Schlossen, am zweiten Feiertag findet der reguläre Sonntagsdienst statt. Am Silvester werden die Bureaus ebenfalls um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme der Polizeidirektion, in denen bis 6 Uhr nachmittags Bureaudienst versehen wird. Am Neujahrstag bleiben die Bureaus geschlossen und am 2. Januar findet der übliche Sonntagsdienst statt.

Das glückliche Wien.

Wenn Sozialisten die Mehrheit haben!

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien behandelt eine im Diez-Verlag erschienene Broschüre von Robert Danneberg. In gedrängter Kürze gibt der Verfasser einen Überblick über die planvolle Tätigkeit der Wiener Sozialdemokraten zum Wohle der Großgemeinde Wien.

Die sozialdemokratische Mehrheit, die in Wien seit 4 1/2 Jahren in der Gemeindeverwaltung besteht, hat eine völlig neue Verfassung für die österreichische Hauptstadt ausgearbeitet. Sie hat das Stadtgebiet in Bezirke eingeteilt. Die Einwohnerzahl der Bezirke bestimmt ihren Anteil an der Verwaltung. Bürgermeister und Stadtrat werden vom Gemeinderat gewählt. Außerdem bestehen acht Ausschüsse, an deren Spitze ein auf fünf Jahre gewählter Stadtrat steht. Durch die Bundesverfassung der österreichischen Republik erhielt Wien die Stellung eines Bundeslandes; es wurde somit ein selbständiger Gliedstaat. Der Gemeinderat ist zugleich Landtag. Dadurch, daß die sozialdemokratische Mehrheit einen starken Einfluss auf das Steuerwesen gewann, ist eine großzügige Finanzpolitik möglich gewesen, die zugunsten der breiten Massen den Luxus hoch bewertete. Auch die Besoldungsverhältnisse und der Dienst der Gemeindeangestellten wurden neu geregelt. So erhielten z. B. die Lehrer ein ganz modernes Dienstrecht mit weitgehenden Freiheiten. Ebenso besteht für die Angestellten der Straßenbahn ein eigenes Dienstrecht, in dem die Mitwirkung der Angestellten beim Disziplinarverfahren gesichert ist. Im Besoldungssystem ist die gleiche Besoldung von Mann und Frau bei gleicher Dienstleistung verewirklicht. Ganz besondere Sorgfalt wandte die Sozialdemokratische Partei dem schwer daniederliegenden Wohlfahrtswesen zu, das sie zum Teil gänzlich neu gestalten mußte. Es wurden Jugendämter, Kinderheime, Entbindungsanstalten, Heile, Tagesheimstätten, öffentliche Schülerpessungen, Kinderheime, Ferienheime, Wanderherbergen, Spiel- und Gelaupläze sowie Kinderfreizeiter eingerichtet. In Wien wird kein Kind geboren, ohne daß die Gemeinde die Werbung davon an das Jugendamt weitergibt, das sofort Hilfsmittel aller Art in Bedarfsfällen bereitstellt. Auch die Erwerbslosenfürsorge wurde neu ausgebaut. Sie umfaßt heute u. a. Erhaltungsbeträge, Krankenhauseinweisungen, Bäderanweisungen, Metzgerei-, Geld- und Sachausgaben. Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege hat ein großzügiger Kampf gegen die Tuberkulose eingesetzt. Im Jahre 1925 wurden mehr als 45 000 Untersuchungen und 28 200 Hausbesuche gemacht, über 13 000 Kranke in Anstalten untergebracht. Unter den Anstalten sind insbesondere die für tuberkulöse Kinder in den Alpen und an der Adria bemerkenswert. Sehr erfreulich ist auch die Gesundheitspflege für Behrlinge und schulenlose Kinder. Im Jahre 1925 wurden 7000 Behrlinge zu einem Erholungsurlaub von vier Wochen in Heime geschickt. Auch auf dem Gebiet des Schulwesens wurden große Reformen durchgeführt. Heute besteht in den Wiener Schulen kein starrer Stundenplan mehr, wie er meistens noch in Deutschland zu finden ist, sondern der Lehrplan schreibt nur das Bildungsziel vor. Den Weg dazu überläßt man dem einzelnen Lehrer. Ganz selbstverständlich erscheint die Einrichtung von Sonderklassen für Begabte und auch für Zurückgebliebene. Ferner sind Wien sechs unentgeltliche Mittelschulen, in denen die Schüler acht Jahre unterrichtet werden. Der Mittelpunkt der Lehrerausbildung ist das pädagogische Institut, an dem hochschulmäßige Lehrerbildungskurse eingerichtet

Deutsche Werke und Haselhorster Kolonisten.

In der Spandauer benachbarten Kolonie Haselhorst haben in diesen Tagen alle Kolonisten von den in Liquidation befindlichen „Deutschen Werke“ Schreiben erhalten, die darauf abzielen, die Kolonisten von ihrem Pachtlande zu verdrängen. Unter den Kolonisten und den Bewohnern der Siedlung herrscht große Empörung über diesen Schritt der „Deutschen Werke“. In einer Protestversammlung der Betroffenen wurde beschlossen, das Material dem Reichstag zuzuführen. Das Schreiben an den Reichstag ist vom Bezirksverein Haselhorst, Kolonistenverein Hoffnung, Konsumverein Haselhorst und dem Sportklub Alemannia unterzeichnet.

Durch Kauf ist vor mehreren Jahrzehnten das ehemalige Gut Haselhorst in den Besitz des Reiches gelangt. Nachdem ein Teil dieses etwa 3000 Morgen umfassenden Geländes zum Bau der ehemaligen staatlichen Pulverfabrik Verwendung gefunden hatte, entschloß sich der Staat, eine Siedlung auf dem Restgelände zu bauen. Im Jahre 1893 wurde dann die Siedlung bezogen, die heute insgesamt etwa 50 Häuser mit 300 Familien und über 1000 Köpfen zählt. Jedem Einwohner war die Möglichkeit gegeben, ein Stück Feld oder Wiese zu pachten. Im Jahre 1907 wurden weitere 40 Morgen in Parzellen zu 300 Quadratmeter aufgeteilt und an Interessenten verpachtet. Nach der Umstellung der Staatsverhältnisse in Reichswerte wurde die Kolonie Haselhorst und das umliegende 400 Morgen umfassende Gelände durch Verfügung des Reichsfinanzministers im Mai 1920 von den Reichswerten angekauft und vom Reichsvermögensamt Spandau als Liegenschaft des Reiches verwaltet. Unerfährlicher Weise sind jetzt mit einem Male als Besitzer dieses Geländes die „Deutschen Werke“ eingetragen. Die „Deutschen Werke“ sind in Liquidation und wollen aus dem Verkauf des Geländes Geld herauszuschlagen und zu diesem Zwecke die Bewohner der Siedlung verdrängen. Die „Deutschen Werke“ wollen die Kolonisten zwingen, einen Vertrag zu unterschreiben, der ihnen sämtliche Rechte eines Kleinrentenpächters nehmen würde. Der Pächter soll anerkennen, daß das gepachtete Grundstück hochwertiges Industriegelände ist, das zurückgegeben wird, sobald dasselbe seinem eigentlichen Zweck zugeführt werden kann. Nur auf ein Jahr, vom 1. Oktober bis zum 30. September 1927, läuft der Vertrag und, sofern keine Kündigung stattfindet, geht der Vertrag weiter. Aber auch innerhalb dieses Jahres kann gekündigt werden, und zwar immer ein Vierteljahr im voraus. Es soll dann ein Erlaß der Kündigungen stattfinden, die aus der Überlegung erwartet werden konnten. Die „Deutschen Werke“ kündigen nicht, sie versuchen mit anderen Mitteln die Kolonisten zu verdrängen, sie schrauben den Pachtzins von 16 Mark auf 75 Mark pro Morgen, weil das Land doch, wie es selbst von den Kolonisten „anerkannt“ worden wäre, hochwertiges Industriegelände sei. Der Sportklub „Alemannia“ hat im Jahre 1921 einen 20 000 Quadratmeter großen Sportplatz gepachtet zu einem Preis von etwa 600 Mark pro Jahr. Jetzt sind die „Deutschen Werke“ an den Verein herangetreten und verlangen, trotzdem der Vertrag erst 1930 abläuft, einen Betrag von 10 800 Mark im Jahr. Trotzdem die „Deutschen Werke“ schon einen Streifen Land (2200 Quadratmeter) wiederzuzugewonnen haben, ist der neue Preis nach der ursprünglichen Quadratmeterfläche errechnet worden. Die „Deutschen Werke“ wissen genau, daß ein Arbeiter-sportverein nicht 10 800 Mark Pacht für einen Sportplatz bezahlen kann. Gewiß müssen Kolonisten damit rechnen, daß eines Tages der von ihnen besetzte Boden bebaut wird. In Haselhorst soll ja gar nicht bebaut werden. Das Gelände soll an einen Industriellen verkauft werden. Das Vorgehen der „Deutschen Werke“ sollte von den zuständigen Stellen einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen werden.

Bureaudienst der Polizei an den Feiertagen. Der Bureaudienst bei der Polizei ist für die bevorstehenden Feiertage wie folgt geregelt worden: Am Heiligabend schließen die Bureaus um 1 Uhr mittags. Am ersten Feiertag bleiben die Bureaus völlig ge-

schlossen. Die Eltern jeder Schule werden in Vereinigungen zusammengefaßt, die an den Schulreformen freudigen Anteil nehmen. Auch in hygienischer Hinsicht wurde vieles Vorbildliche in den Schulen geschaffen. So wurden Schulbäder und Zahnkliniken eingerichtet, Kräfte und Jugendfürsorgerinnen besuchten die einzelnen Klassen, die Beleuchtung wurde einwandfrei gestaltet. Endlich wurde auch die unentgeltliche Abgabe der Vermittel eingeführt und den Schülern im Bedarfsfälle Freitagen für die Straßenbahn ausgehändigt. Der Fortbildungsunterricht dauert in der Regel zehn Monate mit acht Unterrichtsstunden in der Woche. Der Unterricht, dessen Lehrgegenstände Materialien- und Fachkunde, Physik und Chemie, Bürgerkunde und Gewerbehygiene sowie kaufmännische Fächer umfaßt, ergänzt die praktische Ausbildung. Die Schüler wirken mit bei der Selbstverwaltung der Schulen, was sich in ständiger Hinsicht außerordentlich bewährte. Selbstverständlich geht die Broschüre auch ausführlich auf das vorbildliche Wohnungswesen in Wien ein, über das ja schon oft und eingehend berichtet wurde. Die Lesarten dieser Arbeit ist jedem zu empfehlen, der sich über die Möglichkeiten, im sozialistischen Sinne praktisch zu wirken, unterrichten will.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Die Bezirksversammlung am Mittwoch, den 15. Dezember, beschäftigte sich neben einigen Vorlagen mit den vom Bezirksamt eingegangenen Antworten zum Haushaltsentwurf. Eine lebhafte Diskussion setzte bei der Beantwortung der Anfragen unserer Fraktion wegen der katastrophalen Wohnungsnot im Bezirk ein. Das Bezirksamt gab durch den stellvertretenden Bürgermeister Dr. Gordon bekannt, wie weit die Bebauung des Scheunenviertels und anderer im Bezirk gelegener Baupläze gediehen ist. Es sollen mit Hilfe städtischer Mittel Wohnungsneubauten in Angriff genommen, die vom Bezirksamt verlangt, daß alle halben Jahre eine erste Späthilfe finden, wurde eine Entschädigung angenommen, die vom Bezirksamt verlangt, daß alle halbe Jahre eine Zusammenstellung der Beschäfte, die noch nicht erledigt sind, beantragt werden. Ein Dringlichkeitsantrag aus der Wohlfahrts- und Jugenddeputation wegen der Betreuung entlassener Strafgefangener fand einstimmige Annahme. Der Antrag verlangt die Weiterbetreuung der entlassenen Strafgefangenen durch das Wohlfahrtsamt.

2. Bezirk — Tiergarten.

Eine Schuhmacherwerkstatt für Erwerbslose wurde in der Bezirksversammlung Tiergarten in einem Antrag gefordert, den die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte. Durch Einrichtung einer solchen Werkstatt wird den Erwerbslosen die Möglichkeit gegeben, dort ihr Schuhwerk unentgeltlich instandsetzen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem das Bezirksamt erklärt hatte, im Bezirk habe man bereits eine Werkstatt, in der die Erwerbslosen des Bezirkes auf Wunsch unentgeltlich ihr Schuhwerk gestickt erhalten. In Wirklichkeit handelt es sich um eine kleine Stube, in der zwei Schuhmacher arbeiten. Diese „Werkstätte“ kann doch nur einen geringen Teil der Arbeiten ausführen, die erforderlich wären, wenn die Sache allgemein bekannt wäre. Sicherlich ist sie bisher noch nicht vielen Erwerbslosen bekannt gewesen. Nachdem jetzt die Erklärung des Bezirksamtes darauf hingewiesen hat, sollen die Erwerbslosen des Bezirkes recht reichlich davon Gebrauch machen. Vielleicht wird dann sehr bald auch das Bezirksamt einsehen müssen, daß dieses Stübchen keine ausreichende Werkstätte ist.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 15. d. M. beschloß auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig, daß das Bezirksamt dafür eintrifft, daß die seit Jahren geplante und zum Teil bereits begonnene Straßenbahnverbindung vom Wedding und Gesundbrunnen im Zuge der Christianiastraße, Bornholmer und Wisbner Straße nach Weißensee und weiter durch die Ostseestraße nach dem Osten Berlins baldmöglichst fertiggestellt und in Betrieb genommen wird, da die fortschreitende Bebauung des Nordostens des Bezirkes dringend den Ausbau des Verkehrsnetzes erfordert. Es wurde dem Bezirksamt für die Weihnachtsbescherung bedürftiger Kinder 5550 M. aus Vorbehaltsmitteln bewilligt. In Verfolg einer Anfrage der SPD-Fraktion, welche Maßnahmen das Bezirksamt zu treffen gedenke, um das stundenlange Warten der Besucher der Rechtsanwaltsstelle zu verhindern, teilte Stadtrat Gen. Dr. Friedländer mit, daß das Bezirksamt sich bereits an den gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft gemeldet und von diesem eine günstige Antwort erhalten habe; es soll versucht werden, die Zahl der Rechtskundigen zu vermehren und eine Verdoppelung der Sprechstunden herbeizuführen. In einer Anfrage der deutschnationalen Fraktion wurde darauf hingewiesen, daß das Grundstück Schönhauser Allee 1, Ecke Voßringer Straße, bis zum heutigen Tage noch unbebaut ist, obwohl der Eigentümer nach einem mit der Stadt geschlossenen Vertrage das Grundstück längst bebaut haben müßte. Es wurde vom Bezirksamt verlangt, daß es den Eigentümer zur Erfüllung dieser Pflicht zwingt. Der Fraktionsredner vertrat die Ansicht, daß der mit dem seigen Eigentümer — einer Gesellschaft — geschlossene Vertrag und die von ihm hinterlegte Summe verfallen und das Grundstück an die Stadt zurückgefallen sei. Stadtrat Gen. Weber gab hierzu für das Bezirksamt die Erklärung ab, daß es im vorgezeichneten Sinne wirken und versuchen werde, das Grundstück zurückzuerhalten. In einer Anfrage der SPD-Fraktion wurde zu der Aufhebung der Barbierstube für die Erwerbslosen in den Baracken Danziger Straße Stellung genommen. Hierzu wurde vom Stadtrat Gen. Kösemann auf die veränderten Verhältnisse und die unhygienischen Zustände in der Stube verwiesen; er werde versuchen, durch Verhandlungen mit der Barbierinnung zu erreichen, daß in den Geschäften die Preise für Erwerbslose herabgesetzt werden. Einer Vorlage des Bezirksamtes über den Ankauf eines an der projektierten Storkower Straße gelegenen Grundstückes zu den im Kaufvertrage angegebenen Bedingungen, wurde einstimmig zugestimmt. Auf einen bei der Reichsbahndirektion auf Beschluß der Versammlung gestellten Antrag, betr. Bau eines zweiten Zugangs zum Bahnhof Prenzlauer Allee und der Errichtung eines Aborts, ist von der Reichsbahndirektion Berlin eine ablehnende Antwort eingegangen. In dem Schreiben wird auf die hohen Kosten — die für den Zugang auf 35 000 M. und für jährliche Mehrkosten auf 15 000 M. geschätzt werden — verwiesen, und die einzige Möglichkeit zur Ausführung darin gesehen, daß die Stadt Berlin sich bereit erklärt, die angegebenen Kosten in vollem Umfange zu übernehmen. Für einen Abort könne ein Bedürfnis nicht anerkannt werden, denn der frühere Abort sei fast nur von Nichterwachsenen benutzt worden. Gen. Aderholz wies die Art der Behandlung durch die Reichsbahndirektion entschieden zurück. Wenn der Bahnhof Prenzlauer Allee im Westen liegen würde, würde die Antwort jedenfalls anders ausgefallen sein. Die Bevölkerung könne mit dieser Antwort auf

seinen Fall zufrieden sein; er hält das Bezirksamt für verpflichtet, die nächst höheren Instanzen in Anspruch zu nehmen. Die Versammlung stimmte dem zu.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Am 15. Dezember fand die letzte Bezirksversammlung dieses Jahres statt. Die recht magere Tagesordnung brachte u. a. einen Antrag der Deutschnationalen auf Bewilligung einer Weihnachtsgratifikation für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Da dieser Antrag den durch die Initiative der Linken im Rathaus bereits beschlossenen Maßnahmen doch wesentlich hinterherhinkt, zogen sie ihn denn auch zurück, nicht ohne ihrem „arbeiterfreundlichen Herzen“ in warmen Tönen Luft gemacht zu haben. — An der einem hiesigen Anzeiger angegliederten Frauenchule ist nun auch ein Sonderkursus für Mittelschülerinnen eingerichtet worden — unzweifelhaft ein sozialpädagogischer Fortschritt — jedoch werden wir in unserem Drängen nach Einrichtung einer Volkshochschule, die den jungen Mädchen aller Bevölkerungsschichten zugänglich ist, nicht nachlassen. — Wie schon wiederholt, so mußten unsere Genossen auch diesmal wieder bei einer von uns gestellten Anfrage betr. Kleinstwohnungsbau auf den schreienden Gegenstand hinweisen, der zwischen den vielen neugebauten Villen und Wohnpalästen, in denen nur gegen Zahlung eines hohen sog. Baukostenzuschusses eine Wohnung erhältlich ist — und dem noch nicht einmal in den Anlagen behobenen Mangel an Kleinstwohnungen für die mittlere minderbemittelte, wohnungsuchende Bevölkerung — hinweisen. Wir werden unsere Bemühungen, dieses soziale Unrecht — einerseits z. T. leerstehende 5-, 6- u. 7-Zimmerwohnungen, andererseits das trassierte Wohnungsgeld — auszuweichen, auch im neuen Jahre gegen den Widerstand des Privatbesitzes, in dessen Händen der größte Teil des erforderlichen Baugeländes ist, fortsetzen. Wir dürfen den kommunalpolitischen Ereignissen des Jahres 1927 mit Vertrauen entgegensehen, denn wir haben nach den Wahlen vom Oktober 1925 doch Reserve in so manchem Reservat der bis dahin allein maßgebenden Bevölkerungsschichten unseres wohlhabenden Wohnbezirks geschlossen — auf dem Gebiete der Verteilung von Ehrenämtern, bei der Ausweisung von Baugeländen, für Kleingärten, bei der Wahrung der Rechte der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Fürsorge für jugendliche und erwachsene wirtschaftlich Notleidende und noch manchem andern.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der Bezirksversammlung am 15. Dezember wurden nicht weniger als 24 Punkte der Tagesordnung erledigt. Vor Eintritt in die Beratung stellte außerdem die SPD-Fraktion zwei Anträge, deren Dringlichkeit anerkannt wurde, so daß sie am Schluß behandelt werden konnten. Gegen den Einspruch unserer Genossen ersuchte auch in diesem Jahre im Haushaltsplan eine Beihilfe von 7000 M. für den Vaterländischen Frauenverein, der aus dem zentralen karitativen Verbände ausgeschieden ist, um vom Bezirk unterstützt werden zu können. Die beschlossene Forderung der SPD, 1000 M. für den Verein der Kinderfreunde zu bewilligen, erfuhr auch diesmal eine Ablehnung, der angeblich zentralen Unterstützung wegen. Eine Stimme fehlte zur Mehrheit, ein Kommunist hatte nämlich den Saal verlassen. Die nächsten Anträge betrafen die Anlage eines Ringbahnhofs zwischen Hermannstraße und Tempelhof, die Verbesserung der Straßenbahnverbindung nach dem Industrieviertel, die Einrichtung einer Autohaltestelle in Lichtertrabe, die Versorgung von Lichtertrabe mit elektrischem Licht, die Beschaffung von Umkleieräumen auf dem Sportplatz des Volksparks, die Beseitigung der Mißstände in der Müllabfuhr Lichtertrabe, der Ausbau der Arnulfstraße zum künstlichen Bahnhofs zwischen Papestraße und Mariendorf, den Protest gegen die Aufhebung des Polizeireviere Ost. Wie die Anträge fanden Annahme. Eine gründliche Wahrung der Rechte aber bei ihrem Antrage, den Bezirksverordneten dieselben Freiheitsarten zu gewähren wie den Stadtverordneten, also neben der Karte für Straßenbahn auch solche für U-Bahn und Omnibus. Von der Mitte bis zur Linken stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, um ihre Pflichten im Bezirk nachzukommen, genüge die Straßenbahn. Die Karten haben nicht den Zweck, privaten Interessen zu dienen. Interessant war es, in der Debatte zu hören, daß dieselben Herren, die jetzt maßlos in ihren Ansprüchen waren, bei der Statberatung im vorigen Jahre durch ihren Vorsitzenden den Vorschlag machen ließen, auf jegliche Freiheit und auch auf alle Sitzungsgelder zu verzichten. Wie sich die Zeiten ändern! Ein Antrag der SPD, Regenwasserleitungen usw., die Kanalisationsarbeiten durch Bezirksverordnete abnehmen zu lassen, fand Ablehnung bei allen übrigen Fraktionen, da das Aufgabe der technischen Beamten ist. Die Anfrage der SPD, wegen der drohenden Schulraumnot wurde vom Bezirksamt in zufriedenstellender Weise beantwortet. Nachdem dann noch neue Finanzlinien ausgemittelt waren, kamen die Dringlichkeitsanträge der SPD zur Beratung. Der Antrag, künftig nur noch die Arbeiten in öffentlicher Submission zu vergeben, um die Ringbahn zu erschweren, wurde abgelehnt. Gewisse Herrschaften schienen sich in ihren heftigsten Gefühlen verletzt. Ihr Gegenantrag wurde auch abgelehnt, so daß der Kompromißantrag der Demokraten, von Fall zu Fall zu entscheiden, die Mehrheit fand. — Der zweite Antrag der SPD, das Jugendheim in Mariendorf besser auszugestatten, fand auch eine Kompromißlösung: Die Bezirksversammlung wurde vom Dezernenten eingeladen, eine gemeinsame Besichtigung vorzunehmen, um sich danach ein Urteil zu bilden.

14. Bezirk — Neukölln.

Die letzte Bezirksversammlung behandelte eingangs eine Anfrage der Deutschnationalen Fraktion betr. die Wiederbesetzung der durch das Ableben unseres Genossen Dr. Silberstein freigewordenen Stadtratsstelle. Das Bezirksamt sollte ihnen mitteilen, wann und wer gewählt werde. Sie hätten gehört, daß sich die Linke mit dem Gedanken trage, evtl. einen Rechtsmediziner zu präsentieren. Der Vertreter des Bezirksamts mußte mit Recht erklären, daß die Angelegenheit Sache der Bezirksversammlung selbst sei und das Bezirksamt mit der Vorbereitung der Wahl und der Auswahl der Bewerber nichts zu tun habe. Darauf folgte ein sozialdemokratischer Antrag, betr. die Verpachtung einer Fläche des ehemaligen Rittergutes Brühl zur Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftfahrzeuge. In der Begründung dieses Antrages führte Genosse Fechner aus, daß die Sozialdemokratie gegen die Errichtung einer dergleichen Versuchsanstalt grundsätzlich nichts einzuwenden habe. Sie sei nur gegen den Plan, inmitten eines Wohngebietes und in nächster Nähe des großen Krankenhauses Budow einen Flugplatz zu schaffen und Industrie anzusiedeln. Genosse Fechner verwies auf die Tatsache, daß sich um das jetzige Projekt, hinter Budow, in einiger Entfernung vom Budower Krankenhaus ein ebenso brauchbares Gelände befindet. Er bat die Bezirksversammlung, dem berechtigten Verlangen der Neuköllner und Brigher Bürgerchaft Rechnung zu tragen und dem sozialdemokratischen Antrag, für die Versuchsanstalt für Luftfahrzeuge ein geeigneteres Terrain zu erwerben, zuzustimmen. Mit den Stimmen der SPD und Kommunisten gegen alle bürgerlichen wurde der Antrag angenommen. Zu sozialdemokratischem Parteibeschäftigte sich nunmehr die Versammlung mit den noch immer ungenügenden Verkehrsverhältnissen im 14. Verwaltungsbezirk. Von unserem Redner wurde eine Fülle von Material ausgebreitet, aus dem ersichtlich wurde, daß vor allem die Straßenbahnverbindungen bei weitem nicht den berechtigten Wünschen der Neuköllner entsprechen. Ihr „gutes Herz“ für den Mittelstand entdeckten wieder einmal die Bürgerlichen, als sie erfuhrten, daß die für Zwecke des Wohlstands-

andere benötigten Weihnachtsstollen wieder, wie im Vorjahre, vom Konsumverein geliefert werden. In einem Antrag forderte die bürgerliche Mitte, daß der etwa bereits erteilte Auftrag zurückgezogen sei. Vom Bezirksamt erwiderte Stadtrat Gen. Schneider mit dem Hinweis, daß 1370 Weihnachtsstollen auf sämtliche Neuköllner Bäder verteilt, doch für keinen etwas bedeute und daß dann eine große Verschiedenartigkeit der Stollen eintreten würde. Im übrigen seien Abmachungen mit der Konsumgenossenschaft getroffen, durch welche die im vorigen Jahr aufgetretenen Mängel abgestellt werden. Durch Zugabe aus unfernen Reihen wurde den „Schützern des Mittelstandes“, den bürgerlichen Fraktionen, plausibel gemacht, daß sie alle die kleinen Geschäftsleute und Handwerksmeister, als deren Vertreter sie sich so gerne ausgeben, durch ihre Zustimmung zum Abbau des Mieterschutzes bei Geschäftsräumen ernstlich geschädigt haben. Hier, wo es galt den Mittelstand wirksam zu schützen, standen sie auf der Seite der Hausagrarier und nur die Sozialdemokratie kämpfte dagegen an.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement, falls nicht bereits geschehen, sofort bei der Post zu erneuern. Für Abonnementserneuerungen nach dem 24. erhebt die Post eine Verspätungsgebühr.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

17. Bezirk — Lichtenberg.

In der Bezirksversammlung vom 15. Dezember wurde Genosse Rogatz, der von der Stadtverordnetenversammlung dem Bezirk zugewiesen wurde, eingeführt. Die Fraktion ist jetzt 19 Mitglieder stark (Bürgerliche 17, Kommunisten 13). Eine Vorlage des Bezirksamts, Mittel zu bewilligen für die Herichtung eines Stadtbahnhofs an der Karlsdorfer Straße für die Zwecke des Arbeitsamtes, wurde einstimmig angenommen. Hierbei wurde auf eine Anfrage, ob dadurch die Turnhalle der Schule in der Pflanzstraße frei werde, vom Bürgermeister Genossen Dr. Siggel erwidert, daß hierzu die Räume nicht ausreichen. Wohl aber werde der beschlossene Erweiterungsbau des Arbeitsamtes beschleunigt werden. Nach dessen Fertigstellung werde die Turnhalle sofort freigegeben. Es ist zu hoffen, daß durch diese Maßnahmen der angeordnete Schulstreik unterbleibe. — Die Auflösung der Waldsiedlung (Waldhöhe) wird beschlossen und die Verwaltung der Grundstücksdeputation übertragen. Eine lebhafteste Debatte rief ein Antrag hervor, der eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Ortsteil Borchagen-Rummelsburg fordert. Ausführliche Schilderungen der tatsächlichen unhaltbaren Verhältnisse wurden von allen Rednern gegeben. Die Versammlung war der einstimmigen Ansicht, daß hier unbedingt etwas geschehen müsse. Die Baudeputation wird beauftragt, energisch zu arbeiten, diese Arbeit aber nicht nur auf Lichtenberg zu beschränken, sondern auch die anderen Ortsteile nicht zu vergessen. Hier ist ein weites Feld für die Betätigung des neu zu wählenden Bau Rates, dessen zum zweitenmal auf der Tagesordnung stehende Wahl wiederum von den Kommunisten und der Rechten vertagt wurde. Ein Antrag auf räumliche Trennung des Altersheims und der Obdachlosenstation von dem Arbeitshaus in Rummelsburg wurde angenommen, der zweite Teil des Antrages, Übernahme der Verwaltung durch den Bezirk, wurde abgelehnt.

Städtebaugesetz und Sozialdemokratie.

Ueber die Stellung unserer Partei zu dem Entwurf eines Städtebaugesetzes sprach in der letzten Versammlung der Arbeitermiserableute das Mitglied des Landtags, Gen. Leib. Er wies auf die große soziale Bedeutung dieses Gesetzes hin, welches eine Reihe von Forderungen zu verwirklichen geeignet ist, die unsere Partei schon lange vor dem Kriege in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aufgestellt hatte. Von besonderem Interesse war die Bedeutung des Fluchtlinienplans für die Art der Bebauung, worüber der Referent aus seiner früheren parlamentarischen Tätigkeit wertvolle Mitteilungen machen konnte. Er gestellte mit gebührender Schärfe den Teil des Entwurfes, der aus Haß gegen die sozialistische Mehrheit in Berlin die Hauptstadt in dauernder Vormundschaft halten will, was insbesondere den Fluchtlinienplan betrifft. Die Entscheidungssache wird voraussichtlich zu heftigen Kämpfen im Wohnungsausschuß des Landtags führen. An den

Funkwinkel.

Ernst Cohn-Wiener spricht nachmittags über: „Die Ausstellung der Berliner Akademie der Künste“. Im Gegensatz zu seinem Vortrag über die Sezession im November, in dem er sich nur auf eine eingehende Analyse der Bilder beschränkte, geht er jetzt auch auf die Persönlichkeiten der Künstler, auf ihre Einstellung zu den Dingen ein. An den ausgestellten Werken Kirchners erläutert er den Entstehungsweg eines Bildes von der Skizze zum Gemälde, weist kurz aber anschaulich auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Techniken hin und zeigt, warum ein Künstler eine bestimmte Technik wählen muß, wie Kirchner z. B. neben der Ölmalerei den Holzschnitt. Gut, daß Cohn-Wiener den richtigen Weg gefunden hat, denn bloße Stilanalysen, auf die er sich früher beschränkte, geben dem Rundzuhörer nichts, da die Anschauung fehlt. Die Uebersetzung von Puccinis „Madame Butterfly“ aus der Staatsoper am Abend leidet unter Unklarheiten besonders im Orchester. Weder die einzelnen Figuren noch Instrumente kommen klar heraus, manchmal, wie am Anfang des ersten Aktes, wird das Orchester vollkommen unverständlich, gleichfalls vermüht klingen die Chöre. Der Auftritt des Onkel Bonze bleibt wirkungslos. Ueberhaupt kann sich der Hörer, der die Oper noch nie auf der Bühne gesehen hat, vom ersten Akt kein Bild machen. Besser wird es erst, als das Drama einsetzt, bereits das große Duett Butterfly-Einferton am Schluß des Aktes erhält Farbe, und bei den folgenden an äußerem Geschehen armen Akten vermischt man kaum die Bühne. Hier wird auch die Uebersetzung der Orchestermusik besser, und die Stimmen der Sänger klingen voller und reiner. Charlotte Boerner ist eine zarte Butterfly, am Anfang noch farblos, wächst sie im Duett und kommt in ihrer großen Arie im zweiten Akt zu starkem Ausdruck, Karl Haus singt den Einferton. Die großen, weichen und schönen Tenor, der in der Höhe besonders ergiebig und frei klingt, fehlt allerdings noch Singkultur, die Beherrschung des Bekants. Besonders die hohen Töne werden etwas unbeherricht herausgeschmettert, und Fleischers Bariton klingt diesmal in der Uebersetzung merkwürdig hell und offen. Regramisch leidet die Aufführung. Die Uebersetzung vermittelt nur eine Ahnung, wie liebevoll und klar jede Figur von Menonich herausgearbeitet wird. Vor der Uebersetzung noch der Vortrag Dr. Robert Siegelts über: „Neue Formen des Weltbildes“, in dem die neuen Bahnen gezeigt werden, die der Welthandel nach dem Kriege eingeschlagen hat.

interessanten Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, die sich naturgemäß auch auf die übrigen Probleme der Wohnungspolitik erstreckte. Es herrschte ziemlich Einmütigkeit darüber, daß keine Seite der Wohnungspolitik für sich allein gelöst werden kann. Das schwierige Problem kann nur unter Berücksichtigung der Siedlungsfrage, der Baufrage, des Mieterschutzes und der Hauszinssteuerfrage einheitlich erörtert werden. Aus der Versammlung heraus wurde der Antrag gestellt, daß die Stadtverordnetenfraktion mehr als bisher mit dem Bezirksmierausschuß zusammen arbeiten müsse. Der Ausschuß wurde ferner beauftragt, beim Bezirksvorstand die Einberufung einer allgemeinen Funktionärskonferenz zu beantragen, in der die Frage des Mieterschutzes und des Wohnungsbaus von verschiedenen Referenten beleuchtet werden soll.

Aus der Tätigkeit eines Arbeitsamtes. Die Erwerbslosenhilfe in Steglitz.

Die traurigste und doch notwendigste Arbeit für die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung müssen wohl zurecht die Arbeitsämter leisten. Noch niemals seit den Tagen der Inflation war der Andrang zu ihren Schaltern so groß wie jetzt. Er übertrifft wenigstens in Steglitz die Zahlen von 1923 noch um einige hundert. Da reichen natürlich weder die Beamten noch die Räume aus, und beides muß vermehrt werden. Zeithilfen waren bald gefunden und eingearbeitet. Das bedurfte nur einiger kurzer Wochen. Anders war es mit den Räumen. Aber auch hier wurde Rat geschaffen. Der größte Teil des Kellergeschosses im Rathaus Lichtertrabe, das nur etwa 50 Zentimeter unter der Erdoberfläche liegt, wurde ausgebaut und für die Zwecke der Erwerbslosenfürsorge und der Erwerbslosenhilfe eingerichtet. Die Warteräume vor allem wurden vermehrt, und ebenfalls die Zustellen und die Expeditionen. Die Kontrollschalter wurden bequemer eingerichtet und der ganze Betrieb konzentriert. Ohne Frage waren durch den plötzlichen Ansturm auf die Dienststelle zu Anfang viele Organisationschwierigkeiten zu überwinden. Man darf aber wohl sagen, daß sie heute überwunden sind und sich der Betrieb reibungslos abwickelt. Bemerkenswert ist es immerhin, daß das Eingreifen der Polizei bis auf zwei Fälle vermieden werden konnte, und daß die Erwerbslosen gute Disziplin hielten. Rabiate Luftstreifen einzelner junger Burschen konnte ohne polizeilichen Eingriff gedämpft werden. Das Jahrgeschäft wickelt sich gleichfalls ruhig ab.

Jeder Erwerbslose, das mag hier einmal kurz erwähnt werden, hat ein Recht auf Ausstellung einer Bescheinigung für die Stundung der Hauszinssteuer. Er hat, wenn er Kinder hat, Recht auf Freimilch. (Beides Rechte, die lange nicht von allen Berechtigten ausgenutzt werden.) Die Erwerbslosen können die Stadtbibliothek benutzen, und zwar gegen Vorgeigung ihrer Karte kostenlos. Die jugendlichen Erwerbslosen werden in Kurien zusammengefaßt, die für Mädchen Nähen, Kochen, Spielen und Wandern, für die Burschen Handfertigkeitsunterricht, Hochschulfürsorge, Spielen und Sport sowie Wandertage umfassen. Erhält werden die Jugendlichen bis zu 18 Jahren. Das Recht zur Teilnahme steht aber auch Älteren bis zu 21 Jahren frei. Sie brauchen sich nur bei den Kursleitern (organisierten Junglehrern) zu melden. In vielen Arbeitsämtern sind für die Erwerbslosen eigene Schuhmacherwerkstätten eingerichtet worden. Das Bezirksamt Steglitz und die Bezirksversammlung haben den Antrag unserer Genossen auf Einrichtung solcher Werkstätten auch in Steglitz abgelehnt. Daraufhin ist der Vorkläufer und Vorsitzende des Arbeitsamtes mit den Schuhmachereinnungen des Bezirks in Verbindung getreten und hat erreicht, daß den Erwerbslosen ihr und ihrer Familie Schuhwerk gegen eine Ermäßigung von 20 Proz. gegenüber den üblichen Reparaturpreisen der Meister repariert wird. Die Erwerbslosen melden bei dem Expedienten die Reparatur, die sie machen lassen wollen, an. Jedoch darf nur eine Reparatur zur gleichen Zeit vorgenommen werden. Die zweite erst, wenn die vorhergehende bezahlt worden ist. Der Expedient stellt einen Schein aus, und der Erwerbslose kann mit diesem Schein bei einem beliebigen Schuhmacher im Bezirk arbeiten lassen. Er bekommt seine Reparatur gegen Quittung von dort zurück und der Meister von der Erwerbslosenfürsorge sein Geld. Die Beträge werden dem Erwerbslosen mit 1,50 Mark wöchentlich abgezogen, so daß er nicht zu stark belastet wird und doch ganzes Schuhwerk erhält. Wenn er in Arbeit tritt, ist der Rest fällig. Hält man dagegen, daß in den städtischen Werkstätten die Reparaturen meist sofort in einer Summe abgezogen werden, so ist der Vorteil ziemlich einleuchtend. Beste Ausführung und bestes Material sind zur Bedingung gemacht. Ueber Beschwerden entscheidet die Obermeister der Innungen in Gemeinschaft mit dem Arbeitsamt. Die Preise sind nicht höher als bei den städtischen Werkstätten. Die erfolgten Reparaturen werden in den Zahlbogen angemerkelt, so daß Reparaturen für Freunde und Bekannte nicht untergeschoben werden können. Hiergegen und gegen andere Unzuträglichkeiten, die sich auf den ersten Anschein ergeben könnten, sichern die inneren organisatorischen Vorschriften. Von vielen Erwerbslosen wird diese neue Einrichtung freudig begrüßt.

Der Versuch, für die Erwerbslosen Konzerter zu veranstalten, ist leider mißglückt. Die Karten, 600 an der Zahl, wurden zwar abgenommen, aber nur von etwa 150 Interessenten benutzt, so daß die Künstler vor fast leerem Hause spielten, was um so bedauerlicher ist, als es sich ebenfalls um Erwerbslose handelte, denen man einen Verdienst schaffen wollte. Der Mut zu einem neuen Versuch hat daraufhin gemangelt. An Kostandsarbeiten sind im Bezirk ebenfalls einige vorhanden. An der Spitze steht da der Sportplatz in Lichtertrabe, für den neuerdings 11 000 Tagewerke bewilligt worden sind. Auch am Buchgraben in Zehlendorf arbeiten Kostandsarbeiter aus dem hiesigen Bezirk. Die Zusammenfassung der Erwerbslosen ist von den anderen Bezirken nur insofern etwas abweichend, als sich zahlreiche Kaufleute männlichen und weiblichen Geschlechts und auch Künstler hier vorfinden. Das Anstehen, für die Kopfarbeiter und Künstler getrennte Abfertigungs- und Warteräume zu schaffen, wurde vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgelehnt mit dem Hinweis, daß er keinen Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern fenne. Unzuträglichkeiten haben sich auch bisher nicht ergeben. Alle aber, die für die Erwerbslosen zu sorgen haben, machen es sich hier zum Grundgesetz, die Gesetze und Verordnungen so auszuliegen, wie es im Interesse der Erwerbslosen möglich und mit der Notwendigkeit, die öffentlichen Gelder sparsam zu verwalten, vereinbar ist. Kleinliche Schikanen sollen vermieden werden. Was oft als solche ausgelegt wird, sind gesetzliche Bestimmungen, über die sich auch der Vorsitzende nicht hinwegsetzen kann. Das Ziel aber aller Bestrebungen muß immer bleiben, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, denn Unterstützung ist eben nur eine Planke, auf der der Ertrinkende sich festhält, um nicht unterzugehen. Der wahre Rettungsball bleibt immer nur die Arbeit. Diesen Rettungsball möglichst vielen arbeitslosen Volksgenossen zuwerfen zu können, ist eine Hauptaufgabe der Leitung des Arbeitsamtes Steglitz.

Stroßenbenennung im Bezirk Treptow. Mit Zustimmung des Polizeipräsidenten haben folgende Straßen im Bezirk Treptow jetzt Namen erhalten, und zwar die Straße 83 in Treptow-Süd: „Alwin-Berich-Straße“, die Straße 61 in Treptow-Süd: „Ludwig-Klapp-Straße“, die Straße 71a in Mi-Glienide: „Herulstraße“, die Straße 24a in Johannisthal: „Am alten Jern“, die Straße 26 und der Platz G in Johannisthal: „Am Brombeerwinkel“, die Straßen 27 und 28 und der Platz E in Johannisthal: „Am Hefelbusch“.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Billetts für Zirkus Carl Hagenbeck zu halben Preisen für Montag bis Freitag im Gewerkschaftshaus-Restaurant täglich von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr erhältlich.

San.-Rat Dr. Strahl's Lungentee mit Nährsalzen seit Jahrzehnten bei Lungenleiden, Asthma, Brust- und Lungen-Katarrhen, Husten, Heiserkeit u. Verstopfung der Atmungsorgane, selbst in schweren Fällen, bestens bewährt und empfohlen. Prospekt gratis. Originalpaket M. 2.50, 3 Pakete M. 7.50 versendet kostenfrei. Generaldepot: Helantem-Apothek, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz.

Keine Verringerung des Steuerdrucks.

Die Massenbelastung bleibt mit 65 Prozent unerträglich hoch.

Bei der Verabschiedung des Etats für 1927 hat der Berichterstatter des Reichsrats Zweifel daran geäußert, ob die Steuerentlastung des vergangenen Frühjahrs der Gesamtwirtschaft die Entlastung gebracht hat, die damit beabsichtigt war, oder ob sie nicht im wesentlichen nur einem Teil der Erzeuger und dem Zwischenhandel zugute gekommen ist. Er hat hinzugefügt: „Jedenfalls liegt auf der Bruchlinie nach wie vor ein kaum erträglicher Steuerdruck, ohne daß eine Aussicht besteht, daß er gemindert werden könnte.“ Diese Ankündigung, daß mit einer Ermäßigung der Steuerlasten nicht gerechnet werden kann, obwohl sie der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold mehrfach in Aussicht stellte, findet ihre Bestätigung in den Ansätzen der Steuererträge, die im Voranschlag für 1927 enthalten sind.

Rund 900 Millionen mehr.

In dem Voranschlag sind die Einnahmen aus den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben wesentlich höher veranschlagt als im Vorjahre. Insgesamt rechnet man mit einem Ertrag von 7455 Millionen gegenüber 6555 Millionen im Jahre 1926, also rund 900 Millionen mehr.

Die fortwährenden Besitz- und Verkehrssteuern sind im ganzen angelegt mit 5000 Millionen gegen 4476 Millionen im Vorjahre. Also mit einem Mehrertrag von 524 Millionen oder rund 11,7 Proz. Höher veranschlagt sind die Einkommensteuer mit 2400 Millionen (ein Mehr von 300), die Körperschaftsteuer mit 550 Millionen (ein Mehr von 100), die Vermögenssteuer mit 470 Millionen (ein Mehr von 70), die Erbschaftsteuer mit 100 Millionen (ein Mehr von 40), die Grunderwerbsteuer mit 25 (ein Mehr von 5), die Kapitalverkehrssteuern mit 140 Millionen (ein Mehr von 22), die Kraftfahrzeugsteuer mit 130 Millionen (ein Mehr von 60), Versicherungssteuer mit 45 Millionen (ein Mehr von 9), die Lotteriesteuer mit 30 Millionen (ein Mehr von 5). Niedriger veranschlagt ist die Umsatzsteuer mit 600 Millionen (ein Weniger von 82), die Besessenensteuer mit 45 Millionen (ein Weniger von 5). Aus der Beförderungsteuer (325 Millionen) und der Kennzeichensteuer (40 Millionen) werden für 1927 die gleichen Beträge wie im Vorjahre erwartet.

Im allgemeinen beruht die höhere Schätzung des Ertrages der Steuern auf der Erwartung, daß der wirtschaftliche Aufschwung anhalten wird. Teilweise ist der Mehrertrag aber auch die Folge der noch nicht abgeschlossenen Veranlagung, z. B. bei der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer. Bei der letzteren sind sogar noch viele Erbschaftsteuerfälle aus den Jahren 1924 bis 1926 zu erledigen. Von der Steigerung des Ansatzes der Einkommensteuer entfallen 400 Millionen auf die Einkommen der veranlagten Steuerpflichtigen, während der Ertrag der Lohnsteuer um 100 Millionen niedriger veranschlagt worden ist. Bestätigt sich diese Schätzung, dann wird zum erstenmal der Ertrag der veranlagten Einkommensteuer höher sein als der Ertrag der Lohnsteuer.

An Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben

wird ein Ertrag von 2430 Millionen erwartet gegen 2049 Millionen im Vorjahre, also 380 Millionen oder rund 18,56 Proz. mehr. Höher veranschlagt sind die Zölle mit 875 Millionen (ein Mehr von 205), die Tabaksteuer mit 700 Millionen (ein Mehr von 45), die Zuckersteuer mit 275 Millionen (ein Mehr von 10), die Biersteuer mit 335 Millionen (ein Mehr von 100) und die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol 210 Millionen (ein Mehr von 38); die nicht verpfändeten Verbrauchsabgaben bringen ein Mehr von 4,7 Millionen. Die Mehrerträge sind nur bei der Bier-, Tabak- und Schaumweinsteuer, und auch hier nur zum Teil, eine Auswirkung veränderter oder erhöhter Steuerätze. Im übrigen sind sie fast durchweg auf Grund einer erhöhten Schätzung des Verbrauchs errechnet. Bei den Zollerträgen allerdings zeigt sich erst jetzt die Wirkung der im Jahre 1925 vorgenommenen erheblichen Erhöhungen. Der größere Ertrag aus dem Spiritusmonopol wird weniger aus einer Steigerung des Trunkverbrauchs, als infolge stärkeren Eindämmens der Hinterziehungen erwartet.

Weiter unsoziale Steuerpolitik.

Prüft man diese Schätzungen unter sozialen Gesichtspunkten, so ist das Ergebnis völlig unbefriedigend. Es bringen nämlich die Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer sowie Zölle und Verbrauchsabgaben) einen Ertrag von 4755 Millionen, während alle übrigen Besitzsteuern zusammen nur mit 2700 Millionen Ertrag geschätzt werden. Der Anteil der Massenbelastung an der Gesamterlastung würde also wie im Vorjahre rund 65 Proz. betragen. Das ist ein unerträglicher Zustand, dessen Abstellung die Reichsregierung zwar jetzt in Aussicht gestellt, aber niemals vorgenommen hat. Auch durch die Steuerermäßigung im Frühjahr 1926 ist keine sozial günstigere Verteilung der Steuerbelastung eingetreten, da die Senkung der Umsatzsteuer weitgemacht wurde durch die Steigerung der Zöllbelastung. Auf die Dauer aber kann eine so starke Belastung des Arbeitseinkommens und des lebensnotwendigen Massenbedarfs nicht ohne schwere wirtschaftliche und soziale Gefahren aufrechterhalten bleiben, zumal wenn als weitere drückende Last die Hauszinssteuer hinzutritt.

Läßt sich die Gesamtkost des Reiches infolge der hohen inneren und äußeren Kriegs- und Reparationslasten nicht wesentlich senken, so bleibt unabhängig davon die Notwendigkeit einer sozialeren Verteilung der Lasten. Bei den Besitzsteuern läßt sich sowohl ein stärkerer Ertrag der Einkommen- als auch der Vermögens- und Erbschaftsteuer erzielen, falls man die den einzelnen Gruppen der Besitzenden, insbesondere den Spekulanten, gewährten Vergünstigungen beseitigt. Auf diese Weise müssen sowohl die Mittel gewonnen werden für eine erhebliche Ermäßigung der Verbrauchsbelastung als auch für die dringend notwendige Senkung der Besteuerung des Arbeitseinkommens.

tragen. Wie der Vergleich mit 1913 zeigt, ist tatsächlich gegenüber der Vorkriegszeit von den wichtigen Salzarten das 40prozentige Düngesalz, auf das 1925 fast zwei Drittel des Kaliverbrauchs der deutschen Landwirtschaft entfielen, am stärksten verteuert worden, während die besonders vom Ausland bezogenen hochprozentigen Düngemittel gegenüber der Vorkriegszeit keine Verteuerung erfahren haben oder gar noch billiger sind, als sie damals waren. Angesichts dieser Situation müssen wir unseren Vorwurf aufrechterhalten, daß die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zu dieser Preiserhöhung die Legalisierung des Kalidumpings bedeutet.

Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ gilt mit gutem Grunde als ein offizielles Organ. Sie muß mitteilen, daß vom Reichswirtschaftsministerium keine Bestätigung dafür zu erhalten war, daß die neue amtliche Überprüfung der Selbstkosten des Kalibergbaues zu Ergebnissen geführt habe, die eine Zustimmung zu der Preiserhöhung ermöglichen. Wenn man schon dem offiziellen Organ keine solche Bestätigung zu geben wagt, so wird der Schluss nicht unredlich sein, daß man dazu eben nicht in der Lage ist. Die Feststellung, die am 11. August der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers nach Angabe des „Berliner Börsen-Couriers“ gemacht hat, gilt also noch heute: „Die Entwicklung der reinen Herstellungskosten je Doppelzentner K₂O vermag die Forderung einer Preiserhöhung nicht zu rechtfertigen.“

Herr Dr. Curtius wird deshalb noch mitzuteilen haben, warum er die vom Reichsrat beschlossene Preiserhöhung und die Verteuerung des Kaliverbrauchs der Landwirtschaft um rund 13 Proz. nicht beanstandet hat.

Die Bewirtschaftung der Saargruben.

Der französische Kammerabgeordnete Charlot hat kürzlich einen umfangreichen Bericht über die Lage der französischen Kohlengruben erstattet, der interessante Aufschlüsse über die Abjaoproduktion und die Rentabilität auch bei den Saargruben gibt. Der französische und deutsche Anteil an dem Verkauf von Saarkohle stellte sich nach dem Bericht seit 1913 vollständig umgekehrt. Während Deutschland 1913 einschließlich Elsass-Lothringen 44 Proz. und Frankreich 8 Proz. der Saarkohleerzeugung bezog, erhielt Deutschland 1925 nur noch 8 Proz. und Frankreich einschließlich Elsass-Lothringen 42 Proz. Ganz außerordentlich lehrreich ist der auffallende Rückgang der Rentabilität, die entgegen den französischen Meldungen nach amtlichen Mitteilungen trotz der Erhöhung der Förderung sehr stark zurückging. Die Rohgewinne betrugen 1920: 146,5 Millionen, 1921: 151,2 Millionen, 1922: 200,6 Millionen, 1923: 112,1 Millionen, 1924: 201,9 Millionen und 1925: 100,4 Millionen Franken. Nimmt man von diesen Zahlen den Inflationsfaktor, so stellt sich der Rohgewinn in den beiden letzten Jahren, die für die Beurteilung der Entwicklungsrichtung maßgebend sind, für 1924 auf 44,8 Millionen Goldmark und für 1925 auf 36 Millionen Goldmark. Die Förderung für 1925 liegt mit fast 13 Millionen Tonnen weit über den Produktionsergebnissen von 1920 bis 1923 mit 9,2 Millionen Tonnen bzw. 9,6, 11,2 und 9,2 Millionen Tonnen. Von Frankreich wurde behauptet, daß jährlich 150 Millionen aus den Saargruben herauszuziehen seien. Diese Feststellungen sind wichtig für den Fall, daß Deutschland die Saargruben zurückkaufen würde, wobei der tatsächliche Ertrag als Berechnungsgrundlage berücksichtigt werden müßte.

Konzentrationen im Rotationsmaschinenbau und Luftfahrtwesen.

Zwischen vier bedeutenden Maschinenfabriken wurde eine Auktions- und Betriebsgemeinschaft für Rotationsmaschinen gegründet. Die bayerische Maschinenfabrik A. G., München, die W. A. H. Augsburg und die Schnellpressenfabriken Albert & Co., A. G., Frankfurt, sowie König & Bauer A. G., Würzburg haben sich zu dem „Verband Deutscher Rotationsmaschinenfabriken G. m. b. H.“ in Frankfurt a. M. zusammengeschlossen. Es handelt sich um eine jener Spezialarbeitsgemeinschaften für bestimmte Produkte zur Erparnis von Herstellungskosten, Spezialisierung der Produktion und Auftragsverteilung in die betrieblich günstigste Hand, wie sie schon mehrfach in der Maschinenindustrie geschlossen worden sind. Bemerkenswerterweise wird mit der Gründung die Ankündigung verknüpft, daß die normalen Listenpreise um 5 Proz. gesenkt werden. — Die Süddeutsche Aero-Flug A. G. hat durch Fusion (Kapitalerhöhung um 1,2 Mill. M.) die Bayerische Luftverkehr A. G., München, aufgenommen. An der neuen Firma, die den Namen „Süddeutsche Luftverkehr A. G.“ trägt, sind der bayerische Staat und die Stadt München überwiegend beteiligt.

David Grove Aktiengesellschaft-Berlin. Die größte Zentralheizungsgesellschaft Berlins, welche mit einem Aktienkapital von 1.606.000 M. arbeitet, hat das Geschäftsjahr 1925 mit einem Verlust von 284.312 M. abgeschlossen. Sie führt vielen Verlust zurück auf die Auflösung verschiedener Filialen, auf das ungünstige Arbeiten einiger Tochtergesellschaften und Abteilungen, auf einen schwachen Winterertrag, auf Ausfälle bei schwach gewordener Kundenschaft, auf das Fallen der Materialpreise, auf nicht auskömmliche Verkaufspreise und schließlich auf eine Überlastung mit Steuern und sozialen Abgaben. Infolge des Übergangs der Aktienmajorität an die Stadt Berlin und an die Berliner Rüstfabrik, die ebenfalls von der Stadt Berlin kontrolliert wird, wurden durch Neuwahlen Umgruppierungen des Aufsichtsrats vorgenommen. So wurden unter anderem gewählter Stadtrat Reuter, Stadtbaurat Dr. Ing. Adler und Dr. Steiniger, R. d. R. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres wurden folgende Ausführungen gemacht: Das laufende Geschäftsjahr war in seinen ersten acht Monaten ungünstig; seitdem sind reichlich Aufträge zu lösenden Preisen eingegangen, die eine ausreichende Beschäftigung auch während der normalerweise stillen Wintermonate gewährleisten.

Die stärkere Bautätigkeit wirkt sich aus. Nachdem die Bautätigkeit in diesem Jahre etwas mehr eingekehrt hatte, blieb dies natürlich nicht ohne Rückwirkung auf den Geschäftsgang der Baumaterialienunternehmen. So berichtete die Verwaltung der Vereinigten Berliner Baubetriebe A. G. in ihrer Generalversammlung, daß das Jahr 1926 in der zweiten Hälfte erhebliche Gewinne gebracht habe, die die Ausschüttung einer entsprechenden Dividende ermöglichen. Bekanntlich ist an dem Unternehmen der preußische Staat interessiert. Die Anteile gehören der Rüstfabrik G. m. b. H., welche vorher Besitz der Stadt Berlin war und jetzt in die Hände des preußischen Staates übergegangen ist. Im Jahre 1925 betrug der Gewinn 48.700 M.

Das Filmkontingent unverändert. Nach einer im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium heute erlassenen Verfügung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung, gelten für die Einfuhr ausländischer beschalteter Filme im Jahre 1927 die gleichen Richtlinien wie im Jahre 1926. Ein ausländischer Film kann also auch im nächsten Jahre nur dann eingeführt werden, wenn der antragstellende deutsche Verleiher den Nachweis erbringt, daß er einen deutschen Film neuerer Produktion im Inlande verlihen hat. Der von verschiedenen Seiten vertretene Antrag, auf je zwei deutsche Filme die Einfuhr eines ausländischen zuzulassen, wurde also abgelehnt.

Kapitalerhöhung der Alda. Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Leipzig, eine der Großbanken der Provinz, erhöht ihr Aktienkapital von 26 auf 36 Millionen. Sie folgt damit dem Beispiel, das die meisten Berliner Großbanken in diesem Sommer bereits gegeben haben.

Kontrolle der Bewertungslisten.

Wegen Ziehungen des Landbundes.

Auf den meisten Finanzämtern liegen zurzeit die Listen mit den von den Grundwertauschüssen nach dem Reichsbewertungsgesetz festgestellten Einheitswerten zur Einsicht aus. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme von großer Bedeutung, da diese Listen schon jetzt der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer, künftig auch der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt werden.

Obgleich die öffentliche Auslegung vom Reichsbewertungsgesetz ausdrücklich vorgeschrieben ist, haben einzelne Behörden versucht, Personen, die Einsicht in die Listen nehmen wollten, mit dem Einwand abzuweisen, daß die Listen nur von denjenigen eingesehen werden könnten, die ein besonderes Interesse daran nachweisen. Ein solches Verlangen steht mit dem Gesetz und den ministeriellen Bestimmungen im Widerspruch. Der Reichsfinanzminister hat in einem Erlaß vom 30. November 1926 — III V 4600 — nochmals ausdrücklich festgestellt, daß niemand an der Einsichtnahme in die Listen gehindert werden darf. Jedermann steht es zu, sich an Ort und Stelle Ratigen aus den Listen zu machen. Die Frist läuft noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres.

Die Offenlegung soll eine Kontrolle der Deffektivität über die Bewertungsarbeit der Grundwertauschüsse ermöglichen. Die Deffektivität soll durch Vergleichung der Ergebnisse prüfen, ob die von den Ausschüssen festgestellten Werte zutreffend sind und ob insbesondere die Bewertung gleichmäßig erfolgt ist. Die Kontrolle der Bewertung durch die Deffektivität ist besonders notwendig, weil bekannt geworden ist, daß der Landbund in allen Teilen des Reiches versucht hat, durch eine organisierte Bewertungs-sabotage in den Grundwertauschüssen, die Mehrzahl der Betriebe in der ungewerlichsten Weise unterzubewerten. Da jedoch eine kleine Minderheit landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe unmittelbar von dem beim Reichsfinanzministerium gebildeten Bewertungsbeirat bewertet worden ist, ergeben sie oft bei gleichwertigen Grundstücken die größten Wertunterschiede. Die Offenlegung der Bewertungsergebnisse ist ein Mittel, diese Wertunterschiede festzustellen und damit das gemeingefährliche Treiben des Landbundes in vollem Umfange aufzudecken.

Die Deffektivität muß sich der Sache annehmen. Denn ungerechte Bewertung ist Steuerrecht. An Hand der Offenlegungslisten muß geprüft werden, wo dieses Steuerrecht verletzt und abzustellen ist.

Gescheiterte Konzentrationen.

Zur Lage der deutschen Metallhalbfabrikation.

Die Beschäftigung der Industrie der Metallhalbfabrikation, die sich seit Anfang Oktober rein saisonmäßig etwas belebt hatte, ist wieder schlechter geworden, und der Auftragsbestand ist bei den meisten Betrieben zurückgegangen. Im Augenblick soll im Durchschnitt nur mit 50 bis 60 Proz. der normalen Leistungsfähigkeit gearbeitet werden und die Produzenten wollen im neuen Jahre eine durchgreifende Rationalisierung der ganzen Halbzeugindustrie erwirken.

Schon im Herbst war von einer größeren Konzentrationsbewegung, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen Mansfeld und Hirsch-Kupfer standen, die Rede. Die beiden großen Firmen, die an der Spitze der deutschen Kupfer- und Messinghalbfabrikation stehen, wollten sich zusammenschließen, um

dann gemeinsam die Messingfabrikation zu fördern. Zu diesem Zwecke sollte das etwas veraltete Werk der Mansfeld-Gesellschaft in Heitstede stillgelegt werden und die Messingfabrikation in einem der hiesigen Betriebe ausgeführt werden. Die Verhandlungen sind unglücklich abgebrochen worden. Das negative Resultat ist darauf zurückzuführen, daß die beiden Firmen keine Einigkeit über die Führung erzielen konnten. Gleichzeitig mit diesen Besprechungen kam zum ersten Male der Plan eines Messingtrusts an die Öffentlichkeit, man glaubte die Notlage der Halbzeugindustrie durch Zusammenlegung größerer Gruppen bekämpfen zu können. Es sollte ein Rheinisch-Westfälischer Trust, ein Süddeutscher Thüringischer und ein Berliner Trust geschaffen werden; diese drei Wirtschaftskreise sollten von einer Studiengesellschaft umrahmt werden. Dieser großzügig gedachte Plan ist aber an der Verschiedenheit der einzelnen Betriebe gescheitert, doch ist man jetzt infolge Verkürzung der Wege auf die Konzentration gleichgearteter Betriebe nach Gegenden geordnet zurückgekommen. Im westfälischen Industriebezirk steht ein Zusammenschluß zwischen den Firmen C. Heemann A. G. in Duisburg, Selze A. G. in Altena und Karl Berg A. G. in Breda bevor.

Zuerst wollte man, da die Konzentrationsbestrebungen mißglücken, die bestehenden Verbände ausbauen und stärken. Dazu fehlt jetzt offenbar das Vertrauen. Der Aluminium-Halbzeugverband ist aufgelöst worden, und in der kürzlichigen Sitzung des Zinksyndikats wurde beschlossen, den Vertrag, der am 31. Dezember 1926 abläuft, nicht zu verlängern. Dem deutschen Kupferrohverband liegen seit Wochen Austrittserklärungen großer Firmen vor, so daß wohl dieser Verband auch nicht weiter bestehen bleiben dürfte. Die gesamte Kupfergruppe hat im übrigen zurzeit eine völlige Geschäftstillstand zu verzeichnen, da die Konsumenten im Inlande die größte Zurückhaltung üben, weil sie mit einer weiteren Ermäßigung des Rohkupferpreises und einer entsprechenden Senkung der Preise für Halbfabrikate rechnen.

Die neuen Kalipreise.

Der deutsche Kaliverbrauch um 13 Proz. verteuert.

Im „Reichsanzeiger“ werden jetzt die neuen Kalipreise veröffentlicht. Sie betragen für einen Doppelzentner Reinkali im Vergleich zu den bisher gültigen Preisen und den Preisen von 1913 bei den einzelnen Salzarten:

Salzart	1913	1925/26	neue Preise
Karnalit	8,50	7,66	9,67
Salmtr	10,—	8,97	10,88
Der Kalidüngesalz	14,—	12,24	15,20
30er Kalidüngesalz	14,50	15,64	17,95
40er Kalidüngesalz	15,50	16,66	18,88
Chloralium, 50—60 Proz.	27,—	27,—	27,—
Chloralium, über 60 Proz.	29,—	29,—	29,—
Schwefelsaures Kali	35,—	31,25	31,25
Schwefelsaures Kaliumgros	31,—	28,85	28,85

Diese Preise sehen leider harmloser aus, als sie es in Wahrheit sind. Tatsächlich nämlich ist der Kaliverbrauch der deutschen Landwirtschaft weit stärker verteuert worden, als der erstere von uns mitgeteilte Prozentsatz von 9,51 annehmen ließe. Man kann schätzen, daß der Kaliverbrauch der deutschen Landwirtschaft um zirka 13 Proz. verteuert wurde. Gegenüber der Vorkriegszeit dürfte die Verteuerung an 16 Proz. be-

Das Geständnis.

Von Henry Barbusse.

Dampf stöhnend fühlte der Gelähmte das Nahen einer Krise. Es würde die letzte sein. Der durch die Krankheit geschärfte Blick hatte das einigen Aufsetzungen und der ängstlichen Besorgnis entnommen, mit der man sich in seiner Umgebung Schweigen über diese Dinge auferlegte. Er mußte sterben. Und niemand ahnte die Nähe des unheimlichen Augenblicks, hatte man doch heute nachmittag ihn in seinem Sandhaus zurückgelassen. Im Beinstuhl sah er dicht bei der Glasür. Regungslos wie Statuetten und Bücher um ihn her. Weit dehnte sich vor seinem Blick die Ebene und der ewig wandernde Himmel.

Er mußte sterben. . . Im Banne eines Bildes stieß sein Mund einen heiseren Klagelaut aus. . .

Das war nicht das Phantom des zu früh schwindenden Lebens, nicht das seiner angebeteten, ihm ergebenen Frau, die manchmal wie durch Wunder fast seine eigenen Schmerzen erlitt.

Rein . . . die „andere“ war es, die sich des Sterbenden bemächtigt hatte. . . Wenn er an der Schwelle des Todeskampfes von jener heimgefuhrte wurde, die vorübergehend seine Geliebte gewesen war, so kam es daher, daß sie in ihrem dürftigen Helme, seit langem, nur ihn hatte, der sich um sie kümmerte, nur ihn, der für sie sorgte.

Und nun sah er plötzlich dem Tode ins Auge. . . Mußte sie, in Unkenntnis selbst des wirklichen Namens, den er trug, zum Arbeiten unfähig geworden, gealtert, täglicher Hilfe bedürftig, nicht zugrunde gehen?

„Ach, er mußte den Schleier des nur zu gut gehüteten Geheimnisses lüften!

Alles schwand vor dieser dringenden Pflicht. Gleichviel wem — dem erhabenen Menschen, der sich ihm näherte, mußte er es aus seinem Schiffsbruch heraus zuschreiben. . .

Er ruffte seine Kräfte zusammen, rief:

Die Tür zitterte, öffnete sich, ein kleines Mädchen erschien: ein zartes feines Geschöpfchen. Das Licht gefiel sich darin, eine wahre Aureole um ihre blonden Haare zu flechten. Sie stand vor ihm, ein rührender, zierlicher Zauber ihrer acht Jahre.

„Ich bin's Papa,“ sagte sie.

Und sie zwischerte mit erklärenden Gesten drauflos:

„Alle sind sie fort, spazieren, auch Laura, und Tante Brunois ging zuhelt. Ich bin bloß hier zur Strafe, ich spiele in der Kinderstube. Alle sind weg; nur ich bin da.“ Schloß sie ganz stolz.

Ein beklommenes Schweigen, der Mann erblachte:

„Höre Janette . . .“

Sie kam heran, er sagte sehr langsam, unter ungeheurer Anstrengung:

„Ich werde . . . dir eine Geschichte erzählen . . . hör zu. Es war einmal . . .“ Er unterbrach sich . . . Sie lauschte mit geöffnetem Munde.

„Ich werde dir diktieren. . .“

Sie lief ins Nebenzimmer.

„Ich habe eine Schiefertafel.“

Sie kam zurück, machte sich schreibfertig.

„Gang an!“

„Ich bin genötigt . . .“ dehnte die klanglose Stimme.

„Und die Uberschrift?“ stiel Janette ein.

„Geständnis,“ sagte der Vater.

„Geständnis . . .“ artikuliert die Kleine, die von Strich zu Strich emsig die großen Buchstaben der Uberschrift malte. „Und weiter?“ Die Stimme fuhr fort; sehr ruhig aus dem Untergrund ihrer Agonie heraus:

„Ich bin genötigt zu sprechen . . . ich bitte die, an welche dieser letzte Wunsch gerichtet ist, um Verzeihung, daß ich mich des kleinen Engels als Dolmetscher bediene. . .“

„Nicht so rasch!“

Sie löschte aus, wurde ungeduldig, stampfte auf; dann hob sie das Köpfchen, der Stift hielt inne. . .

„Ich weiß gar nicht, wie man das schreibt,“ jammerte sie. Er schloß die Augen und sprach das Wort langsam vor.

„Ich streiche mir einen Fehler an,“ äußerte gewissenhaft Janette. Er diktirte weiter, „der durch seine eigene Unschuld geschügt ist und das Geheimnis übermittelt, ohne selbst davon berührt zu werden. . .“

„O, was sind das für große Sätze!“ bemerkte das Kind, „doch das macht nichts. Geh's weiter?“

„Ich kenne eine arme, bedauernswerte und der Teilnahme sehr würdige Frau. Es ist sehr lange her, daß sie einmal jung und schön gewesen . . . es war vor unserer Verheiratung.“

Er berechnete die Daten, machte Altersergleiche.

Rein! die fromme Lüge war unmöglich . . . ganz leise warf er ein: „Schreib es nicht, Janette. . . Schreib: es wäre ungerecht, ihr Vorwürfe zu machen, sie verdient keinen, im Gegenteil . . . unterstreiche die letzten Worte!“

„Warum?“

„Damit man besser versteht, was sie bedeuten. . .“

Der Stift ließ einen knirschenden Ton vernehmen, brach ab.

Janette spitzte ihn, dann richtete sich ihr Blick auf den Vater.

„Ist das wirklich vorgekommen, was du mir diktierst?“

„Rein,“ antwortete er.

„Um so besser,“ gab sie zurück, wieder ganz aufmerksame Zuhörerin.

„Auf der ganzen Welt kümmerst nur ich mich um sie . . . man muß . . . man sollte etwas für sie tun. . .“

Der Mann schwieg. . . Er vermochte der physischen Schmerzen nicht mehr Herr zu werden. In ihrer göttlichen Unschuld drängte die unermüdete Kleine:

„Und weiter?“

„Weiter,“ — stammelte er.

Wie bekümt fuhr er fort:

„Verzeih meine Janette, ich weiß nicht . . .“

„Ach wenn du es nicht weißt . . .“

„Man dürfte es nie vor allem nicht fühlen lassen . . .“ diktirte er im dumpferen Tone weiter.

„Was nicht fühlen lassen? Der Satz hat keinen Schluß,“ schaltete die gestrenge Schülerin ein.

„Andere werden ihn besser zu Ende bringen wie ich,“ sagte der Vater. „Schreib mein Herz — denn von Anfang an lag die Schuld nicht an ihr. Seit vielen Jahren war alles aus. Und ich habe weder den Mut befehlen, sie in sich zu lassen, noch zu gestehen . . .“

„Das ist eine pittoreske Geschichte, da gibt es alle möglichen Sachen,“ lästerte die Kleine. Der Stift klickte weiter, dann hielt sie, ja Erwartung der Fortsetzung, inne.

„Man muß den Namen aufschreiben, die Adresse heißt . . .“
„Heißt?“
„Schreib irgendeinen Namen. Warte. Zum Beispiel: Jeanne . . . ja Frau Jeanne . . . und eine Straße . . . nun, eine Straße in Paris . . . gut: Rue Blanche; ja Rue Blanche.“
„Blanche . . . eine Nummer muß auch sein,“ stellte sie fest.
„Nummer 25,“ lästerte er.
Er schloß wieder die Augen. Seine Züge schienen einzufallen. Der Mund trampfte sich zusammen, öffnete sich halb zu einem nur von ihm vernommenen Schrei.
Das Kind überraschte diese Verwandlung. Kengstlich lehnte sie das Köpfchen ab . . . Wie gefesselt sah er neben ihr und doch schloß er ihr Furcht ein. Man mußte an einen Hasen denken, der sich in der Schlinge gefangen. Sie zitterte, sah aber wieder Mut.
„Geh's dir schlechter?“

Sisyphus Scholz.



„Hurtig mit Donnergewitter entrollte der tüdliche Rechtsblok!“

Der Hals des Mannes neigte sich ein wenig; sein Kopf sank noch weiter herab. Dann sprach er mit hauchendem Tone, der beruhigender auf sie wirkte: „Rein, es wird mir nicht mehr schlechter geben. Schreib noch: Verzeihung! Verzeihung! Verzeihung!“

„Dreimal! Kann man so dieselben Worte wiederholen?“

„Ja . . . ja, ich kanns, . . . es ist fertig!“

Sie stand auf, nahm die Tafel herunter, schlug ihre kleinen Hände gegeneinander, um sie von Kreide zu säubern und sagte mit Ueberzeugung: „Ich mache keine groben Fehler, aber alle Augenblicke kleine . . . Soll ich mein Diktat hinhalten, damit du es siehst?“

„Rein!“

Er fühlte ein Bogen des Lichtes; die Welt um ihn ertösch.

„Aber du wirft es der Mama zeigen.“

„Ja.“

„Ganz sicher?“

„Ja, ja . . .“

Er wagte nicht mehr die Augen zu öffnen, trotz der leuchtenden Nähe seines Töchterchens. Er hätte sich gefürchtet, sie die Schatten, die ihn einhüllten, sehen zu lassen.

„Geh . . . schau mich nicht an . . . Spiele! Vergiß nicht der Mama zu zeigen, daß sie liest.“

Sie ging ihm zugewandt hinaus. blieb plötzlich stehen, instinktiv von diesem Drängen überrascht.

„Aber du wirft es ihr gewiß zeigen, du . . . ?“

Er öffnete wieder die Augen; der Ton seiner Stimme war so matt wie sein Blick. „Aber . . . sag es ihr . . . wenn ich . . . nicht mehr da bin.“

(Verechlichte Uebersetzung von Johannes Runds.)

Die Farbe der Vogelfedern.

In den letzten Jahren sind eine große Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten über die Färbung der Vogelfedern erschienen, die von allgemeiner biologischer Bedeutung sind und die Kenntnis von der Entstehung der Färbung der Vogelfedern wesentlich bereichert haben.

Das Gefiederkleid zahlreicher Vogelarten ist recht farbenprächtig. Ramentlich sind es Kinder der warmeren Zonen und der Tropen, die recht farbenprächtige Gefieder tragen, das manchmal in den herrlichsten Farbtönen schillern kann. Unsere heimischen Vögel dagegen tragen mit Ausnahme weniger ein schlichtes, einfaches Kleid. Die verschiedensten Farben und Farbtöne sind an der Feder eines Vogels festzustellen, so zum Beispiel an den bunten Federn der Papageien, der Kolibris und Reitarvögel, der Paradiesvögel, der Tropische, Langzungen und Webervögel. Wie kommen alle diese Farbmischungen in der Vogelfeder zustande? Hier ist die Natur verschiedene Wege gegangen. Eine Anzahl von Farben kommt durch Einlagerung bestimmter Farbstoffe (Pigmente) zustande, andere wieder durch bestimmte Strukturverhältnisse im Bau der Feder. Demzufolge werden die Federfarben in Pigment- und Strukturfarben eingeteilt.

Beispielsweise wir uns zunächst mit den Pigmentfarben, die also durch vorhandene Farbstoffe oder farbstoffführende Körperchen verursacht werden. Sie werden entsprechend ihrer chemischen und physikalischen Zusammensetzung in zwei große Gruppen, die Melanine und Lipochrome, eingeteilt.

Die Melanine sind Farbstoffe, die im Vogelfeuer eine weite Verbreitung finden. Hier werden die schwarzen (Cumelanine) und braunen (Phaeomelanine) unterschieden. Diese beiden Farbstoffe sind in körniger Substanz der Hornsubstanz der Feder eingelagert. Sie unterscheiden sich voneinander durch die Gestalt der Körnchen. Auch ist ihr Verhalten gegen chemische Reagenzien recht verschieden. Die Cumelanine sind von länglicher, stäbchenförmiger Gestalt, die Phaeomelanine dagegen sind rundlich. Das schwarze Cumelanin tritt zum Beispiel bei der wohlkühleren Amstel auf und verurteilt deren schwarzes Federkleid, das braune Phaeomelanin unter anderem beim Rotkehlchen. Häufig kommt es vor, daß beide Farbstoffe nebeneinander auftreten. Die verschiedene Art der Verteilung der Far-

körperchen in der Feder kann die verschiedensten Abstufungen hervorrufen. So wirken spärlich verteilte Cumelanine grau, ebenso verteilte Phaeomelanine rotbraun bis braungelb. Wie weit beide Melanine ineinander übergehen, ist bisher nicht einwandfrei nachgewiesen.

Der Einfluß des verschiedenen Klimas auf die Melanine ist beachtenswert. So sind Vögel, die in trockenen, wüstenartigen Gegenden wohnen, hellfarbig, bei ihnen ist das Cumelanin fast gänzlich geschwunden und nur der braune Farbstoff ausgebildet. Tiere, die in heißem und feuchtem Klima wohnen, haben häufig eine starke Zunahme der Melanine zu verzeichnen, im Gegenteil zu denen, die in den kalten Polarregionen wohnen, bei denen ein fast völliger Ausfall des Farbstoffes zu verzeichnen ist, so daß sie weiß ausfallen.

Die Lipochrome oder Fettfarbstoffe finden sich in Vogelfedern in festem Zustande. Hier werden die gelben (Xanthone) und die roten (Zooerythrin) Farben unterschieden. Erstere Farbe finden wir bei dem selben Kanarienvogel, letztere beim Brutgelber des männlichen Gimpels. Beide Farbstoffe können gemischt vorkommen und geben dann orangefarbene aus. Außerdem treten noch einige seltene Lipochrome auf, die unerwähnt bleiben sollen. Nur das rote Turazin und das grüne Turahoverdin bedürfen einiger Beachtung. Beide Farbstoffe, die von besonderer chemischer Beschaffenheit sind, treten bei einer afrikanischen eigenartigen Vogelgruppe, den Turahos, auf. Das Turazin enthält 7 Prozent Kupfer und kann in Ammoniakwasser ausgewaschen werden. Selbst der lebende Vogel färbt beim Baden, namentlich in von Harntoffen verunreinigtem und so ammoniakhaltig gemachtem Wasser, diesen roten Farbstoff ab und färbt das Wasser rot.

Die verschiedenen olivengrünen Farben kommen durch das Zusammenwirken von Melaninen und Lipochromen zustande. Von ganz anderer Art sind die Strukturfarben, die auf physikalischer Wirkung beruhen. Als Beispiel für die Strukturfarben diene die blaue Feder des Eisvogels. Der Bau dieser Federn ist folgender: Unter der abschließenden Hornschicht befinden sich dickwandige, im Innern mit Luft ausgefüllte Kästchensellen, unter denen die an Melaninen reichen Wirtszellen liegen. Durch Vermischung der Hornsubstanz und Luft entsteht ein trübes Medium, da beide ein verschiedenes Lichtbrechungsverhältnis haben. Sobald nun das Licht auf die Oberseite der Feder trifft, werden die blauen Strahlen zurückgeworfen, während die übrigen Strahlen von der dunklen Melaninschicht abgelenkt werden. Die Feder erscheint daher blau. Sobald die Kästchensellen zerstört werden, verschwindet die blaue Farbe und an ihre Stelle tritt die dunkle Farbe der Melaninunterlage. Wenn letztere ebenfalls nicht vorhanden ist, erscheinen die Federn weiß, da die Strahlen wieder zurückgeworfen werden.

Eine ganze Anzahl tropischer Vögel, wie z. B. die Kolibri in Amerika, haben glänzende schillernde Federn. Von heimischen Vögelarten trägt unter anderem unser Sturmhahn auch Schillerfarben. Die schillernde Färbung hat ihre Ursachen in dem besonderen Bau der Federäste, welche sehr stark sind, im Innern nicht mit Melanin gefüllt und um ihre Längsachse in einem Winkel von 90 Grad gedreht sind.

Die Ursache dieses merkwürdigen Federbaus ist mechanisch zu erklären. Unter dem Einfluß der warmfeuchten Luft der Tropen tritt eine starke Anhäufung von Melaninen ein. Die beim Wachstum dicht aneinandergedrängten Federäste sind in ihrer Ausdehnungsmöglichkeit sehr eingeschränkt. Die starke Einwanderung von Farbstoffkörperchen bringt eine Abplattung und eine gleichgerichtete Drehung der Federäste von 90 Grad zustande. Der Außenrand der Federäste bleibt pigmentfrei und wird zu einer dünnen, durchsichtigen Hornschicht. Das auf die Federn einfallende Licht wird in seine Spektralfarben zerlegt und bei jeder Wendung schillert der Vogel in den verschiedensten Farbabstufungen, je nach dem Einfall des Lichtes.

Die ungelösten Rätsel des Mars.

Die diesjährige Opposition des Mars hat die Phantasie astronomischer Spekulanten wieder außerordentlich befruchtet. Haben doch englische und amerikanische Radio-enthusiasten sogar den Versuch gemacht, den Mars mit Radiotelegrammen zu erreichen, und sie haben wohl gar auf Antwort gehofft. Dieses Beginnen ist um so töricht, als aller Wahrscheinlichkeit nach die elektrischen Wellen, die wir zu erzeugen vermögen, gar nicht die Erde verlassen, sondern von ihren höchsten Schichten wieder zurückgeworfen werden. Gewiß ist es möglich, daß der Mars „bewohnt“ ist, ja, es ist nach unserer Kenntnis der Dinge fast sicher, daß irgendeine Form von Leben auf ihm existiert, aber die physikalischen Verhältnisse auf dem Mars sind doch von denen auf der Erde so grundverschieden, daß kaum anzunehmen ist, das Leben werde sich dort in denselben Formen abspielen wie auf unserem Mutterplaneten.

Solange es nicht möglich ist, unerschwinglich mächtigere Instrumente zu bauen, als es jetzt geschieht, wird auch jedes Suchen nach Einzelorganismen auf dem Mars aussichtslos sein. Können wir doch selbst mit unseren mächtigsten Fernrohren nur Gegenstände auf dem Mars unterseiden, die mindestens drei Kilometer im Durchmesser haben. Günstigstenfalls können wir also nur größere Vegetationsflächen wahrnehmen und sie an der Farbbänderung erkennen, die sie im Wechsel der Jahreszeiten durchmachen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Beobachtungen während der letzten Opposition werden erst in etwa einem Jahr bekannt werden, wenn die Laufende von Aufnahmen bearbeitet, die spektroskopischen und anderen Beobachtungen ausgewertet und miteinander verglichen worden sind. Gerade jetzt erst hat der amerikanische Astronom Pickering einige Ergebnisse seiner Beobachtungen gelegentlich der Opposition von 1924 bekannt gemacht. Danach steht es nunmehr fest, daß der Mars eine Atmosphäre ähnlich der irdischen hat, also von einer Hülle von Sauerstoff und Wasserdampf umgeben ist. Das hat man außer aus spektroskopischen Beobachtungen aus hinreichend erdachten photographischen Versuchen geschlossen.

Man photographierte den Mars durch Gläser verschiedener Farbe, und es erweist sich, daß violette Gläser ein größeres Bild gaben — die Scheibe des Planeten erschien unter sonst gleichen Verhältnissen größer —, als wenn man durch rote Filter photographierte. Das lag daran, daß auf den mit violetten Filtern gemachten Aufnahmen die Atmosphäre des Planeten mit erschien, die blaue und grüne Strahlen stark reflektiert, rote und gelbe aber in größerem Maße durchläßt. Diese Marsatmosphäre ist aber außerordentlich viel dünner als die irdische. Ihr Gehalt an Sauerstoff ist noch um etwa ein Drittel kleiner als der Sauerstoffgehalt der Luft auf den höchsten Gipfen des Himalaja.

Außer den photographischen Untersuchungen hat man auch genaue Temperaturmessungen angestellt. Dabei zeigte es sich, daß die dunklen Flecken der Marsoberfläche die wärmsten sind. Ihre Temperatur beträgt manchmal über 20 Grad Celsius, während das Thermometer an den Marspolen bis auf 70 Grad Celsius unter Null sinkt. Die Durchschnittstemperatur der Marsoberfläche beträgt nur etwa 9 bis 10 Grad Celsius. Die weißglänzenden Polkappen, die je nach der Jahreszeit wachsen und verschwinden, sind nach der Meinung Pickering's keine Schnee- und Eiskappen, die die Oberfläche bedecken, sondern freischwebende Wolken oder Nebel.

Und nun die „Kanäle“, die seit Schiaparelli's Entdeckung zu so vielen mehr oder weniger geistreichen Spekulationen Anlaß gegeben haben. Pickering meint, daß diese „Kanäle“ die Bahnen der Winde bezeichnen. Wegen seiner enormen Temperaturunterschiede muß Mars eine äußerst windige Welt sein. Nach Pickering folgen die Winde fast gradlinigen Bahnen. Wenn der Wind feucht ist, so zeichnet sich sein Weg durch Vegetation ab und wird dadurch für die irdischen Astronomen sichtbar. Auch die Anschauung hat freilich nur den Wert einer Hypothese.

